
Verstädte
Dritten Welt

INHALT

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Jörg Wetterich.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,- DM).

Schweiz: SFR 35,- (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260. (bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM), Südamerika, Südostasien, Fernost: 59, DM (bzw. 49,- DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe:
20. Juli 1982

NACHRICHTEN UND BERICHTE

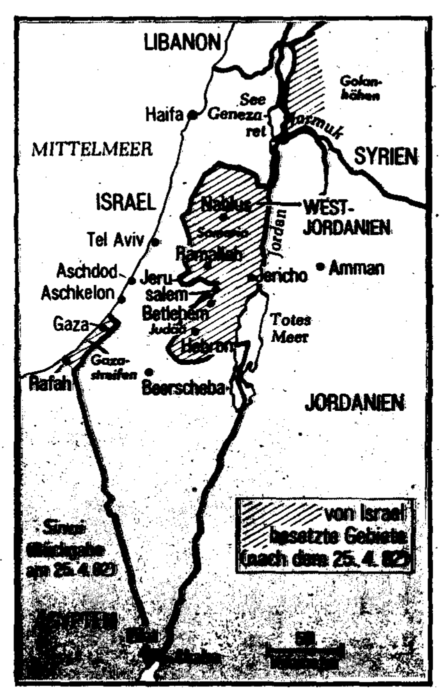


Israel

Holocaust an den Palästinensern

Gleichzeitig mit der langwierigen Rückgabe der seit 1967 besetzten Siani-Halbinsel an Ägypten im Rahmen des Camp David — Friedensvertrages von 1979 unternimmt Israel weitere 'Befriedungsaktionen'. Diesmal jedoch nicht durch Rückgabe der restlichen, seit 1967 besetzten arabischen und palästinensischen Territorien — Golan, Westbank, Gazastreifen und Ostjerusalem — sondern durch deren endgültige Annexion und durch den brutalen Überfall auf den Libanon Anfang dieses Monats, den die Israelis Operation 'Frieden für Galiläa' nennen.
Ostjerusalem — seit der Teilung Palästinas durch die UNO 1948 palästinensiches Territorium — wurde im Sommer 1981 von Israel annektiert, die syrischen Golanhöhen wurden im Dezember 1981 dem israelischen Staat einverleibt (s. 'blätter' Nr.99, Feb 1982). Zunehmende Siedlungstätigkeit und die in der Weltöffentlichkeit kaum beachtete, willkürliche Einrichtung neuer politischer Strukturen in Westjordanland und Gazastreifen sowie der wachsende Widerstand der palästinensischen Bevölkerung zeigen immer deutlicher den wahren Charakter der israelischen Autonomievorstellungen. Autonomie von Westbank und Gazastreifen — Bestandteil des Friedensvertrages von Camp David — heißt für die israelische Regierung laut Interpretation ihres Ministerpräsidenten Begin vor dem israelischen Parlament »Ausdehnung unserer staatlichen Souveränität auf Judäa, Samaria [1] und den Gazastreifen« (FR 5.5.82).
Die Annektionsabsichten werden immer offener vertreten besonders nach der Rückgabe des Sinai, die Israel vor der Weltöffentlichkeit als Beweis seines Friedenswillens verstanden wissen will. In Wirklichkeit hat sich die israelische Regierung mit der Rückgabe und dem daraus resultierenden Friedensvertrag mit Ägypten Rückenfreiheit verschafft, um konzentriert ihre gewaltsame Lösung der Palästinenserfrage herbeizuführen. Ende April wurde der Sinai übergeben. Anfang Juni überfällt die israelische Streitmacht unter Beteiligung aller Waffengattungen mit einer über 100 000 Mann starken Streitmacht den Libanon, um die militärischen und zivilen Strukturen der Palästinenser zu zerstören, die diese dort nach ihrer Vertreibung aus ihrer Heimat und später aus Jordanien (Schwarzer September 1970) aufgebaut haben.

Israels 'Neue Politik' in den besetzten Gebieten
Israels Politik in den besetzten Gebieten ist in eine neue Phase getreten. Neben der in den letzten Jahren praktizierten 'Politik der starken Hand' — gekennzeichnet durch organisierten, vom Militär geduldeten Terror bewaffneter isrealischer Siedler sowie Prügel- und Kollektivstrafen, willkürliche Verhaftungen und Deportation durch die als Ordnungsmacht eingesetzte Militärbehörde — hat Israel weitere Schritte zur Vorbereitung der endgültigen Annektion unternommen. Die bisherige Unterdrückungs- und Einschüchterungspolitik wird zwar fortgesetzt aber im Rahmen der 'Neuen Politik' durch einige Maßnahmen ergänzt, die den bisherigen breiten palästinensischen Widerstand brechen sollen, der sich in dem Komitee für Nationale Führung (KFN) organisiert hat und alle Schichten der palästinensichen Bevölkerung umfaßt [2]
Durch die Umwandlung der bisherigen militärischen Verwaltung in eine Zivilverwaltung in der Westbank (seit Nov. 1981) und im Gazastreifen (seit Dez. 1981) soll die als Autonomie getarnte Annektion vorbereitet werden.
Gleichzeitig wurde versucht, die Dorf-Ligen, die sich traditionell mit der Organisation und Verwaltung des öffentlichen Lebens auf dem Land beschäftigen, in ein Sammelbecken für 'gemäßigte', 'kooperationswillige' Palästinenser umzuwandeln. Von diesen Kollaborateuren erhoffen sich die Besatzer, daß sie in einer späteren Phase der Autonomie nach und nach die israelische Zivilverwaltung ablösen, sich somit der Weltöffentlichkeit als palästinensische Selbstverwaltung vorzeigen lassen aber in Wirklichkeit als Israels Statthalter funktionieren.
Israel versucht, mit den Dorf-Ligen ein Gegengewicht zu bilden gegen die palästinensischen Stadtverwaltungen, deren Bürgermeister und Stadträte im Komitee für Nationale Führung organisiert sind und sich zum palästinensischen Nationalismus, zur PLO bekennen. Durch großzügige Ausstattung mit finanziellen Mitteln und Übertragung wichtiger Befugnisse werden die Dorf-Ligen attraktiv gemacht, in der Hoffnung auf Zulauf und Spaltung der Bevölkerung. Im Gegensatz zu den Stad-



träten wurden die Dorfräte nicht von der palästinensischen Bevölkerung gewählt sondern von den Israelis eingesetzt. Bisher arbeiten erst drei Dorf-Ligen (in den Landgemeinden von Hebron, Bethlehem und Ramallah) im Sinne Israels. An die Spitze dieser Verbände stellen die Israelis 'zuverlässige' Palästinenser. »Ihnen wurden alle Befugnisse übertragen und alle finanziellen Freiheiten zugestanden. Diese Leute erhielten wichtige Funktionen übertragen. Sie hatten das Recht, die Erlaubnis für eine Reise nach Amman zu erteilen, eine Importerlaubnis bekam man durch sie . . .«[3].
Obwohl etwa 70% der Westbankpalästinenser auf dem Land lebt, und trotz ihrer Abhängigkeit von den Ligen gilt das Projekt als gescheitert. Die PLO drohte mit 'Maßnahmen' gegen die Verräter und Jordanien gab den Mitgliedern der Ligen einen Monat Zeit zum Austritt — andernfalls müßten sie mit einem Hochverratsprozeß in Abwesenheit rechnen.

Daß dies keine leeren Drohungen waren und daß die PLO und Jordanien die Gefahr dieser israelischen Einrichtung ernst nehmen, zeigt das Attentat auf den Leiter der Dorfliga von Ramallah. Er wurde im November 1981 zusammen mit seinem Sohn von einem palästinensischen Kommando erschossen. Die Mitglieder der Dorf-Ligen sind inzwischen von den Israelis bewaffnet worden. Sie bilden eine weitere Privatmiliz der Israelis neben den gut ausgerüsteten Schlägertrupps der illegalen Siedlergemeinschaften in den besetzten Gebieten.
Die israelischen Dorf-Ligen haben bisher keinen Rückhalt in der Bevölkerung gefunden, die hinter dem Komitee für Nationale Führung und der PLO steht und nach einer Umfrage der amerikanischen Zeitschrift 'Time' zu 98,2% für einen palästinensischen Staat eintritt (FR 2.12; TAZ 22.u.23.12.81; FR 23.4; 26.5; Zeit 2.4.82).

Die Zerschlagung des Komitees für Nationale Führung

Das Komitee für Nationale Führung (KNF) wurde im Oktober 1978 nach der Unterzeichnung des Camp-David-Vertrages gegründet. Sein Ziel war die Koordination der Opposition in den besetzten Gebieten gegen den israelischen Autonomieplan, der den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung verweigert und ihren Anspruch auf einen unabhängigen Staat in Palästina ignoriert. Das Komitee — das sich trotz abweichender Positionen in bestimmten Punkten als ein Arm der PLO verstand — vereinigte Mitglieder aus den verschiedenen Regionen und Gesellschaftsschichten von Westbank und Gazastreifen. Seine Mitglieder waren Bürgermeister, Vertreter von Gewerkschaften und Berufsvereinigungen, Frauenorganisationen, Schüler- und Studentenverbänden, Parteien und Zeitungen [4]. Das KNF organisierte den Widerstand in Form von Massenstreiks und Demonstrationen gegen den Terror der israelischen Besetzer. Diese tagtäglich stattfindenden Terroraktionen bestehen aus demütigenden, überflüssigen Kontrollen, Benachteiligungen im Arbeitsleben gegenüber den israelischen Arbeitern,



Straßenszene in Nablus, Westbank

willkürlichen Enteignungen von Haus- und Landbesitz, willkürlicher Prügel und Verhaftung, Folter und Deportation, Sprengung der Häusern z. B. von Bewohnern, deren Kinder beim Steinwurf auf ein Militärfahrzeug erwischt wurden. Von 1967 bis 1981 wurden insgesamt 1250 Häuser gesprengt (DWMD) 24.11.81).
Auf den wachsenden Einfluß des Komitees auf das öffentliche Leben reagierten die Israelis zunächst mit gezielten Einzelaktionen gegen besonders stark engagierte Mitglieder. So wurden einige Bürgermeister in Nacht- und Nebelaktionen kurzerhand deportiert. Auf andere wurden Attentate verübt, ausgeführt von den israelischen Siedlergemeinschaften, die bewaffnet und mit Unterstützung der Militärbehörde freie Hand bei der Terrorisierung der palästinensischen Bevölkerung haben.[5].
Da diese Einzelaktionen die palästinensische Bevölkerung noch stärker politisierte und den gemeinsamen Widerstand stärkte, ging die Militärbehörde mit andern Mitteln gegen das Komitee vor wie mit

Reisebeschränkungen: die davon Betroffenen dürfen ihren Wohnort und in manchen Fällen auch ihr Haus nicht verlassen (TAZ 5.1.82);

Einschränkung der Meinungsfreiheit: Im August 1981 wurden den Bürgermeistern der westjordanischen Städte sämtliche Interviews verboten, in einigen Fällen wurden sämtliche Kontakte, Fahrten und Besucher überwacht (TAZ 13.8.81);

Einfrieren der Geldquellen: Ebenfalls im August 1981 wurde den Städten und Gemeinden in der Westbank verboten, Geld aus palästinensischen Quellen im Exil anzunehmen. Damit haben die Verwaltungen ihre wichtigste Finanzquelle verloren, die Unterstützung durch ein gemeinsames Komitee der PLO und Jordanien, das zwei Drittel der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel beisteuerte (TAZ 13.8.81);

Häufige Schließung der Universität Bir Zeit: Wie schon so oft wurde die Universität im November 1981 für zwei Monate geschlossen, als deren Studenten und Dozenten sich dem allgemeinen Protest gegen die Einführung der israelischen Zivilverwaltung angeschlossen hatten (TAZ 5.1.82).
Als es Mitte Februar zu einem Angriff auf einen Mitarbeiter der Bildungsabteilung in der Zivilverwaltung kam, wurde die Universität für weitere zwei Monate geschlossen (DWMD 18.2.82).
Da inzwischen fast alle Bürgermeister von der Militärbehörde abgesetzt und durch israelische Offiziere ersetzt sind und gegen die meisten Bürgermeister Hausarrest verhängt wurde, ist das Komitee praktisch ausgeschaltet. Sicherheitshalber haben die Israelis das Komitee für illegal erklärt.

Wachsender Widerstand in den besetzten Gebieten

Trotz Ausschaltung und Legalitätsentzug war die Arbeit des Komitees wirkungsvoll, es hat durch die Arbeit seiner Mitglieder eine Massenbasis gegen die aufgezwungene Zivilverwaltung und die Kollaboration mit den Dorf-Ligen hergestellt. Allerdings wird dieser Widerstand teuer erkauft, er fordert immer mehr Opfer vor allem unter den Jugendlichen, die sich mit Mut und Steinen gegen die Gewehre und Panzer der Besat-

Nachtrag zur letzten Ausgabe

In der letzten Ausgabe der blätter des iz3w, Nr. 101 veröffentlichten wir einen Artikel zum Falklandkrieg: »Von der Krise in den Krieg«. Bedauerlicherweise vergaßen wir dabei, auch die zahlreichen Anmerkungen zu veröffentlichen, was wir hiermit nachholen.

Anmerkungen zu »Argentinien — Von der Krise in den Krieg — Der argentinisch-britische Konflikt im Südatlantik«, blätter des iz3w, Nr. 101, S.9 ff:

1) Günther Kahle, Geschichte und Staat, in: Friedel Zapata (Hg.), Argentinien, Tübingen 1978, S.97 ff.
2) Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1976, S.208-215.
3) Hermann Weber, »Falkland-Islands« oder »Malvinas«? Eine völkerrechtliche Fallstudie, Hamburg 1977, S.5.
4) Weber, a.a.O., S.10/11.
5) ders., S.19.
6) So der Heidelberger Völkerrechtler Rudolf Dolzer in der FAZ vom 5.April 1982.
7) Der argentinische UN-Botschafter E. Roca vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 3.April 1982.
8) Weber, a.a.O., S. 44/45.
9) E. Roca vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 3.April 1982.
10) R. Dolzer in der FAZ vom 5.April 1982.
11) Weber, a.a.O., S.48/49.
12) nach dem sogenannten »Shackleton — Bericht«, Economic Survey of the Falkland Islands, 20.7.1976.

zer zur Wehr setzen. So wurden allein in der »ersten Maihälfte im Westufer und Gazastreifen 15 Personen, darunter zwei Israelis, getötet und 238 verwundet . . . darunter 30 Soldaten, 16 israelische Zivilisten und vier Ausländer. Alle anderen Opfer waren Palästinenser im Alter von sieben bis sechzig Jahren, die meisten jedoch Halbwüchsige von 14 bis 18« (FR 26.5.; Bad.Z. 27.5.82).

Die Übergabe der Verwaltung von militärischer in zivile Hand — das Militär bleibt natürlich weiterhin in den besetzten Gebieten — sollte laut einer Erklärung des Verteidigungsministeriums im April 1981 angeblich eine »geeignete Atmosphäre für die Einbeziehung der Bewohner in den besetzten Gebieten in den Friedensprozeß . . . schaffen«. Diese Atmosphäre wollte Verteidigungsminister Scharon dadurch herbeiführen, daß an Straßensperren künftig »human und friedfertig vorgegangen wird« und die israelischen Verteidigungskräfte . . . davon Abstand nehmen, sich gewaltsam Zugang zu Schulen zu verschaffen. Kurzum, Demütigungen und kollektive Bestrafungen sollen (künftig, d. Verf.) unterbleiben« (DWMD 17.8.81).

Erreicht haben die Israelis mit der Einführung der Zivilverwaltung das Gegenteil, einen bürgerkriegsähnlichen Zustand, der vom Amtsantritt des Zivilgouverneurs Milson Anfang November 1981 bis heute andauert. Den Israelis kommt diese Situation sehr gelegen, können sie doch — nach dem angeblichen Beweis ihres Friedenswillens durch die Rückgabe des Sinai und Einführung einer 'Politik der sanften Hand' in den besetzten Gebieten — einmal mehr demonstrieren, daß ihr guter Wille zur Zusammenarbeit auf Ablehnung trifft und die Kooperationsbereitschaft 'gemäßigter' palästinensischer Kräfte von 'terroristischen' sabotiert wird.



Diese Karikatur aus der arabischen Zeitung Al Fajr aus Ostjerusalem stellt für die israelische Besatzungsmacht „Aufhetzung der Bevölkerung" dar.

Die Zahl der 'gemäßigten' Palästinenser ist allerdings sehr klein geblieben. Der Versuch, die Bevölkerung zu spalten, den nationalen Widerstand zu brechen und damit die PLO als Vertreter der palästinensischen Bevölkreung auszuschalten, ist bisher gescheitert. Das brutale Vorgehen der israelischen Besatzungstruppen hat im Gegenteil in der israelischen Bevölkerung — wenn auch nur in einer kleinen Minderheit — Solidarität mit den Palästinensern hervorgerufen (FR 26.5.82).

Wie notwendig und berechtigt der Widerstand gegen die israelischen Annexionsabsichten ist, zeigen die Ereignisse auf den ehemals syrischen Golanhöhen, die Israel nach langer Besatzungszeit im Dezember 1981 annektiert hat (s. Kasten).

Was den Israelis in den besetzten Gebieten bisher nicht gelang, die Ausschaltung des palästinensischen Nationalismus, versuchen sie jetzt durch Völkermord im Libanon, den sie als Vergeltungsschlag verharmlosen, in Wirklichkeit aber schon lange geplant haben (Spiegel, 14.6.82).

GOLAN-HÖHEN

Brutale Durchführung der Annexion

Für die Bewohner der Golan-Höhen, 12500 bisher friedliche Drusen[6], gilt seit der Annexion israelisches Recht. »Der plötzliche Zwang, mit israelischen Papieren auch israelische Steuern und Landregistrierungen hinzunehmen, trieb sie auf die Barrikaden. Seit acht Wochen protestieren die Drusen mit einem Generalstreik, Ende Februar verhängte die israelische Regierung den Ausnahmezustand über ihre Dörfer. Der Zugang ist nun hermetisch abgeriegelt. Nur wer einen israelischen Ausweis akzeptiert, darf das Gebiet verlassen. Zwölf Wortführer der Drusen sitzen im Gefängnis. Den Ärzten auf dem Golan gehen die Medikamente aus. Sie bekommen nur neue Arznei, wenn sie gleichzeitig den Ausweis annehmen. Die Schafe der Bauern verenden. Denn auf die Weide dürfen die Bauern nur, wenn sie einen israelischen Ausweis vorweisen. Es gibt kaum noch Lebensmittel auf dem Golan, kein Benzin mehr, kein Kerosin, um die Häuser zu heizen« (Stern, 1. 4. 82).

Israels Überfall auf den Libanon

Am 4. Juni wurde Israels Botschafter in London bei einem Attentat schwer verletzt. Verantwortlich für den Überfall ist eine palästinensische Gruppe, die sich schon 1972 von der palästinensischen Dachorganisation PLO abgespalten hat [7]. Schon drei Stunden später befahl der israelische Ministerpräsident Begin, der es nicht für seine Aufgabe hält »herauszufinden, welche palästinensische Organisation für welchen terroristischen Akt verantwortlich ist«, den üblichen Vergeltungsschlag. Israelische Kampfflugzeuge bombardierten bei mehreren Luftangriffen sowohl militärische Anlagen der Palästinenser als auch ihre Flüchtlingslager und andere zivile Einrichtungen in Beirut, wobei über 100 Menschen — überwiegend palästinensische und libanesische Frauen und Kinder — getötet und Hunderte verletzt wurden (Bad. Z. 5/6.6.; TAZ 10.6.82).

Im Gegenzug nahmen palästinensische Einheiten im Südlibanon Siedlungen im Norden Israels mit Raketen und Granaten unter Beschuß, wobei ein Soldat ums Leben kam und einige Siedler verletzt wurden. Die Bevölkerung der gefährdeten Gebiete war vorsorglich evakuiert oder hielt sich in Luftschutzbunkern auf (NZZ, 8.6.82).

Die Israelis bombarbierten daraufhin mit Geschützen von Land und See aus und mit Flugzeugen palästinensische Siedlungen und libanesische Städte im Südlibanon entlang der Mittelmeerküste von der israelischen Grenze bis nach Beirut, wobei es wieder zu vielen Opfern überwiegend unter der Zivilbevölkerung kam (FAZ, 7.6.82).

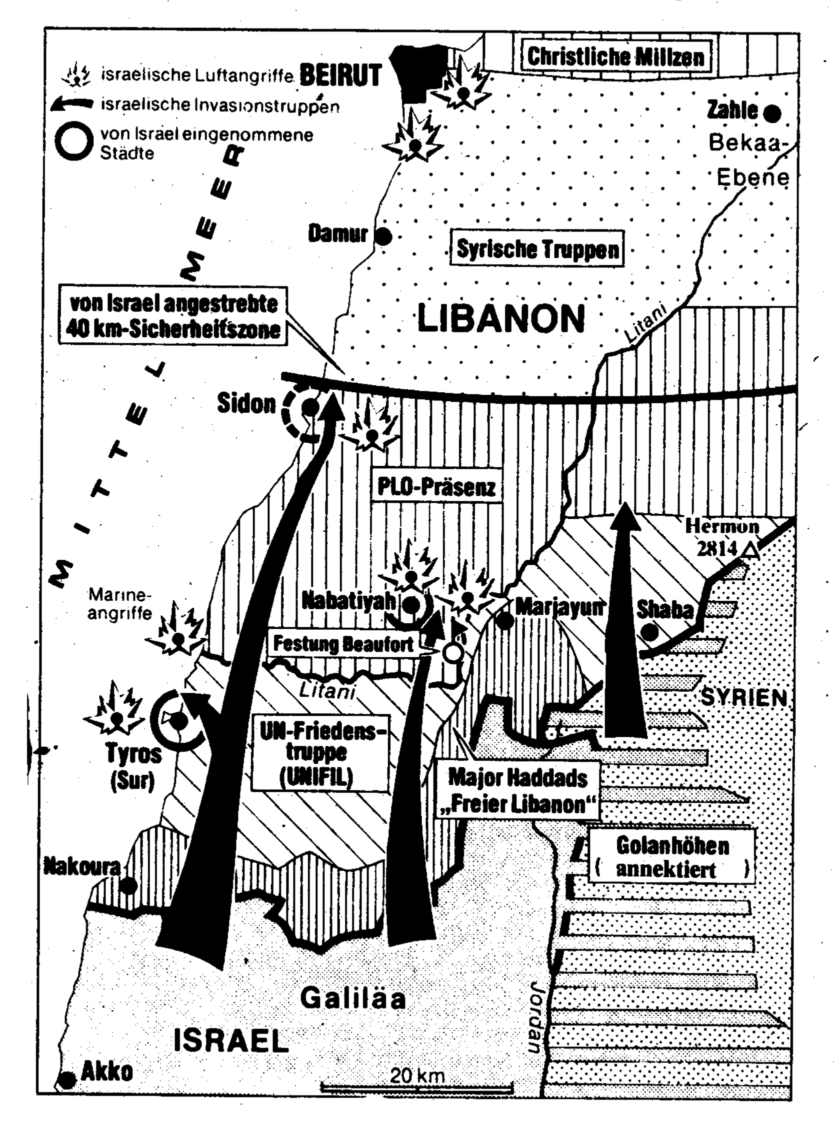
Am Sonntag, den 6. Juni, zeigte sich, daß die Luftangriffe nur der Auftakt einer größeren Aktion waren. Die Israelis begannen ihre Operation »Frieden für Galiläa[8]«, wie sie ihren Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser im Libanon nennen. Die israelische Armee überrollte den 5 km breiten Kontrollstreifen der UN-Truppe UNIFIL (6 000 Mann), die seit dem Rückzug der Israelis 1978 aus dem Libanon nach ihrem ersten Überfall die Aufgabe haben, palästinensische und israelische Grenzüberschreitungen zu verhindern. Gleichzeitig landeten israelische Marineeinheiten an mehreren Punkten entlang der libanesischen Küste. Das Eindringen der Israelis in den Libanon wurde von schweren Luftangriffen auf palästinensische Stellungen und Flüchtlingslager und linanesische Städte

und Dörfer und auf mögliche Fluchtwege begleitet. Hauptziel der Operation war die Eroberung der Städte, in denen sich die Hauptstützpunkte der insgesamt 6 000 bewaffneten Palästinenser des Südlibanon befanden.
Das waren die Küstenstädte Tyros (Sur), Sidon (Saida) und Damur, sowie Nabatija und Hasbeja im Landesinneren sowie die zur Festung ausgebaute Burg Beaufort am Litanifluß. Die Städte wurden eingekreist und systematisch nach Planquadraten beschossen, ganze Wohnblocks verwandelten sich in Trümmerhaufen (FAZ, 8.6.; NZZ 8.6.82).
Wie 1978 bei der ersten Invasion Israels in den Libanon setzten sich wieder gewaltige Flüchtlingsströme nach Norden in Bewegung, von denen in der ersten Woche bereits 300000 Menschen, sowohl Libanesen als auch Palästinenser, betroffen sind (Bad. Z., 11.6.82).

Israels Ziel: Vernichtung der Palästinenser im Libanon

Eine Woche nach dem israelischen Überfall stehen der Süden Libanons bis zu der noch umkämpften, aber bereits eingeschlossenen Hauptstadt Beirut unter israelischer Kontrolle, etwa ein Viertel des Landes. Die Israelis haben inzwischen das Einflußgebiet der mit ihnen schon seit längerem verbündeten Milizen der christlichen Maroniten im Zentrum des Libanon und Nordbeirut erreicht und kontrollieren die Verbindungsstraße von Beirut nach Syrien, dem einzigen Fluchtweg aus Beirut.
Der Widerstand der Palästinenser beschränkt sich nur noch auf Beirut, das, obwohl es Zufluchtsort Tausender von Flüchtlingen aus dem Süden geworden ist, von den Israelis eingekreist ist und unter Beschuß liegt.
Syrien ist nach seinen schweren Verlusten in den Kämpfen gegen die Israelis auf den angebotenen Waffenstillstand eingegangen. Es hat viele Soldaten, etwa 90 Flugzeuge und viele Panzer verloren, seine Raketenstellungen in der Bekaa-Ebene an der syrischen Grenze — im Sommer 1981 Gegenstand der sogenannten Raketenkrise[9] — sind vollständig zerstört. Die waffentechnische Überlegenheit der Israelis vor allem auf elektronischem Gebiet, die mit dem modernsten Kriegsgerät der USA versorgt sind, über die mit veralteten russischen Systemen ausgestatteten Syrer ist deutlich ausgefallen.

Hinter Israels angeblichem Vergeltungsschlag für das Attentat auf ihren Botschafter in London steckt ein lange geplanter und gut vorbereiteter Feldzug, der die totale Vernichtung der Palästinenser, ihrer militärischen und sozialen Strukturen im Libanon vorsieht. Außerdem streben die Israelis die Einrichtung einer israelhörigen Marionettenregierung im Libanon an, dessen Staatsgebiet seit dem Bürgerkrieg von 1975/76 in zahlreiche Einflußzonen und Kampfgebiete privater Milizen zerrissen ist.
Die Stärke der eingesetzten israelischen Truppen — inzwischen 120000 Soldaten aller Waffengattungen —, die hohe Zahl der Opfer der rücksichtslosen Angriffe auch auf zivile Einrichtungen — 10000 Tote, 16000 Verletzte, 300000 Flüchtlinge innerhalb einer Woche — zeigen einmal mehr, daß Israel es vorzieht politische Probleme, die es selber geschaffen hat, auf Grund seiner waffentechnischen Überlegenheit über die arabischen Staaten mit militärischen Mitteln zu 'lösen'. Die Palästinenser im Libanon und ihre provisorischen Einrichtungen eines Exilstaates im sogenannten Fatahland im Süden des Landes — ein Symbol für ihr Recht auf Heimat und einen eigenen Staat in Palästina — sollen vernichtet oder vertrieben werden. Zu dieser von den Israelis sogenannten »Säuberung« des Libanon gehört auch die Verdrängung der Syrer.
Beide Ziele stehen auch auf dem Programm der christlichen Maroniten und ihrer Milizen unter der Führung der Familie Gemayel, die von den Israelis seit Jahren mit Geld und Waffen unterstützt werden und derem Führer sie als ihrem zukünftigen Statthalter gerne die Herrschaft im Libanon übergeben wollen.
Den Süden Libanons, der aus wirtschaftlichen Gründen schon seit Beginn der zionistischen Besiedlung Palästinas auf der Wunschliste israelischer Gebietserwerbungen steht — die beiden Flüße Litani und Sarani können die Wasserprobleme Nordisraels lössen[10] — werden die Israelis aus »Sicherheitsgründen« vorläufig besetzt halten, um ihn später in gewohnter Weise zu annektieren. Entsprechende Forderungen werden auch von Parlamentsangehörigen gestellt (DWMD, 13.8.81). Falls die Israelis sich nicht selbst festsetzen, werden sie das Gebiet ihrem jetzigen Statthalter im





„Im Rückwärtsgang fährt er nicht so gut"

»Freien Libanon« — einem 10 km breiten Gebietsstreifen zwischen der israelischen Grenze und der UN-Zone — übergeben, dem ehemaligen libanesischen Major Haddad und seiner von Israel finanzierten 10000 Mann starken Miliz. Haddad empfiehlt sich für diese Aufgabe besonders durch seine Meinung, »daß jeder Libanese die verdammte Pflicht hat, in seinem Leben mindestens einen Palästinenser umzulegen.« (Stern, 25.10.79).
Israels Terror, dem jetzt die Palästinenser und Libanesen zum Opfer fielen, ist auch ein Produkt der Duldung und Nachsicht der europäischen Staaten gegenüber den willkürlichen Aktionen Israels gegen seine arabischen Nachbarn und in den besetzten Gebieten sowie der Ermunterung zu diesen Aktionen durch Waffenlieferungen europäischer Länder und der USA. Letztere lassen ihre strategischen Interessen im Nahen Osten durch die Israelis vertreten. Wie selbstverständlich in Israel die Anwendung von Gewalt gegenüber der palästinensischen Bevölkerung geworden ist, das zeigt u.a. ein Ereignis, das im Mai dieses Jahres israelische Reserveoffiziere zum Protest gegen ihre eigenen Landsleute veranlaßte. Auf einer Pressekonferenz stellten sie an Hand konkreter Beispiele das Ausmaß der Brutalität und der totalen Verachtung der israelischen Besatzer gegenüber der arabischen Bevölkerung dar. U.a. berichteten sie, daß am Holocaust-Gedenktag ein israelischer Soldat einigen verhafteten Palästinensern ihre Identitätsnummern auf die Unterarme schrieb (NZZ, 14.5.82).
Diese Tätowierung läßt sich genausowenig wie der Amoklauf des Israeli-Soldaten am Ostersonntag, der in einer Moschee in Jerusalem drei Araber erschoß und etliche verletzte, als Einzelfall abtun. Es sind symptomatische Fälle. Ergebnis des israelischen Zionismus, der seit Anfang des Jahrhunderts mit rassistischem und kolonialistischem Gedankengut und entsprechenden Mitteln einen vermeintlichen biblischen Anspruch durchzusetzen versucht.
Der Amoklauf des einzelnen israelischen Soldaten am Ostersonntag wurde jetzt von der israelischen Armee im Kollektiv wiederholt mit ihrem Überfall auf den Libanon und dem drohenden Völkermord an den Palästinensern. Mitschuld an dem Verbrechen tragen die Staaten und Organisationen, die zwar nach jedem erneuten Gewaltakt der Israelis »tiefe Erschütterung und Empörung« aber keine Taten zeigen, wie z.B. wirtschaftichen Boykott, Stop der Waffenlieferungen und finanziellen Unterstützung. Maßnahmen, die Israel, das von diesen Unterstützungen abhängig ist, dazu bringen könnte, seine Probleme mit politischen Mitteln zu lösen, das Existenzrecht der Palästinenser, die sie selbst vertrieben haben, endlich anzuerkennen und deren Recht auf einen eigenen Staat in Palästina zu akzeptieren.

hst



Protestaktion und Spendenaufruf

Schreiben Sie massenhaft an die israelische Botschaft in Bonn mit der Aufforderung an die israelische Regierung, ihre Truppen unverzüglich aus dem Libanon abzuziehen und/oder an die Bundesregierung in Bonn mit der Aufforderung, ab sofort jegliche Unterstützung Israels einzustellen und offiziell bei der israelischen Regierung gegen den Überfall zu protestieren. Wer seine Solidarität mit der überfallenen palästinensischen und libanesischen Bevölkerung durch eine Spende unterstreichen will, kann das durch die Unterstützung des folgenden Aufrufs:

Die Palästinensische Ärztevereinigung in der BRD bittet um Spenden, um die notleidende Bevölkerung im Libanon mit dringend benötigten Medikamenten, Antibiotika und Verbandzeug versorgen zu können. Spenden werden erbeten auf das

Konto Nr. 2536900
Dresdner Bank Bonn
Bankleitzahl 37080040

Palästinensische Ärztevereinigung in der BRD e. V.
Friedrich-Wilhelm-Str. 2a, 5300 Bonn

Anmerkungen:

1) Judäa und Samaria sind die biblischen Namen für den südlichen und nördlichen Teil des besetzten Westjordans und von der Regierung als offizielle Bezeichnung eingeführt. Von »besetzten Gebieten« wird offiziell nicht gesprochen, lediglich von »den Gebieten«.
2) Zur Praxis der israelischen Besatzungspolitik und zur Arbeit und Organisation des Komitees für Nationale Führung s. ausführlich »blätter Nr. 86, Juni 1980 und Nr. 90, Dez. 1980.
3) So Fahd Kawasmeh, im Mai 1980 von den Israelis deportierter Bürgermeister von Hebron, in einem Interview mit der TAZ vom 22. 12. 81;
4) Zum Komitee s. auch Rafik Halabi, Die Westbankstory, Königstein 1981, S. 101ff
5) Obwohl in der israelischen Presse darüber ausführlich und auch kritisch berichtet wird, dringt kaum etwas in die Berichterstattung der BRD durch. Die wurde bisher fast ausschließlich von Einzelinitiativen geleistet wie z.B. von der Holograph Edition (s. Anzeige) und seit Anfang des Jahres von der ESG-TU Berlin mit dem vierteljährlichen Pressedienst aus Israel, Bezugsaddresse: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen;
6) Drusen sind Angehörige einer islamischen Religionsgruppe;
7) Dieser Gruppe um Abu Nidal, die sich von der PLO abwandte, als diese ihre spektakulären Aktionen wie Flugzeugentführungen einstellte und zu diplomatischen Mitteln der politischen Auseinandersetzung überging, werden auch die Angriffe auf israelische Repräsentanten in Österreich und Frankreich in den letzten Monaten zugeschrieben (TAZ, 10. 6. 82
8) Galiläa ist der Norden Israels, der in der Reichweite der palästinensischen Geschütze im Südlibanon lag;
9) Zu den Hintergründen der Raketenkrise und den schweren Machtkämpfen zwischen Palästinensern, ihren libanesischen moslemischen Verbündeten, der von Syrien gestellten Panarabischen Friedenstruppe von 30000 Mann und den Milizen der christlichen, rechtsgerichteten Maronitenmilizen, die mit Israel zusammenarbeiten, s. »blätter« Nr. 96, Sept. 1981
10) Die Wasser des Litani, in: Libanon-Krieg, hg. v. Progress Dritte Welt, o. J., S. XXII.

BRD — Waffenexporte

Die neuen Richtlinien — Die Bundesregierung hat freie Hand

Nachdem Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP im letzten Jahr ihre Vorstellungen für die Neufassung der »Politischen Grundsätze« der Bundesregierung für den Export von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern verabschiedet hatten (vgl.»blätter des iz3w«, Nr.98), sind die neuen Exportrichtlinien im April vom Bundessicherheitsrat verabschiedet und im Mai vom Bundeskabinett verabschiedet worden.

»Vitale Interessen«

In die Länder außerhalb des NATO-Bereiches und damit in die Länder der Dritten Welt wird der Export von Kriegswaffen, so die Richtlinien (Punkt 9) nicht genehmigt, »es sei denn, daß aufgrund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen.« (Die neuen Richtlinien sind im Wortlaut abgedruckt in der Frankfurter Rundschau, 4.5.82) Es ist offensichtlich, daß diese weite und sehr unbestimmte Fassung der Ausnahmegründe der Bundesregierung bei der Genehmigung von Waffenexporten in die Dritte Welt freie Hand läßt. Nicht mehr in den Richtlinien enthalten ist das in den bis vor kurzem gültigen Richtlinien ausgesprochene Verbot, Waffen in »Spannungsgebiete« zu liefern, das allerdings auch wenig bewirkte, da die Bundesregierung sich nie festlegte, was denn nun ein Spannungsgebiet sei. Die Arbeitsgruppe Rüstungsexporte der SPD-Bundestagsfraktion hatte hierzu in bemerkenswerter Offenheit geschrieben: »Das Kriterium Spannungsgebiet erscheint nicht mehr tauglich, um die jeweils gewünschte Entscheidung zu begründen.« (FR 24.2.82) Das neue Kriterium der »vitalen Interessen« ist ausdrücklich nur auf den Export von Kriegswaffen bezogen. Sogenannte »sonstige Rüstungsgüter« können also exportiert werden, ohne daß »vitale Interessen« der Bundesrepublik für diesen Export konstruiert werden müssen.
Eine Exportgenehmigung komme, so die neuen Grundsätze, »nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht«. Auch dürfe die Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern »nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen« und zudem müsse eine hinreichende Sicherheit bestehen, daß diese »nur zur Verteidigung des Empfängerlandes oder der betreffenden Region bestimmt sind« (Punkt 12 und 13 der Richtlinien). Betrachtet man die große Zahl von Ländern, die unter sozialliberalen Regierungen Waffen oder sonstiges Rüstungsmaterial erhalten haben (vgl.: Themenschwerpunkt in »blätter des iz3w«, Nr.95), so besteht nicht der geringste Anlaß zur Hoffnung, diese Kriterien könnten in irgendeiner Weise eng ausgelegt werden. Die Bundesregierung geht derzeit davon aus, daß die Kriegsschiffe, die gegenwärtig in der Bundesrepublik für Argentinien gebaut werden, nach Beendigung des Krieges um die Falkland/Malvinen-Inseln nach Argentinien ausgeliefert werden können. (St.Z. 27.5.82) Weder die innere Lage scheint hier weiteren Rüstungsexporten im Wege zu stehen, noch scheint für die Bundesregierung die Gefahr zu bestehen, daß Argentinien auch seine Territorialkonflikte mit Chile durch eine militärische Aktion lösen will.
Wie wenig man von der neu in die Richtlinien aufgenommenen Bestimmung, die »innere Lage« dürfe der Lieferung nicht im Wege stehen, erwarten kann, hat der Parlamentarische Staatssekretär Grüner nach einer Anfrage im Bundestag klar gelegt. Grüner: »Dieses Kriterium hat bei den Entscheidungen des Sicherheitsrates immer eine Rolle gespielt, ohne daß das in den Richtlinien bisher festgehalten war. Diese Praxis ist durch die Richtlinien jetzt ausdrücklich verstärkt und unterstrichen worden«. (Bundestagsprotokoll, 9. Wahlperiode, S. 6033 B) Die bisherige Berücksichtigung der inneren Lage hat immerhin zu Genehmigungen von Waffenexporten an den Iran unter dem Schah, an Argentinien, Chile oder Indonesien geführt.
Bezeichnenderweise werden die genannten Hinderungsgründe für eine Exportgenehmigung nur in dem für Nicht-NATO-Länder gültigen Teil der neuen Grundsätze genannt. Bei den NATO-Ländern fehlt jeder diesbezügliche Hinweis, obwohl auch bei NATO-Ländern (heute in der Türkei, früher in Griechenland, Spanien oder Portugal) die innere Lage ähnlich sein kann, wie in vielen Dritte-Welt-Diktaturen.

Rüstungskooperation — diese Schleuse bleibt offen

Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in NATO-Staaten »ist grundsätzlich nicht zu beschränken« (Punkt 1 der Richtlinien). Der Endverbleib im NATO-Bereich ist glaubhaft zu machen. (Punkt 2). Ohne daß dies in den neuen Richtlinien ausdrücklich erwähnt wird, besteht innerhalb der Bundesregierung Einvernehmen, auch einige Industrieländer, die nicht der NATO angehören, beim Waffenexport den NATO-Ländern gleichzustellen, das heißt den Export in diese Länder nicht zu beschränken. Hierzu gehören die Schweiz, Schweden, Australien, Neuseeland und Japan. (FAZ 4.5.82)
Eine der wichtigsten Schleusen für bundesdeutsche Waffen in die Dritte Welt war bisher schon die Rüstungskooperation mit anderen NATO-Staaten. Die Rüstungskooperation mit Frankreich war hierbei von herausragender Bedeutung. In Kooperation von der BRD und Frankreich gebaute Waffen wurden von Frankreich aus in die Dritte Welt exportiert. Diese Tür für eine bundesdeutsche Beteiligung an der Aufrüstung in der Dritten Welt wird auch in Zukunft weit geöffnet bleiben. Die neuen Richtlinien räumen »dem Kooperationsinteresse grundsätzlich Vorrang« vor rüstungsexportpolitischen Grundsätzen ein. Die Bundesregierung möchte lediglich vor dem Export von in Rüstungskooperation hergestellten Waffen durch das Partnerland konsultiert werden (Punkte 3 und 5), verzichtet aber bei der Kooperation mit anderen NATO-Staaten auf ein Veto-Recht. Noch freizügiger ist der Passus gehalten, der sich mit der Zusammenarbeit von Rüstungsfirmen innerhalb der NATO ohne Regierungsvereinbarungen befasst. Die Bundesregierung wird »darauf hinwirken, daß sich der deutsche Kooperationspartner bei Zulieferung von Teilen . . . vertraglich in die Lage versetzt, der Bundesregierung rechtzeitig die nötigen In-

Die Präambel der neuen Richtlinien im Wortlaut

»In dem Bestreben,
im Rahmen der internationalen und gesetzlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland den Export von Rüstungsgütern am Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren,
durch seine Begrenzung und Kontrolle einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt zu leisten
und dementsprechend auch die Beschlüsse internationaler Institutionen zu berücksichtigen, die eine Beschränkung des internationalen Waffenhandels unter Abrüstungsgesichtspunkten anstreben,
und in Fortsetzung ihrer bewährten restriktiven Rüstungsexportpolitik hat die Bundesregierung folgende Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen: . . .«



Eine Aufgabe der Friedensbewegung
(Unsere Unterschrift zu einer wohl anders gemeinten Karikatur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung)

formationen über Exportabsichten seiner Partner geben zu können.« (Punkt 7) Sie wird darauf hinwirken — die Bundesregierung scheint es aber nicht einmal für nötig zu halten, es zu einer notwendigen Bedingung für die Erteilung einer Exportgenehmigung zu machen, daß sie über den Weiterexport aus dem Partnerland eines westdeutschen Rüstungsbetriebes informiert wird.
An einer Stelle der neuen Richtlinien wird das Problem, daß westdeutsche Waffen über andere NATO-Länder ihren Weg in die Dritte Welt finden, auf elegante Weise, die bereits an Zauberei grenzt, wegdefiniert:. »Für deutsche Zulieferungen von Teilen (Einzelteilen oder Baugruppen), die Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter sind, ist das Kooperationspartnerland ausfuhrrechtlich Käufer- und Verbrauchsland und, soweit es sich um als Kriegswaffen eingestufte Teile handelt, auch Endverbleibsland. Wenn diese Teile durch festen Einbau in das Waffensystem integriert werden, begründet die Verarbeitung im Partnerland ausfuhrrechtlich einen neuen Warenursprung.« (Punkt 4) Diese Juristenzauberei im Klartext: Eine deutsche Waffe, nach Frankreich exportiert, dort auf ein Trägersystem montiert und in die Dritte Welt weiterverkauft, ist eine französische Waffe geworden und ist aus der Sicht der Bundesregierung ausfuhrrechtlich gar nicht in die Dritte Welt exportiert worden. So einfach ist das. Solche Formulierungen müssen geradezu als Aufforderung verstanden werden, die »bewährte restriktive Rüstungsexportpolitik« (so die Präambel der neuen Richtlinien) der Bundesregierung auf dem Umweg über andere NATO-Staaten zu umgehen.

Fertigung im Ausland

Durch den Export von Produktionsanlagen und durch Lizenzproduktion im Ausland wird der Verkauf der so produzierten Rüstungsgüter dem Zugriff deutscher Exportbestimmungen entzogen. Etwa 30 Entwicklungsländer erhielten bisher Anlagen zur Produktion von Rüstungsgütern. Die neuen Richtlinien hierzu: »Bei Vergabe von Lizenzen, bei Exporten von Fertigungsunterlagen oder Anlagen zur Herstellung von Kriegswaffen sind Endverbleibsregelungen für die damit hergestellten Kriegswaffen anzustreben.« (Punkt 7 und 14). Auch hier wieder eine Formulierung, die die Bundesregierung in keiner Weise bindet. Ein Verbot des Weiterexports der im Ausland mit westdeutschem Kapital oder westdeutschen Lizenzen produzierten Waffen wird nicht zur Bedingung der Exportgenehmigung gemacht. Bemerkenswert ist auch, daß in dem eben zitierten Punkt der neuen Richtlinien nur die Kriegswaffen erwähnt sind, bei den sogenannten sonstigen Rüstungsgütern werden offensichtlich Endverbleibsregelungen nicht angestrebt. Mit der Produktion im Ausland bleibt ein weiterer, bisher schon ausführlich genutzter Hinterausgang offen, durch den bundesdeutsche Waffen in die Dritte Welt geliefert wurden.

Beschäftigungspolitische Gründe

»Beschäftigungspolitische Gründe dürfen«, so die neuen Richtlinien, beim Export von Kriegswaffen »keine ausschlaggebende Rolle spielen«. (Punkt 9) Damit ist festgelegt, daß beschäftigungspolitische Gründe eine Rolle spielen dürfen, allerdings darf diese Rolle keine »ausschlaggebende« sein, folgt man dem Wortlaut der neuen Richtlinien. Allerdings ist auch diese Formulierung eine Beschönigung der Realität. Beim sogenannten Sonderschiffsbau, wie der Bau von Kriegsschiffen schamhaft umschrieben wird, sind beschäftigungspolitische Gründe schon seit langem vorherrschend. Bisher machten die Kriegsschiffe den wertmäßig übergroßen Teil des genehmigten bundesdeutschen Waffenexports aus. Die neuen Richtlinien nehmen zur künftigen Genehmigungspraxis bei Kriegsschiffen nicht ausdrücklich Stellung. Es deutet aber einiges darauf hin, daß die sehr weitreichenden Genehmigungen bei Kriegsschiffen auch unter den neuen Richtlinien fortgesetzt werden: So hat die Arbeitsgruppe Rüstungsexporte der SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Stellungnahme zu der Neufassung der Richtlinien Kriegsschiffe faktisch von den Exportrichtlinien ausgenommen: »Der Bedarf der Bundesmarine macht bestimmte Werftkapazitäten erforderlich. Die bestehenden Kapazitäten sind gegenwärtig aber auch bei einem Kriegsschiffexport an andere NATO-Staaten nicht durchgehend auszulasten; daher kann der Export von Kriegsschiffen gegenwärtig nicht strikt an die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen allgemeinen Richtlinien für den Kriegswaffenexport gebunden werden.« (Im Wortlaut in: FR 24.2.82)
Wie stark die Bundesregierung bei der Förderung des Exports von Kriegsschiffen engagiert ist, wird auch daraus deutlich, daß sie den Export von Kriegsschiffen durch

Bundesbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) absichert, das heißt aus Steuergeldern dem Rüstungsproduzenten unter die Arme greifen muß, wenn das Exportgeschäft aus unvorhergesehenen Gründen zusammenbricht. Der Parlamentarische Staatssekretär Grüner hat in der Bundestagssitzung vom 13. Mai bestätigt, daß für jeweils zwei Kriegsschiffe an Malaysia und Indien Bürgschaften gewährt worden sind. Bei der Entscheidung, die Bürgschaft zu übernehmen, wurde, so Grüner, »die außerordentliche Bedeutung der Vorhaben für die Beschäftigungs- und Auftragslage der deutschen Werftindustrie berücksichtigt.« (Bundestagsprotokolle, 9. Wahlperiode, S. 6028 C). Welche Waffenexporte von der Bundesregierung durch Hermes-Bürgschaften abgesichert werden, wird übrigens vertraulich behandelt. Grüner weigerte sich in der gleichen Bundestagssitzung, Fragen von Abgeordneten, an welche Länder Waffenlieferungen durch Exportbürgschaften abgesichert worden seien, öffentlich zu beantworten.

Konsultation des Parlaments

Die Koalitionsfraktionen haben die Einrichtung eines Parlamentsgremiums vorgeschlagen, das von der Bundesregierung vor Erteilung von Waffenexportgenehmigungen konsultiert werden sollte. Die Schaffung eines solchen Gremiums ist von der Bundesregierung kategorisch abgelehnt worden. In den neuen Richtlinien ist hierzu nichts vereinbart worden. Jetzt sollen die Vorsitzenden und je ein weiterer Vertreter der Koalitionsfraktionen an den geheimen Sitzungen des Sicherheitsrates teilnehmen. Dieses Verfahren dient eher dazu, rechtzeitig möglichen Ärger mit den Koalitionsfraktionen abzuklären. Als parlamentarische Kontrolle der Rüstungsexportpolitik der Regierung ist dieses Verfahren nicht zu bezeichnen.

Wie weiter?

Die Bundesregierung hat sich in den neuen Richtlinien weitgehend freie Hand gegeben, Waffenexporte in die Dritte Welt direkt zu genehmigen oder den Export über andere NATO-Staaten abwickeln zu lassen. Dennoch sind diese weit gefassten Richtlinien nicht die einzige Determinante, die bei der zukünftigen Waffenexportpolitik der Bundesregierung eine Rolle spielt. Das einst in Aussicht genommene Panzergeschäft mit Saudi-Arabien ist bis heute nicht realisiert worden, da es innerhalb der Koalisationsfraktionen einen breiten Widerstand dagegen gab, der sich aus prinzipiellen Kritikern des Rüstungsexports und politischen Freunden Israels zusammensetzt. Wie groß die innerparlamentarische Auseinandersetzung um den Rüstungsexport sein wird, wird wesentlich davon abhängen, ob der außerparlamentarische Widerstand gegen Rüstungsexporte weitergeht. Vielleicht gelingt es den Dritte Welt Gruppen, innerhalb der Friedensbewegung mehr Aufmerksamkeit für die bundesdeutschen Rüstungsexporte herzustellen.

gc

Zimbabwe

Mit Gegenwind ins dritte Jahr

Bruch der Regierungskoalition

Keine zwei Jahre hielt das Regierungsbündnis von ZANU (PF) und PF (ZAPU) 1) nach der Unabhängigkeit Zimbabwes. Am 17. Februar entließ die Regierung Mugabe den Präsidenten der PF (ZAPU), Joshua Nkomo und drei weitere PF (ZAPU)-Minister aus der Regierung nachdem in mehreren Betrieben und Farmen im Westen Zimbabwes, die der PF (ZAPU) gehören, umfangreiche Waffenlager entdeckt worden waren. Die Handfeuerwaffen, Landminen, Mörser, Boden-Luft-Raketen, gepanzerten Fahrzeuge und Munition hätten für die Ausrüstung einer kampfstarken 3000 bis 5000-Mann-Brigade ausgereicht. Außerdem wurden medizinisches Versorgungsmaterial und eine umfangreiche Störsender-Ausrüstung gefunden, die im Ernstfall das gesamte Kommunikationsnetz des Landes hätte lahmlegen können. Die Regierung beschuldigte Nkomo, er habe Waffen für einen Staatsstreich gehortet und ließ sogleich die Betriebe beschlagnahmen sowie das Hauptquartier der PF (ZAPU) in Harare (Salisbury) durchsuchen. Eine unbekannte Zahl von PF (ZAPU)-Mitgliedern wurde verhaftet. Nkomo, der die Vorwürfe bisher energisch bestritt, hat mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen.
Die Entlassung der PF (ZAPU)-Minister nutzte Mugabe zur Umbildung des Kabinetts. Neuer Innenminister wurde der als Gesundheitsminister letztes Jahr entlassene H. Ushewokunze, der als Vertreter des »radikaleren« ZANU (PF)-Flügels gilt.

Die PF (ZAPU) ist seit dem 17. Februar in der Opposition — allerdings behielt Mugabe einige PF (ZAPU)-Minister und holte in einer zweiten Kabinettsumbildung am 16. April neue dazu: neu vereidigt wurden Dr. Ndlovu als Minister für Straßenbau, Mr. Msipa als Minister für Wasserressourcen und Entwicklung, John Nkomo als Staatsminister im Büro des Premierministers und Jane Ngwenya als stellvertretende Ministerin für Manpower Planning und Development. Diese Berufungen erhielten offensichtlich die Zustimmung des PF (ZAPU)-Zentralkomitees und drücken den Willen der Regierung aus, mit der PF (ZAPU) zu einer Einigung zu kommen und diese nicht pauschal des Betreibens einer Verschleppungstaktik zu bezichtigen. Nicht alle ZAPU-Mitglieder könnten mit den Waffen, die »Nkomo und andere habgierige Leute horteten«, in Verbindung gebracht werden. Gespräche zwischen ZANU (PF) und PF (ZAPU) bezüglich der Herstellung politischer Einheit seien bislang ergebnislos geblieben. Die Regierung hoffe nach wie vor auf Einigung, erwarte von der PF (ZAPU)-Führung aber zunächst, daß diese ihre »Dissidenten« wieder fester in den Griff bekomme, die »besonders in Matabeleland immense Leiden verursachen, indem sie Anschläge auf Busse verüben und Läden und unschuldige Menschen ausrauben. Dahinter stehen politische Absichten — wir wissen, daß es in der ZAPU-Führung Elemente gibt, die auf verstärkte Gewalt demobilisierter ZIPRA-Soldaten 2) oder von ZIPRA-Deserteuren setzen. Das Ziel solcher Gewalttätigkeiten wäre es, eine Situation zu schaffen, in der es Kämpfe zwischen denen gibt, die meinen, sie hätten die Wahl gewinnen sollen, und denen, die sie tatsächlich gewannen«, so Mugabe bei einer Pressekonferenz am 17. 4. 82.

Weiße Parlamentarier gespalten

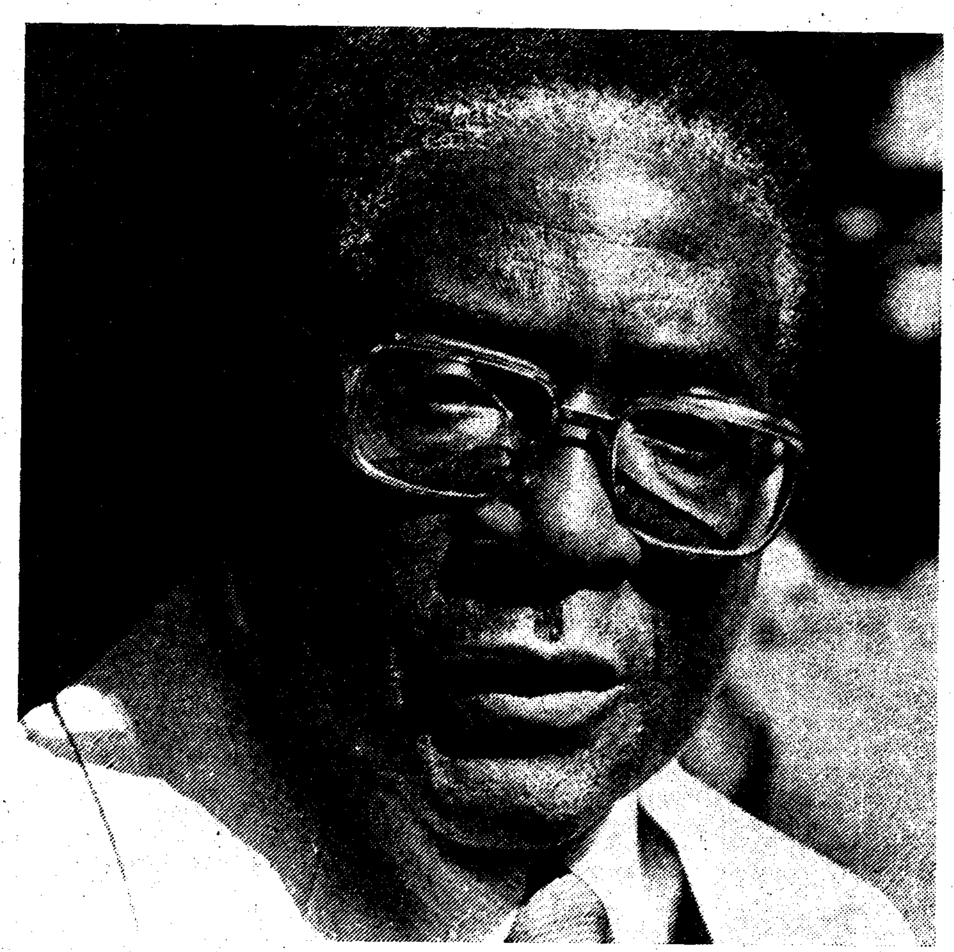
Die seit Mitte letzten Jahres von der Regierung immer wieder erhobenen Beschuldigungen, es gebe unverantwortliche Elemente, die den Sturz der Regierung planten, werden auch gegenüber Weißen erhoben. Seit Herbst 1981 wurden nach verschiedenen Waffenfunden insgesamt 17 Weiße wegen Verdachts der Spionage für Südafrika, wegen Verschwörung und illegalen Waffenbesitzes festgenommen. Der prominenteste Häftling ist der Parlamentsabgeordnete W. Stuttaford, Gründungsmitglied von Ian Smiths »Republican Front«. Er wird seit Dezember ohne Anklage festgehalten, man ermittelt gegen ihn wegen »Konspiration zum Umsturz der Regierung«. Angeblich hat er Verbindungen zu PF (ZAPU)-Kreisen gehabt. Sein Haftbefehl wurde Anfang Februar auf unbestimmte Zeit verlängert, nachdem Mitte Januar der geltende Ausnahmezustand vom Parlament gegen die Stimmen der »Republican Front« um weitere 6 Monate ausgedehnt worden war.
Ian Smith's Front im Parlament erlitt damit in den letzten Monaten schwere politische Verluste: Stuttaford sitzt in Haft, ein weiterer Abgeordneter, D. Walker aus Bulawayo, konnte sich seiner Verhaftung nur durch Flucht entziehen. Ein dritter, R. Cronje, emigrierte nach Südafrika, ein vierter, A. Moseley, trat von seinem Amt zurück. Am 4. März schließlich verließen 7 weiße Parlamentarier die »Republican Front« und erklärten, sie wollten künftig als Unabhängige im Parlament mitarbeiten. Wenige Tage später folgten ihnen dann zwei weitere RF-Abgeordnete, denen Ian Smith's strammer Anti-Regierungskurs ebenfalls nicht mehr paßte. Damit dürften von den ursprünglich 20 Abgeordneten der »Republican Front« nur noch 7 den alten Kurs fahren. Zwei der Abtrünnigen wurden am 16. April in das Kabinett Mugabe aufgenommen: John Landau wurde Handelsminister und

Chris Anderson, unter Smith Justizminister und als solcher verantwortlich für rassistische Gesetze und die Inhaftierung zahlreicher Befreiungskämpfer, wurde Staatsminister im Büro Mugabes, zuständig für den Öffentlichen Dienst.
Auch diese Ernennungen sind Bestandteil von Mugabes Politik der »reconciliation«, der nationalen Aussöhnung.

Angespannte innenpolitische Situation

Wie gesagt, werden seit Mitte letzten Jahres Politiker wie Muzorewa, Sithole und Ian Smith immer wieder von der Regierung beschuldigt, sie seien an Umsturzplänen beteiligt.
Am 18. Dezember zerstörte ein Bombenanschlag große Teile des ZANU (PF)-Hauptquartiers in Harare (Salisbury).3) Sechs Menschen starben bei der Explosion, 150 wurden von den Trümmern verletzt. Die Bombe ging zu einem Zeitpunkt hoch, zu dem Premierminister und Kabinettsmitglieder sich normalerweise in dem Gebäude aufhielten. An diesem Tag jedoch fand zufällig keine Sitzung statt, das Gebäude war zum Zeitpunkt der Explosion fast leer. Der Anschlag machte jedoch die angespannte Situation deutlich und wurde von der Regierung offensichtlich auch als Alarmsignal verstanden. Seither klingen die Beschuldigungen schriller, die Angriffe auf »Dissidenten« werden schärfer und drohender formuliert. Wenige Tage nach dem Anschlag wurden Ausnahmevollmachten eingeführt, denen zufolge der Innenminister das Eigentum von jedermann, den er verdächtigt, subversiv oder als Agent tätig zu sein, beschlagnahmen kann. Diese Vollmachten gaben zwei Monate später die Grundlage für die Beschlagnahme der PF (ZAPU)-Betriebe und Farmen ab.
Mitte Februar wurden die Ausgaben für den Geheimdienst vom Parlament drastisch erhöht.
Die Waffenfunde gehen indessen weiter, fast täglich werden neue Verstecke entdeckt. Man rechnet damit, daß ca. 15% der Waffen, die die ZIPRA bei der Demobilisierung hatte abliefern sollen, noch irgendwo lagern. Inzwischen machte umgekehrt Joshua Nkomo der Regierung den Vorwurf, eine ganze Zugladung ZANLA-Waffen aus Mosambik sei an der Grenze spurlos verschwunden, und er sei bei seinen diesbezüglichen Nachforschungen von ZANLA-Führern behindert worden. Von der Regierung wurden diese Anschuldigungen zurückgewiesen.

Wenn derartige Vorwürfe von außen auch nicht im einzelnen nachprüfbar sind, so verdeutlichen sie doch das gereizte innenpolitische Klima und die latente Feindseligkeit zwischen den beiden großen Parteien.
Ein anhaltendes Problem stellen Sabotageakte und desertierende Armeesoldaten dar. Angeblich sind seit Herbst letzten Jahres 3000 Soldaten aus der vereinten Armee desertiert. Gelegentlich kommt es zwischen ihnen und den loyalen Soldaten zu Zusammenstößen. Ein besonders unruhiges Bataillon, das vor allem aus ehemaligen ZIPRA-Kämpfern bestand, wurde kürzlich aus dem Nordwesten Zimbabwes in die Nähe der Hauptstadt verlegt.
(Herald 17. 4. 82, 21. 4. 82, Informationsdienst Südliches Afrika März 1982)



Robert Mugabe

Hintergrund der Spannungen: Einparteienstaat und unerfüllte soziale Erwartungen

Verläßliche Einschätzungen der momentanen Situation sind schwierig. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß die Regierung von der PF (ZAPU) nach der abgeschlossenen Vereinigung der ehemaligen Guerilla-Armeen klare Aussagen haben will, wo die PF (ZAPU) politisch steht und speziell, wie sie sich zum Konzept des Einparteienstaates stellt. Genau diese verbindlichen Aussagen ist Nkomo bisher bewußt schuldig geblieben. Die Regierung verspricht sich von einem Einparteienstaat die Überbrückung politischer und stammesmäßiger — auch regionaler — Gegensätze und Unterschiedlichkeiten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und ehemaligen Befreiungsarmeen und damit Erleichterungen auf dem Weg zu *einer* Nation.
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Destabilisierungspolitik Südafrikas und der vorhandenen — sich künftig womöglich verschärfenden - gesellschaftlichen Spannungen im Inneren aufgrund unerfüllter sozialer Erwartungen hat diese Überlegung einiges für sich. Die ZANU (PF) jedenfalls propagiert den Einparteienstaat bereits, wenn auch immer wieder betont wird, darüber müsse noch eine breite Diskussion in der Bevölkerung stattfinden.
PF (ZAPU)-Politiker äußerten sich mit wenigen Ausnahmen bisher meist ablehnend oder ausweichend. Deutlich — und auch nicht völlig unbegründet — ist die Furcht, von der weitaus stärkeren ZANU (PF) »geschluckt« zu werden. Möglicherweise will sich Nkomo auch für die Wahlen 1985 die Option offenhalten, mit den Weißen und den kleineren schwarzen Parteien ein Bündnis gegen Mugabe einzugehen, das die heutige Regierung ablösen könnte, wenn diese ihre jetzige absolute Mehrheit verlieren sollte. Durch die Waffenfunde ist dieser Verdacht noch verstärkt worden. Das harte Vorgehen der Regierung gegen Nkomo — dieser wurde nicht nur seiner Ämter enthoben, sondern auch in aller Öffentlichkeit auf eine ihn erniedrigende Weise beschimpft — könnte darauf schließen lassen, daß die Regierung die PF (ZAPU) zu einer eindeutigen und verbindlichen politischen Stellungnahme zu zwingen versucht.
(Informationsdienst Südliches Afrika, März 1982)

Die Bedenken der kleineren schwarzen Parteien — etwa des United African National Council (UANC) von Muzorewa — gegen den Einparteienstaat richten sich, wenn sie offen formuliert werden, eher gegen den befürchteten Verlust politischer Freiheiten.
Neue Nahrung erhielten diese Befürchtungen durch einen Auftritt des ZANU (PF)-Ministers Dr. E. Svobgo bei den Unabhängigkeitsfeiern am 18. April in der Kleinstadt Chinhoyi (Sinoia). Svobgo hatte sich dort über die Teilnahme eines UANC-Chores an den Feiern beschwert und den örtlichen Behörden empfohlen, Läden zu schließen, die UANC-Parteimitgliedern gehörten. In seiner eigenen Provinz, Ft. Victoria, würden außer der ZANU keine anderen Parteien mehr geduldet.

Die Gegner der Regierung wandten ein, dies sei der beste Beweis dafür, was für ein Unheil mit dem Einparteienstaat über das Land kommen werde. Tagelang wurde der Vorfall auf das heftigste in der Presse diskutiert. Svobgo hatte sicherlich nicht die offizielle Regierungsposition ausgedrückt, doch kann der Vorfall für das gegenseitige Mißtrauen unter den Parteien als symptomatisch gelten. Die Politik der »reconciliation«, der nationalen Versöhnung, scheint heute wichtiger denn je zu sein. Ob sie durch einen Einparteienstaat erleichtert wird, erscheint angesichts des Widerstands der anderen Parteien allerdings als fraglich. Andererseits läßt sich argumentieren, daß gerade die Konkurrenz der verschiedenen Parteien eine Politik der nationalen Aussöhnung erschwert und Illoyalität gegenüber der Gesamtnation sowie einen Hang zum Einzelgängertum produziert. So betrachtet hätte sich die Regierung zwischen zwei schlechten Alternativen hindurchzuwinden: zwischen dem gewaltsam durchgesetzten Einparteienstaat und der Gefahr bröckelnder Mehrheiten. Gelegentlich hat es den Anschein, als würde die Regierung schon heute aus dieser ungemütlichen Klemme heraus agieren.

Denn Unzufriedenheit schlägt ihr auch zunehmend von jenen Bevölkerunsgruppen entgegen, die sich von der Unabhängigkeit rasche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhofft hatten. Über den Realitätssinn solcher Hoffnungen braucht hier nicht gerechtet zu werden. Tatsachen sind, daß die Erhöhung der Mindestlöhne für Arbeiter von 85 auf 105 Z$ und für Hausangestellte und Farmarbeiter 20 auf 50 Z$ durch die 15 – 20%ige Inflation wieder zunichte gemacht wird, daß die Arbeitslosigkeit bei einer Beschäftigtenszahl von 1 Million immer noch bei über 1 Million liegt, daß in den ländlichen » Communal areas «, den ehemaligen » Tribal Trust Lands «, immer noch über 1 Million Menschen auf die Zuteilung von neuem Land warten, daß ein Großteil der demobilisierten ehemaligen Guerilla-Kämpfer(innen) und der jährlich 100000 Schulabgänger ohne Aussicht auf Arbeit ist und daß die Lohndifferenzen zwischen schwarzen und weißen Arbeitern im Wesentlichen weiterexistieren.

Zwar setzte die Regierung am 1.Mai umfassende Preiskontrollen für die wichtigsten Konsumgüter fest, die die Gewinnspannen des Großhandels begrenzen und die Inflation bekämpfen sollen. Auch werden Anstrengungen unternommen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und Land umzuverteilen. Vielen Leuten geht das aber nicht schnell genug. Sie haben nicht jahrelang gekämpft und gewartet, um jetzt immer nur von den Fesseln des Lancaster-House-Abkommens zu hören, die die Aktienmöglichkeiten der Regierung in der Tat empfindlich einschränken. Immer häufiger wird weißes Farmland von » squatters «,von illegalen Siedlern, besetzt, die dort nun ihren Mais und ihr Gemüse anbauen. Wo es geht, versucht die Regierung in diesen Fällen zwischen den Squattern und den weißen Farmern zu schlichten — es wurden aber auch schon Squatter vertrieben, weil sie angeblich den Boden zerstört oder das Wasser der Flüsse und Stauseen, an denen sie bevorzugt siedeln, verunreinigt hätten. Derartige Probleme lassen sich nicht über Nacht lösen. Die daraus resultierende Unzufriedenheit bekommt die ZANU (PF) inzwischen zu spüren. Entsprechend hatte in den letzten Monaten Muzorewas UANC — der 1980 nur 3 von 80 afrikanischen Parlamentssitzen erhielt — wieder beträchtlichen Zulauf.

Präsident Banana rief den auch in seiner landesweit verlesenen Rede bei den Unabhängigkeitsfeiern im April alle Zimbabwer auf, ihr Bestes für den Aufbau des Landes zu geben und die Geduld nicht zu verlieren:» Der Kampf um Veränderung unserer Gesellschaft wird uns manchmal sehr lang und mühselig vorkommen. Die Maßnahmen, die die Regierung ergreift, mögen manchem zu radikal, anderen zu bescheiden erscheinen. Es ist jedoch wichtig, daß wir alle uns an dem Wandel beteiligen...« Die tatsächliche Befreiung des Landes hat erst noch stattzufinden — mit der politischen Unabängigkeit haben sich die Chancen dazu erheblich verbessert, mehr aber nicht.

Wirtschaftliche Aussichten

Im letzten Jahr hatte Zimbabwe ein reales Wirtschaftswachstum von 7% zu verzeichnen (1980: 10%).Für 1982 wird mit einem Wachstum von 4% gerechnet. Die Einbuße geht vor allem auf das Konto des Bergbaus, der zur Zeit mit einer weltweiten Rezension, aber auch mit internen Problemen, insbesondere mit dem Weggang weißer Fachkkräfte und mit Transportschwierigkeiten, zu kämpfen hat.

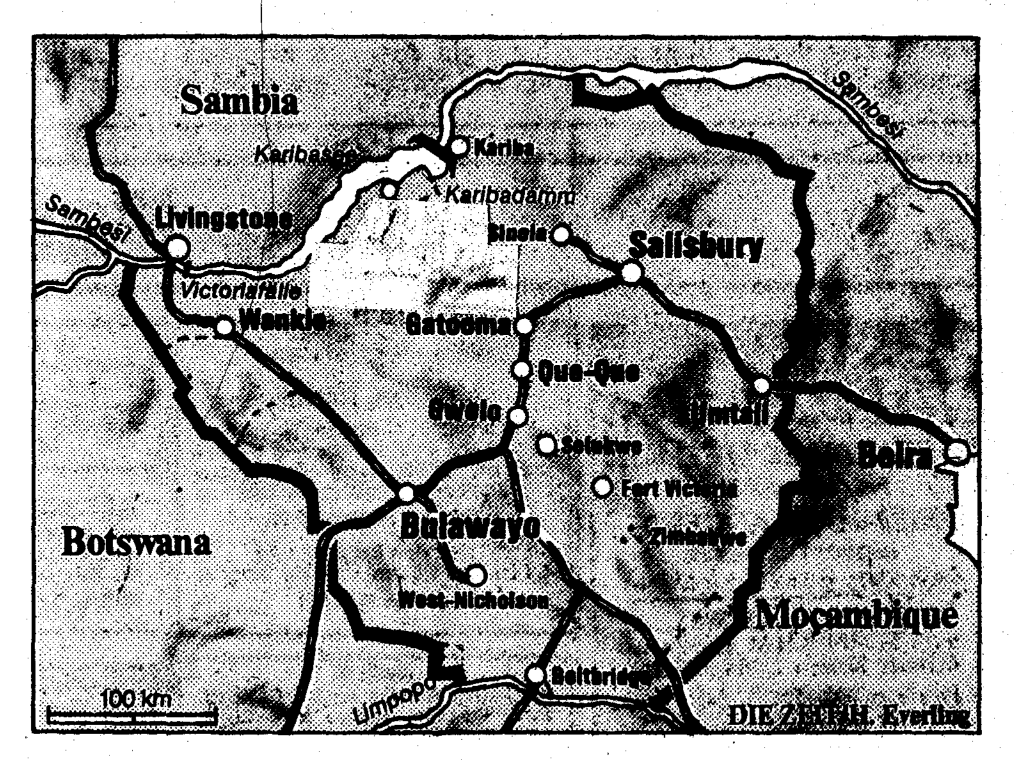
In der *Landwirtschaft* wird 1982 bei leichten Einbußen mit einer insgesamt guten Ernte gerechnet. Bei Mais wird ein Produktionsrückgang erwartet, bei Tabak, Soja und Erdnüssen ein kräftiger Anstieg. Aktuelle Probleme liegen hier vor allem im Mangel an Devisen und Düngemitteln sowie in den unzureichenden Transportmöglichkeiten. So konnten 1981 von 3 Mio Tonnen Mais nur 1,8 Mio Tonnen abtransportiert werden, 1,2 Mio Tonnen lagern noch in Silos. 25 Diesellocks, die kürzlich von den USA gekauft wurden, sollen die gröbsten Transportschwierigkeiten beheben helfen.

Schwere Probleme gibt es allerdings im Matabeleland und im Süden Zimbabwes aufgrund der anhaltenden Dürre. Dort ist nicht nur ein Teil der Ernte bereits vernichtet, sondern es beginnt auch ein großes Viehsterben, weil die Weiden völlig erschöpft sind, und das Vieh keine Nahrung mehr findet. Viele Farmer bemühen sich, ihr Vieh in andere Landesteile zu schaffen oder es schnell noch zu verkaufen, was aber nur den wenigsten gelingt. Ende April liefen die ersten Nahrungsmittelhilfe-Programme für die am schwersten betroffenen Regionen an. Gerade in Matabeleland, der Hochburg der PF (ZAPU) könnten die zusätzlichen wirtschaftlichenSchwierigkeiten wegen der Dürre den politischen Unmut gegenüber der Regierung verstärken.

In der *Industrie* rechnet man für 1982 mit deutlich niedrigeren Wachstumsraten. Sowohl einheimische wie ausländische Firmen halten sich mit Investitionen momentan noch etwas zurück. Dabei ist Zimbabwe für ausländische Investoren ein durchaus interessantes Anlageland. Es hat eine reiche Landwirtschaft, eine gut ausgebaute Infrastruktur, eine breit diversifizierte Industrie und nicht zuletzt reiche Energiereserven und Bodenschätze. Neben Gold besitzt Zimbabwe 44 andere Mineralien, darunter so wichtige Stoffe wie Nickel, Asbest, Chrom, Kobalt und Uran. Die Kohlereserven des Landes werden auf 28 Mio. Tonnen geschätzt. Darüberhinaus bieten sich im Energiebereich gute Möglichkeiten der Wasserkraftnutzung. Schließlich wurde durch die Erhöhung der Mindestlöhne ein regelrechter Nachfrageboom ausgelöst, der durch die einheimische Wirtschaft nicht gedeckt werden kann.

Neben den erwähnten wirtschaftlichen Engpässen — Devisen, Transport, Fachkräfte — sind es jedoch vor allem politische Erwägungen, die die ausländischen (und einheimischen) Investoren im Moment noch etwas zaudern lassen, ihre Chancen zu nutzen. Die Regierung Mugabe wird zwar allerorten wegen ihres politischen »Pragmatismus« gelobt, ihre bisherigen programmatischen Äußerungen zur allmählichen Transformation der Wirtschaft unter Beibehaltung des Privatsektors scheinen den potentiellen Kapitalanlegern allerdings doch noch nicht präzise genug zu sein. Im Bergbau sorgte die angekündigte Einrichtung einer staatlichen Aufkaufgesellschaft (Mineral Marketing Board) für Unruhe. Ein vielfach geforderter Investitionskodex wird von der Regierung bis jetzt strikt abgelehnt. Viele ausländische Unternehmen, die bereits ihr Interesse an Investitionen in Zimbabwe bekundet haben, warten jetzt offensichtlich noch die Direktiven des Nationalen Drei-Jahres-Übergangs-Plans ab, der im Juli diesen Jahres in Kraft treten soll und vor allem die Bereiche Transport, Energie, Agrarökonomie, Bergbau und Ausbildungswesen umfassen wird. Die Regierung setzt auf »joint ventures« (Gemeinschaftsunternehmen), den Erwerb von Staatsanteilen in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft, auf die Einrichtung von Kooperativen und kleinen Wachstumszentren auf dem Land und die Beteiligung der Arbeiter durch den Aufbau von Betriebsräten und Mitbestimmungsorganen. Angestrebt wird bei großen Unternehmen ein Staatsanteil von 55%. Der »public sector« soll in den nächsten Jahren gegenüber dem Privatsektor bevorzugt werden.

Nach wie vor bleibt Sozialismus das erklärte Ziel der Regierung Mugabe — doch geht man davon aus, daß man die starke Auslandsabhängigkeit der zimbabwischen Wirtschaft (60% – 70% der Wirtschaft sind in ausländischer Hand) nur behutsam lockern kann. Enteignungen im großen Stil würden die Wirtschaft momentan sofort zusammenbrechen lassen und die Versorgung der Bevölkerung ernsthaft gefährden. Insofern ist die Regierung in naher Zukunft durchaus an ausländischen



Investitionen interessesiert, allerdings nicht in jedem Bereich und nicht unkontrolliert. So sind zum Beispiel im Agrarsektor ausländische Privatinvestitionen kaum noch erwünscht, wohl aber im Bergbau und im Bereich der Infrastruktur.

Als *zentrale Engpässe* der zimbabwischen Wirtschaft werden weiterhin vor allem die Knappheit an Devisen, die unzureichenden Transportmöglichkeiten und der Mangel an Fachkräften bestehen bleiben. Durch den enormen Nachholbedarf an Importen nach der Unabhängigkeit und die sinkenden Exporterlöse im Bergbau sind Devisen Mangelware geworden. Dadurch können aber viele Investitionsgüter aus dem Ausland, die dringend benötigt werden, nicht oder nicht rechtzeitig gekauft werden, um eine regelmäßige oder gar zunehmende Produktion zu gewährleisten. Über das von der Smith-Regierung übernommene staatliche Devisenzuteilungssystem schimpfen vor allem die privaten Unternehmer, weil es ihnen die Kalkulation erschwert. Doch scheint die Devisenbewirtschaftung bis auf weiteres unerläßlich zu sein.

Mit dem wirtschaftlicen Aufschwung nach der Unabhängikeit und dem gesteigerten Binnen- und Außenhandel haben die Transportkapazitäten nicht Schritt halten können. Das gilt nicht nur für die Eisenbahn und den Straßenverkehr (Benzinknappheit!), sondern auch für die mosambikanischen Seehäfen, auf die Zimbabwe angewiesen ist, um seine Abhängigkeit von Südafrika zu verringern.

Schließlich mangelt es vielerorten an Fachkräften. Das ist einerseits auf die immer noch statfindende Abwanderung von Weißen bei gleichzeitig wachsender wirtschaftlicher Aktivität des Landes zurückzuführen, hat seine wichtigste Ursache aber darin, daß der schwarzen Bevölkerung während der weißen Vorherrschaft praktisch jeglicher Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung versperrt war.

Schnelle Lösungen sind also auch hier nicht in Sicht. Längerfristig könnte Zimbabwes Wirtschaft unter anderem von der Mitgliedschaft des Landes in der seit 1980 existierenden »Konferenz für die Koordination der Entwicklung im Südlichen Afrika« (SADCC) profitieren, in der sich 9 Staaten zusammengeschlossen haben: Zimbabwe, Sambia, Botswana, Angola, Lesotho, Swaziland, Malawi, Mosambik und Tanzania. Durch ihre Kooperation, in der jedes Mitglied eine vorrangige Aufgabe hat — Zimbabwe etwa soll die anderen Länder mit Nahrungsmitteln mitversorgen —, wollen sie ihre drückende Abhängigkeit von Südafrika lockern. Die anderen Länder sind zwar wesentlich ärmer als Zimbabwe, doch kann längerfristig von dem Zusammenschluß durchaus die Stärkung der gesamten Region erwartet werden.

Wirtschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik

Die BRD bezog 1981 Waren im Wert von 219 Mio DM aus Zimbabwe und stand damit an 2. Stelle nach Südafrika. Sie lieferte ihrerseits für 210 Mio DM Waren nach Zimbabwe und war damit der viertgrößte Lieferant hinter Südafrika, Großbritannien und den USA.

Nach 1980 ließen sich 25 deutsche Firmen neu in Zimbabwe nieder. Der Trend ist — trotz der oben erwähnten abwartenden Haltung — langsam im Steigen begriffen. Zu den deutschen Großunternehmen, die Handelsniederlassungen in Harare haben, beziehungsweise ins Geschäft eingestiegen sind, gehören beispielsweise BASF, Hoechst, Siemens, GHH (Bergbau) und Klöckner (Stahl, Kohle). Derzeit wird zwischen Zimbabwe und der Bundesrepublik über Kapitalschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen verhandelt. Ein Abschluß solcher Vereinbarungen, der noch für dieses Jahr erwartet wird, dürfte das Engagement deutscher Firmen in Zimbabwe beschleunigen. Bei der gerade in Bulawayo zu Ende gegangenen Handelsmesse hatten sie den größten Stand unter den Ausstellern und gaben sich, was künftige Geschäfte angeht, optimistisch.

Entwicklungshilfe leistet die Bundesrepublik vor allem in Form finanzieller Hilfe, die größtenteils dem Wideraufbau von Straßen, Brücken und der Wasserversorgung zugute kommt. 1980 wurden 7 Mio DM technische Hilfe für den Aufbau eines nationalen Berufsausbildungszentrums gewährt. 1981 leistete die Bundesrepublik — wie schon 1980 — für 70 Mio DM finanzielle Hilfe. 21 Mio DM davon waren 1981 für Wiederaufbauprograme bestimmt, 13,5 Mio DM für ein Bewässerungsprojekt im Südosten des Landes, 10 Mio DM für Kleinbauern-Kredite, 10 Mio DM als Warenhilfe für die Beschaffung von Investitionsgütern und 14 Mio DM zur Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken.

Während Mugabes Besuch in der Bundesrepublik Ende Mai wurde ein Kapitalhilfeabkommen über weitere 70 Mio DM unterzeichnet, der größte Teil davon sind wieder »soft loans« — Kredite mit einem Zinssatz von 2% bei einer Laufzeit von 40 Jahren, wobei die ersten 10 Jahre zinsfrei sind. Außerdem wurde die technische Hilfe für 1982 von 7 auf 10 Mio DM aufgestockt. Damit hat Zimbabwe seit der Unabhängigkeit insgesamt 226 Mio DM an finanzieller und technischer Hilfe von der Bundesregierung zugesagt bekommen. Außerdem leben zur Zeit 700 Zimbabwer in der Bundesrepublik, von denen während des Krieges 200 im Rahmen von Flüchtlingsprogrammen und nach dem Krieg 500 speziell zu Ausbildungszwecken hergeholt wurden.

Bei seinem Besuch in Bonn äußerte Mugabe den Wunsch, diese Ausbildungshilfe für junge Zimbabwer auch weiterhin zu erhalten. Von seinen präzisen Vorstellungen über die künfig benötigte Hilfe zeigten sich deutsche Politiker ebenso beeindruckt wie von seinem politischen Kurs der »nationalen Versöhnung«. Anders als 1976, als er in der Bundesrepublik nur beim KBW willkommen war, wurde Mugabe jetzt von Politikern und Industriellen in allen Ehren empfangen. Auch künftig, so versicherte Minister Offergeld, könne Zimbabwe auf die »Solidarität der Bundesregierung« bauen.

sh

ANMERKUNGEN:

1) Die beiden Befreiungsbewegungen Zimbabwes, ZANU und ZAPU, hatten sich während der letzten Phase des Unabhängigkeitskriegs zur »Patriatic Front«, kurz PF, zusammengeschlossen. Nach den Lancaster-Verhandlungen gingen sie jedoch wieder getrennt unter den neuen Bezeichnungen ZANU (PF) und PF (ZAPU) in den Wahlkampf.
2) ZIPRA und ZANLA waren die Bezeichnungen der militärischen Flügel der ZAPU und ZANU.
3) Aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Unabhängigkeit wurde die Hauptstadt Salisbury in Harare umbenannt.

VERSTÄDTERUNG IN DER DRITTEN WELT

Städte in der Dritten Welt

Die Zeiten sind vorbei, in denen das Wachstum der Städte der Dritten Welt zusammen mit industriellem Wachstum als der Motor einer wirtschaftlichen Entwicklung ganzer Länder angesehen wurde. In den westlichen Industrienationen hatte man die Erfahrung gemacht, daß Menschen, die vom Land in die Stadt kamen, dort Arbeitsplätze vorfanden, die ihnen wirtschaftliche Sicherheit gaben. Die großen Städte wurden zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung im Umland. Aufgrund dieser Erfahrungen, die sich vor allem in den Modernisierungstheorien niederschlugen, war die Meinung weit verbreitet, daß dieser Prozeß bloß in irgendeinem Zentrum künstlich angeregt werden müsse, damit die weitere Entwicklung sich dann von diesem Zentrum auf das Hinterland auswirke. Heute aber kristallisiert sich immer mehr heraus, daß die Industrialisierung der Zentren der Dritten Welt dem rapiden Bevölkerungswachstum schon lange nicht mehr folgen kann, die ökonomische Situation für viele Stadtbewohner immer menschenunwürdiger wird. Und ein weiterer Punkt kommt erschwerend hinzu: Während die landwirtschaftliche Produktion der westlichen Nationen mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung größtenteils Schritt halten konnte und in der Lage war eine größer werdende, nicht landwirtschaftlich tätige Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ausreichend zu versorgen, müssen Länder der Dritten Welt in zunehmendem Umfang Grundnahrungsmittel importieren.

Wenn die blätter des iz3w sich mit Städten in der Dritten Welt in einem Themenblock beschäftigen, so nicht deshalb, weil das Städtewachstum in der westlichen Welt besonders unproblematisch wäre (Slums und Armut gibt es auch hier; teure Wohnungen und leerstehender Wohnraum, Bodenspekulation, Hausbesetzungen, Verkehrsbelästigung, Umweltverschmutzung zeigen an, daß auch unsere Städte immer unmenschlicher werden), sondern weil die Entwicklung der Städte in der Dritten Welt heute Probleme aufwirft, die mit den unseren kaum noch zu vergleichen sind.
Wenn also Verstädterungszahlen mit 80 % in Chile, mit 67 % für Peru, mit 45 % für Ägypten vorliegen; wenn Prognosen behaupten, daß bis zum Jahre 2000 über 50 % der gesamten Bevölkerung der Dritte-Welt-Länder in Städten leben werden; wenn nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind; und wenn die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten obendrein schlechter wird, dann stellt sich die Frage, wie Menschen in diesen Städten überleben.
Die entscheidende Weichenstellung, die zu den heutigen Problemen der Städte der Dritten Welt führte, wurde ohne Zweifel zur Zeit des Kolonialismus vorgenommen. Entscheidend für die Übernahme oder die Neugründung von Städten war die ökonomische und politische Nützlichkeit des Standorts für die Beherrschung des Umlandes durch die Kolonialmacht. Das Hinterland wurde als unerschöpfliches Reservoir für Rohstoffe, landwirtschaftliche Produk-

Einige ausgewählte Daten zur Verstädterung in der Dritten Welt

Land	Stadtbevölkerung in % der Gesamtbev.		durchschnittl. jährliche Wachstumsrate		Anteil der größten Stadt an der gesamten Stadtbevölkerung	
	1960	1980	1960–70	1970–80	1960	1980
Bangladesh	5	11	6,3	6,8	20	30
Indien	18	22	3,3	3,3	7	6
Sri Lanka	18	27	4,3	3,6	28	16
Indonesien	15	20	3,6	4,0	20	23
Philippinen	30	36	3,8	3,6	27	30
Bolivien	24	33	3,9	4,1	47	44
Mexiko	51	67	4,8	4,2	28	32
Chile	68	80	3,1	2,3	38	44
Brasilien	46	65	4,8	3,7	14	16
Peru	46	67	4,9	4,3	38	39
Somalia	17	30	5,3	5,0	—	34
Kenia	7	14	6,4	6,8	40	57
Nigeria	13	20	4,7	4,7	13	17
Äthiopien	6	15	6,1	6,6	30	37
Mosambik	4	9	6,6	6,8	75	83
Zaire	16	34	5,2	7,2	14	28
Uganda	5	12	7,8	7,0	38	52
Ägypten	38	45	3,3	2,8	38	39

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1981, Weltbank, Washington D.C., August 1981, S. 186, 187.

te und billige Arbeitskräfte (in der schlimmsten Form als Sklaven) angesehen.
Durch die Umstrukturierung der bisher vorherrschenden kleinbäuerlichen Wirtschaft in Plantagen- und Monokulturwirtschaft, durch die Orientierung der landwirtschaftlichen Produktion auf den Export in die Mutterländer (Kaffee, Kakao, Gewürze, Baumwolle u.ä.), teilweise auch durch die Vernichtung der Ernten der einheimischen Bauern durch die Kolonialisten, die ihr Produktionsmonopol aufrechterhalten wollten, wurde vielen Bauern die Existenzgrundlage entzogen. Viele wanderten in die Stadt ab, um dort durch kleine Dienstleistungsjobs oder Gelegenheitsarbeiten ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Einen kurzen Überblick über Kolonialstädte bringt der Artikel „Kolonialstädte in Asien"; in ihm werden auch die verschiedenen Strategien der Portugiesen, Holländer und Engländer zur Beherrschung des Hinterlandes am Beispiel von Colombo aufgezeigt.
Die kolonialen Zentren sind es auch, denen der größte Teil der gesamten Investitionen der Kolonialmächte zugute kommt. Sie haben im Gegensatz zum Hinterland die bessere Infrastruktur; Industrie und Handel konzentrieren sich in diesen Städten; die Kolonialverwaltung hat hier ihren Sitz. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt über dem Landesdurchschnitt. Alles in allem eine Situation, die Migranten eine kleine Einkommenschance bietet.
Nach der Unabhängigkeit werden die alten Kolonialstädte von den nationalen Regierungen übernommen und die neue Verwaltung übernimmt das Erbe der Kolonialherren und damit unter anderem auch die Probleme der Migration. Versuche das Stadt-Land Ungleichgewicht z.B. durch Agrarreformen zu beheben, werden nur zögernd bzw. gar nicht durchgeführt, weshalb die Migration vom Land in die Stadt auch weiterhin anhält. (Dritte-Welt-Länder, die konsequent den Weg von Agrarreformen gegangen sind, wie Kuba oder Tansania, werden hier ausgeklammert).
Obwohl die nationalen Regierungen allein schon aus Prestigegründen, einen Großteil ihrer ohnehin schon geringen Ressourcen zu Investitionszwecken – wie Wohnungsbau, Straßenbau, Ausbesserungsarbeiten u.a. –, oder um ausländisches Kapital durch Infrastrukturvorleistungen anzuziehen, in die Zentren pumpen, reicht das Arbeitsplatzangebot nicht aus um die Migrantenströme aufzunehmen. Wer keinen Arbeitsplatz in der Verwaltung oder in der Industrie findet, ist gezwungen neue Einkommensmöglichkeiten zu finden: ein informeller Sektor entsteht.
Was unter dem informellen Sektor zu verstehen ist und wie er funktioniert zeigt der Artikel: Die Einkommensbeschaffung der städtischen Armen. Das Beispiel Delhi illustriert die schier unbegrenzte Aufspaltung von Einkommenschancen

Was aber insgesamt betont werden soll, ist die Tatsache, daß die Einkommensbeschaffung, die Sicherung des Lebensunterhaltes, die vordringlichste Sorge der städtischen Armen ist.
Weitere Probleme, mit denen inzwischen viele Städte der Dritten Welt konfrontiert sind und die direkt mit der hohen Migration zusammenhängen, sind zunehmende Verslumung weiter Stadtteile und das spontane und unkontrollierte Siedeln im Bereich der Stadt: die Squattersiedlungen.
Wie und warum Slums und Squattersiedlungen mit der Einkommensbeschaffung verkettet sind, untersucht der Artikel über die Slums und Squattergebiete in Metropolen der Dritten Welt. Daß diese Gebiete nicht nur eine Angelegenheit von Zahlen und Statistiken sind, sondern dahinter menschliche Schicksale stehen, schildern die Berichte von betroffenen Bewohnern. Deutlich werden auch hier die Motive, die zur Abwanderung in die Städte führt.

Stadt	Jahr	Stadt-bevölkerung	Bevölkerung in Slums
Addis Abeba	1966	0,70 Mio.	0,60 Mio.
Nairobi	1971	0,54 Mio.	0,18 Mio.
Casablanca	1972	2,50 Mio.	1,65 Mio.
Lagos	1972	1,00 Mio.	0,50 Mio.
Lagos	1973	2,00 Mio.	1,00 Mio.
Hongkong	1972	4,50 Mio.	0,60 Mio.
Bombay	1971	5,90 Mio.	1,30 Mio.
Djakarta	1972	4,90 Mio.	4,00 Mio.
Manila	1972	3,50 Mio.	1,00 Mio.
Seoul	1972	6,00 Mio.	2,00 Mio.
Brasilia	1972	0,54 Mio.	0,20 Mio.
Rio de Janeiro	1972	4,20 Mio.	1,00 Mio.
Santiago	1972	2,10 Mio.	1,00 Mio.
Mexico-City	1972	8,00 Mio.	2,00 Mio.
Lima	1972	2,10 Mio.	1,00 Mio.

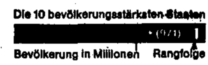
Maßnahmen zur Bekämpfung des städtischen Bevölkerungswachstums

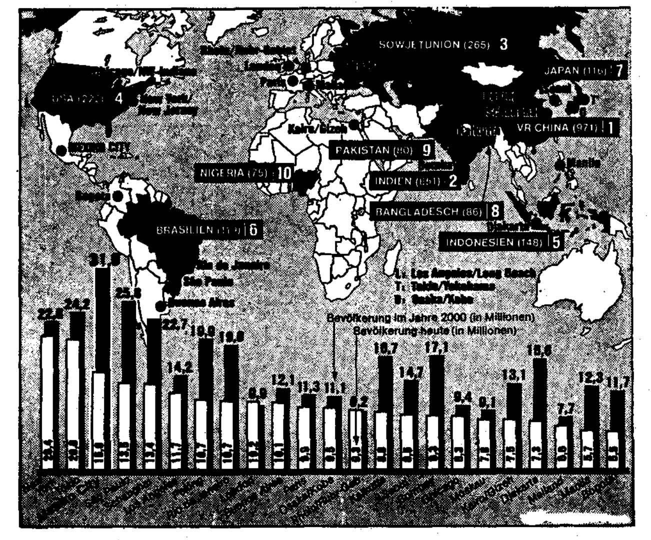
Durch die Zuwanderungsströme in die Städte wird immer mehr knappes und fruchtbares Land an den Stadträndern vernichtet, um den zusätzlichen Wohnungsbedarf der Stadtbevölkerung zu decken. Der Zuwanderungsstrom in die Städte hält zwar an, aber nicht weil diese besonders gute Einkommensmöglichkeiten versprechen, sondern weil die Chancen zur Einkommensbeschaffung in den anderen Landesteilen immer schlechter werden. Ein Großteil der verfügbaren Ressourcen ist nämlich gerade in diesen Zentren gebunden und wird nicht zur Entwicklung der ländlichen



„Arbeitsplatz Müllhalde"

Millionenstädte heute und im Jahre 2000





Regionen eingesetzt: Die Städte werden zu „Parasiten" des Landes.
Die Zuwanderungsprobleme sind bereits so groß geworden, daß die Stadtverwaltung gezwungen ist, neue Konzepte zur Lösung des Wohnproblems auszuarbeiten: Gesetze gegen Zuwanderung werden erlassen, Bewohner ganzer Stadtteile werden auf das Land verfrachtet, die Aussiedlung von Industrien wird zumindest projektiert. Mittlerweile sind die Maßnahmen zur Lösung des Zuwanderungsproblems aber nicht mehr ausreichend, da sich in der Stadt selber neuer Sprengstoff gesammelt hat: die Geburtenrate der städtischen Bevölkerung hat die Zuwanderungsrate bereits überflügelt, da gerade für die städtischen Armen eine hohe Kinderzahl eine bessere Streuung der Erwerbschancen bedeutet. Zusätzlich ist durch die, wenn auch mangelhafte medizinische Versorgung, die Kindersterblichkeit geringer als in den ländlichen Regionen. Zuwanderungsrate und Geburtenrate beschleunigen das Bevölkerungswachstum in den Städten immer mehr (die Zuwachsraten der Städte der Dritten Welt liegen über der Zuwachsrate der Gesamtbevölkerung des Landes, und die Zuwachsraten der Millionenstädte der Dritten Welt außerdem noch über der der gesamten städtischen Bevölkerung des Landes!), bis ein Punkt erreicht ist, an dem die Stadtverwaltung beginnt, zumindest das innere Wachstum der Städte in den Griff zu bekommen, z.B. durch Maßnahmen zur Geburtenkontrolle.
Die Infrastruktur ist in diesem Stadium aber bereits hoffnungslos überlastet. Zusätzlicher Boden zu günstigen Preisen für die Durchführung staatlicher Wohnungsbauprogramme, wie low-cost-housing, ist nicht mehr erhältlich. So führt auch in den Ländern der Dritten Welt die Konzentration des Eigentums an Boden in der Hand weniger privater Besitzer zu enorm hohen Bodenpreisen. Deshalb werden Überlegungen angestellt, die Probleme der Städte durch den Bau von Entlastungsstädten anzugehen. Meist bleibt es jedoch bei den Entwürfen zum Bau solcher Städte, da zur Realisierung entweder die nötigen Mittel fehlen oder solche Pläne ohnehin nur innenpolitischen Propagandazwecken dienen. Allein ein Blick auf die Zahlen – bei etwa 3 % internem Wachstum und 4 Millionen Einwohnern müßte jährlich Raum für 120-Tausend Menschen neu geschaffen werden – zeigt, in welchen Größendimensionen hier geplant werden muß.
Was passiert, wenn eine mit Millionenaufwand und westlichem Sachverstand durchgeführte Planung dann tatsächlich verwirklicht wird, zeigt der Artikel „Ciudad Guyana, Wirtschaftswachstum vor Sozialpolitik" auf. Hier wird deutlich, daß selbst mit hohem finanziellem Aufwand geplante und gebaute Städte letztendlich denselben Problemen gegenüberstehen, wie „naturwüchsige" Städte der Dritten Welt. Und ebenso wird deutlich, daß die Verstädterung kein planerisches oder nur bauliches Problem ist, sondern in der fundamentalen Benachteiligung großer Bevölkerungsteile zu suchen ist.
Wie oben bereits kurz erwähnt wurde, wird durch das Anwachsen des Stadtgebietes zunehmend fruchtbares Land an den Stadträndern vernichtet. Damit wird nicht nur Druck auf die schlechte Nahrungsmittelproduktion ausgeübt, sondern auch auf die benachbarten, bisher selbständigen Ortschaften, was zusätzlich zu politischen Konflikten führt. Die städtischen Zentren breiten sich wie Kraken auf das umliegende Land aus, städtische Agglomerationen entstehen, die die autonomen Ortschaften in ihren Verwaltungsbereich ziehen – z.B. hat das eigentliche Stadtgebiet von Buenos Aires 2,9 Mill. Einwohner, die Agglomeration aber umfaßt 8,9 Mill.
Diese Eingliederungsversuche werden von den benachbarten lokalen Verwaltungsbehörden jedoch nicht ohne Widerstand hingenommen, da diese ihre bisherige Autonomie aufrecht erhalten wollen. Die Folge ist eine durch die verschiedensten lokalpolitischen Interessengruppen zersplitterte Stadtverwaltung – z.B. werden Kalkutta und Manila jeweils durch etwa ein Dutzend Bürgermeister „verwaltet". Eine Stadtverwaltung mit der Aufgabe, in dieser Situation noch einigermaßen vernünftige Lösungen anzubieten, die wirklich grundlegende Verbesserungen für die städtischen Armen in den Bereichen des Einkommens und des Wohnens herbeiführen, muß bei diesem Kompetenzengerangel zwangsläufig scheitern.
Vor dem Hintergrund einer sozial, ökonomisch und politisch völlig aus den Fugen geratenen Situation, sind die beiden letzten Artikel zu lesen, die sich mit der Selbsthilfe im Wohnungsbau beschäftigen. Das seit einigen Jahren eifrig propagierte Konzept – 1976 auf der United Nation HABITAT-Konferenz offiziell abgesegnet – soll durch Selbstbeteiligung und Mitbestimmung der städtischen Armen Abhilfe im Bereich der katastrophalen Wohnungssituation bringen. Was aber dabei herauskommt, wenn dieses sicherlich nicht von vornherein abzulehnende Konzept in die politische Praxis umgesetzt wird, das kündigt schon die Überschrift des Artikels „Wohnungspolitik für die städtischen Armen: Die technokratische Behandlung eines sozial-politischen Problems" an.

Henry M. Kotek

Der Themenblock enthält folgende Artikel:

- Städte in der Dritten Welt
- Kolonialstädte in Asien
- Der informelle Sektor: Die Einkommensbeschaffung der städtischen Armen
- der informelle Sektor in Delhi
- Slums und Squattergebiete in den Metropolen der Dritten Welt
- Trottoirbewohner in Calcutta
- Pedro: Eine Biografie
- Die Kinderbanden von Manila
- Ciudad Guayana: Wirtschaftswachstum vor Sozialpolitik
- Wohnungspolitik für die städtischen Armen: Die technokratische Behandlung eines sozialpolitischen Problems

Kolonialstädte in Asien

Die Bedeutung der Kolonialstädte für die aktuelle Verstädterung in der Dritten Welt

Die gegenwärtigen Probleme rapider Urbanisierung in der Dritten Welt beginnen nicht erst mit dem Zeitpunkt ihrer formalen Unabhängigkeit in der Mitte dieses Jahrhunderts. Ganz im Gegenteil: Die aktuelle Urbanisierung ist nur die Beschleunigung eines bestimmten, neuen Prozesses der Verstädterung, der ihr durch den Kolonialismus aufgezwungen wurde. Der Kolonialismus und die durch ihn bewirkte Veränderung von Form und Richtung der Urbanisierung setzte aber bereits vor dem 17. Jahrhundert ein. Wir vergessen oft, daß Lima, Goa oder Luanda älter sind als etwa Madrid, Karlsruhe oder Versailles.
Selbstverständlich gab es in der vorkolonialen Zeit in weiten Teilen der Dritten Welt eine oft höher entwickelte urbane Kultur als im zeitgenössischen Europa. Die größten und infrastrukturell am besten ausgestatteten Städte liegen im 15. Jahrhundert in Asien, und nicht in Europa. Jedoch in der Auseinandersetzung mit dem sich ab 1500 entwickelnden Kolonialsystem wird diese autochthone Stadtkultur in den Hintergrund gedrängt. Die in der Zukunft größten und wichtigsten Städte der Dritten Welt sind diejenigen, die das Kolonialsystem, oft zufällig, übernimmt, oder selber begründet. Die größten Städte der Dritten Welt sind heute die Kolonialstädte, Städte, die entweder ihr größtes Wachstum unter dem Kolonialregime erfahren haben, oder – und überwiegend – die von ihm begründet wurden. Dies gilt zugleich auch für diejenigen Städte der Dritten Welt, die heute die größten Wachstumsraten aufweisen:

Der Anteil der Kolonialstädte unter den größten Städten der Dritten Welt

Einwohnerzahl	Vorkoloniale oder nichtkoloniale Städtegründungen	Vor- oder nichtkoloniale Städtegründungen, die aber vom Kolonialsystem übernommen wurden und unter ihm starke Wachstumsraten durchlaufen haben	Reine Kolonialgründungen
5–15 Mill. Einwohner	Cairo Seoul x	Mexico City (1527) Delhi (1921)	Sao Paulo (1532) x Buenos Aires (1536) x Rio de Janeiro (1565) x Manila (1569) x Djakarta (1610) x Bombay (1669) x Calcutta (1690) x
2 – 5 Mill.	Bagdad Teheran Alexandria x Lahore Ahmedabad Haidarabad Bangkok x Pusan x	Rangoon (1852) x Saigon (1867) x	Lima (1535) x Bogota (1538) Santiago de Chile (1541) x Caracas (1560) x Recife (1563) x Madras (1639) x Singapore (1819) x Hongkong (1841) x Karachi ? x
1 – 2 Mill.	Casablanca x Beirut x Poona Nagpur Bangalore Dacca x Surabaja x	Bandung (1677) Colombo (1517) x Kanpur	Guadalajara (1548) Monterrey (1770) x Havanna (1515) x San Juan de Puerto Rico (1509) x Medellin Fortaleza (1612) x S. Salvador (1549) x Porto Alegre (1743) Montevideo (1726) x Lagos (1861) x Kinshasa (1882) x

Nach der Rand McNally Classification der Major Urban Areas (3. Welt mit Ausnahme der VR China, 1974)

Die Tabelle bedarf einiger Erläuterungen: Küstenstädte oder Städte mit Zugang zum Meer sind mit einem x gekennzeichnet. Sofern auffindbar, sind für alle Städte der 2. und 3. Sparte der Zeitpunkt der kolonialen Übernahme oder der kolonialen Gründung angegeben. Als koloniale Neugründung gelten Städte, auf deren ursprünglicher Fläche sich nichts befand oder lediglich auf denen Dörfer (etwa Calcutta) oder kleine Küstenhandelsstationen (etwa Manila) angetroffen wurden. Die Entscheidung zwischen Sparte 1 und Sparte 2 fiel dagegen oft schwerer. In Sparte 2 sind lediglich diejenigen Städte aufgeführt, die bereits vor dem Kolonialsystem eine urbane Struktur aufwiesen, aber anschließend, nachweisbar durch den Kolonialismus, eine hohe Wachstumsrate aufwiesen: Etwa Mexico City, das „neue" Tenochtitlan, das gegen Ende des 16. Jahrhunderts soviel Einwohner aufwies wie Sevilla; oder Delhi, das seitdem es 1921 zum Sitz der englischen Kolonialregierung wurde, ein ungebremstes Wachstum durchläuft, oder Kanpur, dessen Wachstum auf der Stationierung der englischen Kolonialarmee im 19. Jahrhundert beruhte.
Es muß fraglich bleiben, inwiefern nicht noch mehr Städte der 1. Sparte in die 2. gerückt werden sollten: etwa Casablanca oder Cairo.

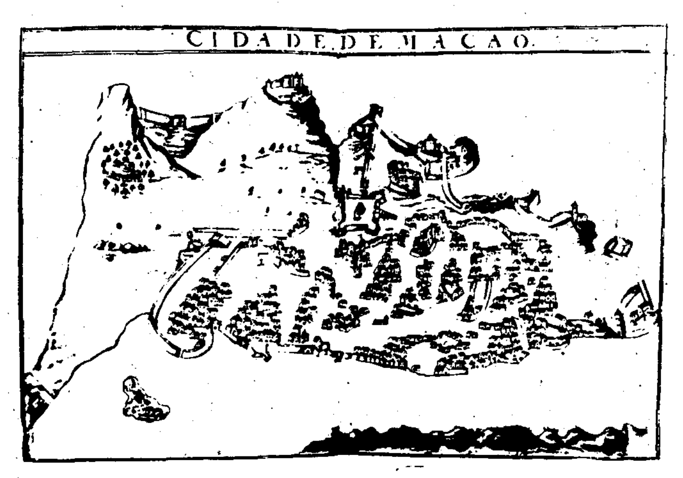
Akzeptiert man trotz dieser Einschränkungen diese Tabelle, so fallen einige Tatbestände sofort ins Auge: In allen Größenordnungen, von einer Million bis zu 15 Millionen Einwohnern, sind weit über die Hälfte der Metropolen der Dritten Welt reine Kolonialgründungen. Für die Sparte der größten Städte mit zwischen 5 und 15 Millionen Einwohnern gilt sogar: von weltweit 21 dieser Großstädte befinden sich 11 in der Dritten Welt, und von diesen 11 sind 9 reine Kolonialgründungen oder in ihrem Wachstum nur durch den Kolonialismus erklärbar.

Ein fast allen kolonialen Millionenstädten eigenes Charakteristikum ist ihre Küstenlage. Während lediglich die Hälfte der vor- oder nichtkolonialen Städte Küstenstädte sind, sind über 90 % der reinen Kolonialgründungen Küstenstädte. Ein weiteres oft übersehenes Charakteristikum gerade der größten Kolonialstädte der Dritten Welt ist ihr Alter: 50 % der Kolonialgründungen sind bereits über 400 Jahre alt.

Die Sprengkraft des Kolonialismus hat sich keineswegs erschöpft, sie ist noch immer wirksam: Betrachten wir deshalb diejenigen Metropolen der Dritten Welt, die heute die höchsten Wachstumsraten aufweisen. Von den zwölf Metropolen der Dritten Welt, die am schnellsten wachsen, sind sechs reine Kolonialgründungen, zwei vom Kolonialismus übernommene Städte und lediglich vier sind vor- oder nicht-koloniale Städtegründungen.

Die vorkoloniale, oft jahrhundertealte, Stadtkultur der Dritten Welt war für das Kolonialsystem irrelevant. Es übernimmt nur wenige und zumeist unbedeutende Städte dieser Kultur. Das Stadtsystem des Kolonialismus ist dagegen ein System neuer Art. Standort und Struktur dieser neuen Städte sind von Sachzwängen und Überlegungen geprägt, die mit den Bedürfnissen des Umlandes wenig zu tun haben, es sind Stützpunkte maritimer Mächte und deshalb überwiegend an der Küste gelegen, während die traditionellen Städte der Dritten Welt als Zentren der oft volkreichsten Agrarreiche der damaligen Welt tief im Hinterland an großen Wasseradern gelegen waren.

Der Kolonialismus stellt damit für die Entwicklung dieser Länder einen nicht rückgängig zu machenden Bruch dar. Die Standorte der Städte verschieben sich, und ihre Wachstumsraten nehmen immer schneller zu. Und diese Verschiebung und Beschleunigung erfolgt in jeweiliger Entsprechung zu den militärischen und sozioökonomischen Sachzwängen der die Weltmeere dominierenden europäischen Nationen oder Handelsgesellschaften. Damit begründet der Kolonialismus zum erstenmal den Typus einer in Standort, Struktur und Bevölkerung wahrhaft internationalen Stadtkultur, ein Typ, der aber, gleichwohl wo und wann immer er begründet wird, von einr dauerhaften Beziehung und Unterordnung zum europäischen Mutterland geprägt wird. Die Städte können sich nicht mehr wie früher kulturell regionalisieren und politisch verselbständigen. Oft über Jahrhunderte und mit unglaublichen demographischen und militärischen Kosten hält das Mutterland die Verbindung zu Städten, die über die Küsten der sieben Weltmeere verstreut sind, aufrecht. Macao ist noch heute, 400 Jahre nach seiner Gründung, portugiesisch.



International sind die Städte durch ihren Standort: Sie sind Küstenstädte, sie existieren, weil sie den äußeren Rand jener internationalen, maritimen Zone bilden, in der europäische Kanonen und Schiffe dominieren können. International sind die Städte in ihrer Struktur: Europäische Formen der Architektur, in jeweiliger ökologischer Anpassung an die verschiedenen Klimazonen und Baumaterialien, werden über den ganzen Erdball gestreut. International sind die Städte auch in ihrer Bevölkerung. Sie werden mehrheitlich nicht von einer kulturell und religiös homogenen lokalen Landesbevölkerung bewohnt, sondern eher von einem internationalen Gemisch von Sklaven, Nachfahren kolonialer Mischehen und zwangskonvertierten „neuen" Christen.

Drei Stadien der Kolonialstädte in Asien

Die Gründung dieser Kolonialstädte entwickelte sich über den Zeitraum fast eines halben Jahrtausends. Die ersten, späteren Städte werden als Sklavenbarracken und Goldhandelsstützpunkte 1450 an der westafrikanischen Goldküste gegründet, die letzten Anfang dieses Jahrhunderts, etwa in Indien, als lokale Zentren kolonial dominier-

ter Baumwollproduktion: „Lyallpur" im Punjab.
Standort, Struktur und Funktion von Kolonialstädten könnten also gleichsam als Kette von Indikatoren für die immer intensivere, sich immer weiter ins Hinterland verlagernde Kontrolle durch den Kolonialismus gelten. In sprachlicher Übertreibung könnte man die Kolonialstädte als die Brecheisen betrachten, die die Kolonialnationen mit dem Hammer ihrer Militär- und Handelsflotten in die vorkolonialen Wirtschafts- und Sozialformen der Dritten Welt schlagen.
Eine fortlaufende, differenzierende Betrachtung dieses vierhundertjährigen Prozesses ist hier nicht möglich. Für Asien wollen wir nur ein ganz grobes Zeitraster vorschlagen und anschließend die Veränderung eines Stadtplans, dem von Colombo, unter dem Gesichtspunkt eines solchen Rasters kurz betrachten.
Im Bereich von Asien lassen sich sukzessive drei Phasen der kolonialen Durchdringung unterscheiden, in denen jeweils eine von drei wichtigen kolonialen Mächten dominiert, Portugiesen, Holländer und Engländer. Jede der drei Kolonialmächte begründet Städte, die sich aufgrund der übertragenen europäischen Muster, aber auch aufgrund der jeweiligen neuen kolonialen Entwicklungsphase voneinander unterscheiden lassen.

Die Portugiesen:
Nach der Entdeckung des Seeweges nach Indien im Jahre 1498 gelingt es den Portugiesen in der kurzen Zeit von weniger als 15 Jahren, aber unter dem Einsatz von mehr als 10 Flotten mit jeweils mehr als 10 Schiffen, eine Kette von Küstenstützpunkten zu errichten. Die Aufgabe, diese Kette von rund 30 Stützpunkten, die über rund 16.000 km Küstenlinie verstreut sind, zu kontrollieren, erschöpft bereits die Ressourcen der portugiesischen Krone. Portugal ist mit rund einer Million Einwohnern demographisch und ökonomisch zu schwach, als daß es noch mehr versuchen könnte, als von diesen Stützpunkten aus den jahrhundertalten asiatischen maritimen Gewürzhandel zu kontrollieren. Seine Blütezeit im 16. Jahrhundert erschöpft sich in dem Versuch, von seinen wohlbewaffneten Schiffen und Felsenforts ein Handelsmonopol gegenüber dem lukrativen Handel mit Pfeffer, Zimt, Nelken und Muskat durchzusetzen. Selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht kann es nicht mehr als 10 Schiffe durchschnittlich nach Asien entsenden, von denen weniger als sieben jeweils zurückkommen.

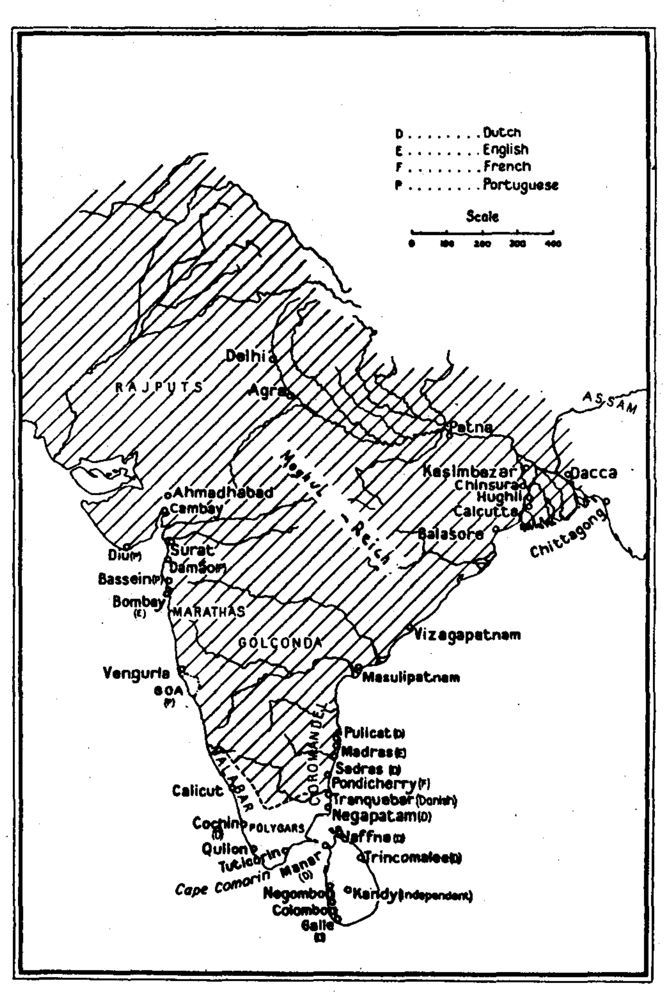
Die Holländer:
Ab 1600 beginnen die Holländer in fast 60-jährigen erbitterten Kämpfen die meisten dieser Stützpunkte zu übernehmen. Den Holländern gelingt diese Durchsetzung, weil sie in der Form einer kommerziellen Handelsgesellschaft, der V.O.C., organisiert sind und weil sie von Anfang an, seit 1600, Jahr für Jahr die doppelte Anzahl von Schiffen nach Asien entsenden können. Diese Kommerzialisierung des Gewürzhandels und ihr vervielfachter Schiffseinsatz versetzt die V.O.C. in die Lage, ein weiteres Monopolstadium durchzusetzen. Um 1660 kontrolliert die V.O.C. die küstennahen Anbaugebiete von Zimt, Nelken und Muskat auf Ceylon, den Molukken und den Banda-Inseln, die letzteren in der Java-See. Um dieses Produktionsmonopol zu sichern, muß die V.O.C. ihre Kolonialstützpunkte in der Nähe der Anbauregionen errichten. Hauptstützpunkt dieses nun nach Osten verlagerten Kolonialreiches wird Batavia, das heutige Djakarta, an der nordwestlichen Küste von Java in mittelbarer Nähe zu den Banda- und Molukken-Inseln gelegen.
In den Küstenregionen dieser Inseln unterhält die V.O.C. noch zusätzliche Kontrollforts. Um mehr Frachtvolumen für ihre Schiffe zu gewinnen, wird ab 1650 die Kapkolonie zur Schiffsverpflegungsstation ausgebaut.
Eine Erhöhung produktspezifischer Gewinnraten durch die Intensivierung kolonialer Kontrolle bezahlte die V.O.C. aber mit einer geographischen Einschränkung. Sie konzentriert ihre Tätigkeit zumeist im 17. Jahrhundert auf die Java-See und überläßt den indischen Handel anderen Rivalen. Es sind die Engländer, die sich im 17. Jahrhundert auf diesen tendenziell vernachlässigten Markt spezialisieren.



Holländischer Händler mit japanischem Diener

Die Engländer:
Durch das Produktionsmonopol der Holländer aus dem Gewürzhandel verdrängt, konzentrieren sich die Engländer nach der Gründung ihrer Monopolhandelsgesellschaft East India Company, E.I.C., auf den ungleich schwierigeren und komplexen Textilhandel an den indischen Küsten. Hier müssen sie nicht nur mit mächtigen arabischen und indischen Händlern konkurrieren, sondern politisch sind sie auch mit einem der mächtigsten Agrarstaaten Asiens, den Moghulen, konfrontiert.
Dazu kommt die dem Textilhandel eigentümliche Komplexität: Die indischen Baumwollweber sind als verarmte Dorfweber oft über große Territorien im Hinterland verstreut. Um einen kontinuierlichen Handel zu gewährleisten, muß man über ein System von Mittelsleuten, Garn-, Nahrungs- und Vorschußversorgung intensiv in die laufende Produktion eingreifen. Konkurrenzdruck, Verarmung der Weber und ab 1700 der zunehmende Zusammenbruch politischer Kontrolle im Hinterland führen gleichsam von selbst zu einem Zustand, in dem die Engländer nicht nur die Textilproduktion weiter Gebiete monopolisieren, sondern diese Produktion nach europäischen Bedürfnismustern dauernd verändern.
Die englischen Kunden der E.I.C. in London können – gemäß der wechselnden Mode – genaue Wünsche vorbringen: wie die Kleider geschnitten, gewebt, bedruckt und gefärbt

werden sollen. Gegenüber den Webern kontrolliert die E.I.C. also nicht nur die nötigen Rohstoffe, wie Baumwolle, Garn und Färbemittel, sondern auch die Versorgung mit Krediten und mit Nahrung. Zusätzlich vermag sie die Produktion im Einklang mit den wechselnden Modeerscheinungen zu steuern. Damit realisiert die E.I.C. ein über das Produktionsmonopol hinausgehendes Kontrollstadium: ein Investitionsmonopol; ein neues Monopol, bei dem allein die Engländer die Investitionen, die Produktionsveränderungen und auch den Absatz kontrollieren.
Als erste Kolonialhandelsgesellschaft gelingt es also den Engländern, im Bereich der Textilproduktion ein Investitionsmonopol durchzusetzen. Dieses neue Monopolstadium machte eine bestimmte Form von Küstenstationen notwendig:



Die Kolonialen Handelsplätze um 1750

Die laufende Produktion mußte von vielen, kleinen, zumeist unbewaffneten Küstenfaktoreien aus gesteuert werden. Dieses System produktspezifischen Investitionsmonopols stattete aber die Engländer mit verwaltungs-, kredittechnischen, kulturellen und sprachlichen Erfahrungen und Mechanismen aus, die sich nach 1750 als entscheidend herausstellen. Die politische Auflösung der größten innerindischen Ordnungsmacht, der der Moghulen, war um 1750 so weit vorangeschritten, daß die Engländer sich binnen 50 Jahren in Benghalen zu einer mit allen administrativen und fiskalischen Privilegien ausgestatteten indischen Territorialmacht verwandeln. Bei einer Gesellschaft des Monopolhandels handelt es sich nun um das Monopol der Verwaltung einer Gesellschaft. Fiskalische Kontrolle über den Agrarbereich und die intensive Kollaboration mit einer indischen Geldverleiher-, Getreidehändler- und Grundbesitzerschicht gestatten es der East India Company, ihr System des Investitionsmonopols nun langfristig und indirekt auf den Agrarsektor auszudehnen.
Kontrolle und Nutzung des indischen Agrarsektors – der Abschluß eines jeden Kolonialisierungsprozesses – verlangen aber einen neuen Standort und eine neue Struktur der Kolonialstädte: drei Kolonialstützpunkte, Bombay, Madras und Calcutta, beginnen ab 1750 proportional zu der Durchsetzung intensiver territorialer Kontrolle rapide zu wachsen, während die ehemaligen Küstenstationen weitgehend aufgegeben werden. Alle drei großen Kolonialstädte sind zwar nach wie vor Küstenstädte, sie sind aber in ihrem Wachstum nur erklärbar durch ihre intensive Kommunikation und Austausch mit dem Hinterland: Calcutta, die erste und größte unter ihnen, ist durch die Ganges-Schiffahrt, mit Delhi und Benares verbunden. Madras und Bombay wachsen mit dem nach 1860 stürmisch erfolgten Ausbau der Eisenbahnlinien.

Die Struktur der Kolonialstadt Colombo

Dieses sicherlich viel zu grobschlächtige Raster kann uns vielleicht einigermaßen die Logik der Standortveränderung kolonialer Städte proportional zu den verschiedenen Stadien der Monopolkontrolle über drei Jahrhunderte hinweg erklären. Es sagt uns aber noch wenig über den internen Charakter, die Struktur der somit entstehenden Stadttypen, aus.
Eine solche Strukturbetrachtung wollen wir nun noch abschließend am Beispiel des Grundrisses einer Kolonialstadt nachvollziehen, die im Verlauf von drei Jahrhunderten dreimal den Besitzer gewechselt hat, Colombo: Colombo, das von 1501 bis 1650 von den Portugiesen, dann bis 1799 von den Holländern und schließlich bis 1948 von den Engländern kontrolliert, ausgebaut und verändert wurde. Colombo bietet uns also das in Bezug auf unsere bisherige Argumentation scheinbar paradoxe Exempel einer Stadt, die bei gleichem Standort drei Kolonialnationen bei der Durchsetzung von drei verschiedenen Monopolstadien dienstbar war.

Vier Jahre nach der Landung Vasco da Gamas wird das Königreich Kotte per Zufall entdeckt. Für die Portugiesen und für den bald zwangskonvertierten früheren buddhistischen König war Kotte wichtig, weil dieser einzige geschützte Hafen an der ceylonesischen Westküste die strategische Meerenge zwischen der Insel und Südindien zu kontrollieren half. Dank dieser strategischen Stellung stellte er seit alters her eine Zwischenhandelsstation für den Indonesien- und Orienthandel dar. Indonesische Gewürze wurden hier in die Schiffe arabischer Händler umgeladen. Persische Silbermünzen wechselten gegen Malabarpfeffer, Malabarpfeffer und Silber gegen indonesischen Muskat, Nelken, Kampfer und Aloe. Von zusätzlicher Bedeutung war ein Hinterland, in dem der beste Zimtstrauch der Welt, der Kanehl, wild wuchs, die Perlenfischerei im Norden der Küste und Edelsteingruben im Süden der Stadt.

Weniger kommerzielle als strategische Überlegungen machten den Hafen für die Portugiesen attraktiv. An der Ostküste Ceylons bei Trincomalee liegt, bis heute ungenutzt, eines der bestgeschützten natürlichen Hafenbecken Asiens; aber ohne strategischen Zugang zur Meeresenge. Aber von Colombo aus konnten die Portugiesen die Meerenge kontrollieren und gleichzeitig periodische Angriffe auf die Pfefferhäfen der Malabarküste durchführen. Zusätzlich konnten sie im Falle von Hungersnöten in Malabar Spekulationsgewinne durch den Transport von Reis aus Ceylon einstreichen.

Das portugiesische Colombo

Diesen militärstrategischen Überlegungen folgt auch der Ausbau der Stadt. Die um 1517 erschienenen „Lendas de India" zeigen bereits ein winziges, aber wohlbewaffnetes Fort, von dem aus das offene und sandige Hafenbecken geschützt und beschossen werden kann. In den folgenden 150 Jahren bauen die Portugiesen dieses Fort zu einer wohlbewaffneten Stadt aus. Eine Karte von 1656 kurz nach der Übernahme durch die Holländer zeigt einen imponierenden Befestigungsplan. Mauern, Bollwerke und Erdwälle von insgesamt mehr als 3 km Seitenlänge schützen die Stadt. Unterbrochen wird diese Festungsanlage durch 12 Türme und Stadtpforten. Mehr als 70 % des Stadtareals dienen als Kokoshain- und Reisfelder der Nahrungsversorgung. Auf dem verbleibenden Baugrund sind 10 Kirchen und Konvente entstanden.

Das holländische Colombo

1650 übernehmen die Holländer endgültig die Stadt, nachdem sie sich im Unterschied zu den Portugiesen die Kontrolle aller ceylonesischen Küsten gesichert haben. Der letzte buddhistische König im Bergland von Kandy wird topographisch zum Gefangenen einer maritimen Weltmacht. Für die V.O.C. steht im Vordergrund ihrer Überlegungen nicht die Kontrolle einer Meerenge oder eines Zwischenhandels-Hafens, ihr Interesse bsteht in der Anbaukontrolle des begehrten Zimts. Unter ihrer Regie wird der bisher wild wachsende Strauch in Plantagen in unmittelbarer Nähe von Colombo angebaut. Eine bestimmte Kaste, die der Zimtschneider, übernimmt Anbau, Pflege und Ernte der Zimtstrauchrinde, und in jährlichen Strafexpeditionen versucht die V.O.C. alle außerhalb ihres Kontrollbereichs wachsenden Zimtsträucher zu vernichten.
Die Produktion des Zimts wird auf einen bestimmten Gewichtslimit festgelegt, und die europäischen Preise über 150-Jahre lang stabilisiert.
Dennoch kann sich die V.O.C. ihres Stützpunktes nie sicher sein. Das der Übernahme Colombos folgende Jahrhundert wird zum Augenzeugen der ersten Weltseekriege. Von 1650 bis 1790 liefern sich allein die Engländer und die Holländer vier internationale Seekriege, aus denen die Engländer gegen Ende des Jahrhunderts als die führende Seehandelsmacht hervorgehen. Colombo als strategischer Schlüssel zu dem lukrativen Zimtmonopol muß deshalb bewaffnet werden. Form und Ausrichtung der Befestigungsanlagen entsprechen diesem historischen Wandel. Die portugiesischen Befestigungsanlagen gehörten noch einem Zeitalter an, in dem man die Infanterie und Kavallerieattacken einheimischer Herrscher fürchten mußte, während die kanonenbestücken Karracken-Schiffe und Galleonen die Seewege behrrschten.
Ab 1700 sind diese asiatischen Binnenmächte kein Risiko mehr, mit der Verbesserung der schiffsgetragenen Artillerie und dem erdrückenden militärischen europäischen Übergewicht auf den asiatischen Meeren muß sich die Verteidigung von Städten nach diesen europäischen Entwicklungen richten und den europäischen Gegner auf See wie zu Lande fürchten. Die europäische, städtebauliche Antwort auf diese Verbesserung der Artillerie war die Form der Vauban'schen Festungsanlagen gewesen, sie wird auch für die holländischen Stützpunkte in Asien zur Regel. Die asiatischen Küsten werden nun zum Schauplatz europäischer Kolonialkonflikte, bei denen die einheimischen Herrscher lediglich als Tributarvasallen oder Zuschauer mitwirken. Colombo wird deshalb ab 1720 im Vauban'schen Stil befestigt und ausgebaut. Dem Wandel der Kriegsführung und dem Wechsel der Gegner entspricht dabei auch auf ironische Weise der Verzicht auf eine „geistige" Waffe. Die Portugiesen hatten sich mit hohem Aufwand an Konventen, Missionaren, Waisen- und Armenhäusern ein langfristig dennoch loyales städtisches Kolonialvolk von ursprünglichen Zwangskatholiken geschaffen. Auf diese soziale Schutzmaßnahme kann eine auf Gewinn erpichte Handelsgesellschaft verzichten. Die V.O.C. baut nur wenige Kirchen, und diese nur für die kleine Gruppe der residierenden Holländer. Während noch heute, 300 Jahre nach Ende der portugiesischen Herrschaft, 4 % der Bevölkerung Ceylons Katholiken sind, hat der Kalvinismus während der 150-jährigen holländischen Dauer weniger als 1 % Konvertiten hinterlassen.

Das englische Colombo

Die Engländer übernehmen 1799 die Insel, die Hauptstadt Colombo, und kolonialisieren auch das Zentrum der Insel. Als dominante Seemacht und unangefochtener Herrscher des Binnenlandes können sie auf militärische Befestigungen verzichten. Der unmilitärische Charakter des kolonialen englischen Colombos ist also nicht Zeichen einer englischen Friedensliebe, sondern Ausdruck eines nach innen wie nach außen gleichermaßen absoluten Gewaltmonopols. Die englische Kolonialpolitik ist schwerpunktmäßig nun nicht mehr auf ein Produktionsmonopol in Bezug auf den Zimt festgelegt. Die Engländer beginnen ab 1800, intensiv ab 1850, mit dem Ausbau eines in Investition und Produktion völlig kontrollierten Plantagensektros, der zuerst Kaffee, später Tee und daneben zahllose „überpflanzte" Gewürzsorten herstellt. Colombo wird systematisch zum größten Hafen der Insel ausgebaut und ab 1870 durch zwei Eisenbahnlinien mit dem Tee-Bergland und dem Norden der Insel verbunden.
Die Engländer sind zugleich auch eine Repräsentationsmacht. Ein klassizistischer Kolonialstil gibt die Repräsentationskulisse der Machtentfaltung ab. Kirchen und Privataudienzen ebenso wie Hafen-, Post- und Bankgebäude werden mit den gleichen dorischen Säulenvorhallen überdacht. Doch während der portugiesische klerikale Kolonialbarock noch die Illusionsarchitektur einer Kolonialmacht darstellte, die außerhalb ihrer gepanzerten Stützpunkte keinen Quadratmeter Boden und nicht einmal ihr strategisches Ziel, den asiatischen Handel, zu kontrollieren vermochte, steht hinter dieser spätrömischen imperialen Fassade die Gewißheit einer Kolonialmacht, die Gesamtheit ihrer Territorien fiskalisch, administrativ und produktiv steuern und nutzen zu können.

Jakob Rösel

Anmerkungen

Zu diesem Thema gibt es bisher keine deutschsprachige Literatur, es sei den, die auf Indien und das 19. Jahrhundert ausgerichtete Arbeit von:
J. Pieper: Die angloindische Station oder die Kolonialisierung des Götterberges; Bonn 1977, Techn. Diss.

Gute Gesamtdarstellungen des portugiesischen und holländischen Kolonialimperiums in Asien und ihrer jeweiligen Stadtkultur finden sich bei:
C. R. Boxer: The Portuguese Seaborne Empire, 1415 – 1825, London 1980; vor allem Kapitel 3, 10, 12;
C. R. Boxer: The Dutch Seaborne Empire, 1600 – 1800, London 1981; vor allem Kapitel 4, 7.

Zur East India Company und ihrer Stellung im Textilhandel siehe:
Dr. Rothermund: Europa und Asien im Zeitalter des Merkantilismus, Darmstadt 1978

Der informelle Sektor

Die Einkommensbeschaffung der städtischen Armen

DER „INFORMELLE SEKTOR" DER STÄDTISCHEN WIRTSCHAFT

Wie bereits im Vorwort deutlich gemacht wurde, reicht eine auf Wohnprobleme verkürzte Betrachtung von Slums und S Quatter-Siedlungen zur Beschreibung des Phänomens nicht aus. Unter den Bedingungen absoluter Armut, wie sie in vielen Siedlungen der Armen in der Dritten Welt heute vorherrschen, wird vielmehr die Einkommensbeschaffung zu einer entscheidenden Determinante auch der Wohnsituation.

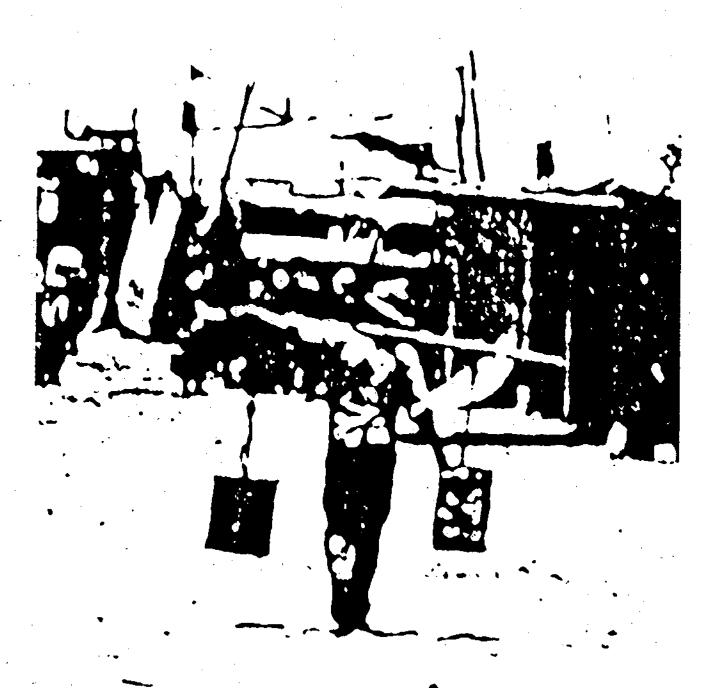
Geldeinkommen zur Befriedigung existenzieller Bedürfnisse wird umso wichtiger, je mehr in der Dritten Welt quasi sich selbst versorgende Wirtschaftskreisläufe zerstört und duch in den Weltmarkt eingebundene Versorgungssysteme ersetzt werden.

Der Begriff „informeller Sektor" legt eine Parallelität mit „informellen", d.h. illegalen, nicht autorisierten Siedlungsstrukturen nahe, die nicht immer zutrifft: Nicht alle Bewohner spontaner Siedlungsformen arbeiten in informellen Wirtschaftsformen; nicht alle Beschäftigten im informellen Sektor sind Bewohner von Spontansiedlungen. Die Analogie ist aber insoweit dennoch gerechtfertigt, als es sich um einen Sektor der Wirtschaft handelt, der sich dem Zugriff offizieller Statistik und Planung weitgehend entzieht und auf niedrigem Lohnniveau Einkommensmöglichkeiten für einen wachsenden Teil der armen Bevölkerung in den Städten der Dritten Welt bereitstellt.



Hier findet die Masse der Händler, Straßenverkäufer, Schneider, Töpfer, Handwerker, der Rikschafahrer, der Barbiere, usw. ein minimales Einkommen. Hier vollzieht sich auch das perfekte Recycling der vom modernen Sektor unverdauten Konsumprodukte nach dem Motto: „Nichts geht verloren, nichts wird erschaffen, alles wird verwandelt." (SANTOS 1979, S. 87): Müll wird gesammelt, sortiert und alles Verwertbare findet den Weg in die Kleinproduktion zurück: Stoff, Metall, Plastik, Glas, Papier. Der informelle Sektor besorgt schließlich die nahezu allgegenwärtige (meist illegale) Verteilung von Nahrung und Gebrauchsgütern durch mobile Kleinrestaurants und Händler im wachsenden Stadtgebiet, er bietet billige persönliche Dienstleistungen für die Familien der Oberschicht.

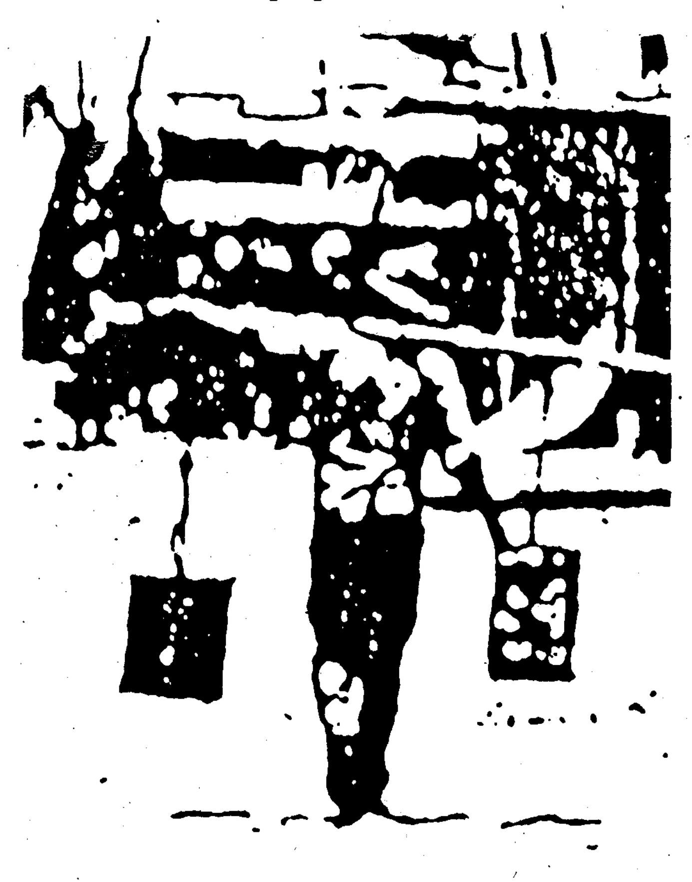
Anfang der siebziger Jahre ergaben Untersuchungen (ILO 70, 71, 72, 74), daß der bislang als traditioneller Sektor be-



zeichnete Wirtschaftsbereich der Länder der III. Welt, den man mit vorkapitalistischen und vorkolonialen Produktionsweisen gleichgesetzt hatte, sich unter dem Einfluß kapitalistischer Produktionsformen in diesen Ländern veränderte und zwar:

- hinsichtlich seiner Fähigkeit einen in seinem Ausmaß unbekannten Strom von unausgebildeten Migranten aufzunehmen, die von der Chance, in modernen Betrieben ein Lohneinkommen zu erhalten, durch institutionelle Mechanismen konsequent abgeschottet sind (MAZUMDAR 1976);

hinsichtlich seiner inneren Struktur, die sich als Hierarchie einer Unzahl untereinander und mit dem modernen Sektor der Wirtschaft verschachtelter Klein- und Kleinstbetriebe darstellt, die zum Teil über ein beachtliches Know-how und ine „mittlere Technologie" verfügen.
Der Begriff des informellen Sektors hängt demnach nicht ausschließlich von der verwendeten Technologie ab, sondern berücksichtigt eine Reihe weiterer Merkmale, von denen das wichtigste der prinzipielle Ausschluß der Beschäftigten im informellen Sektor von „formellen", etwa durch Verträge oder Gesetze geregelten wirtschaftlichen Austausch-



beziehungen und damit von nennenswerten Geldeinkommen, günstigen Krediten etc. darstellt.
Das Spektrum der Wirtschaftseinheiten im informellen Sektor reicht vom Zulieferbetrieb für die Industrie des modernen Sektors bis zum Gelegenheitsarbeiter ohne festes Dach über dem Kopf. Wegen der ganz offensichtlichen Vielgestaltigkeit der informellen Wirtschaft behalf man sich in internationalen Organisationen bei der Formulierung „zielgruppenorientierter" Entwicklungsstrategien mit Hilfsindikatoren, wie z.B. der Festlegung einer Einkommensgrenze unterhalb der die Beschäftigten dem informellen Sektor zugerechnet werden, oder mit der Definition als „Restgröße", nach der der informelle Sektor alle diejenigen Beschäftigten umfaßt, die nicht in der öffentlichen Verwaltung oder in modernen Betrieben der Industrie und des Handels (mit Arbeitsverträgen und regelmäßigen Lohnzahlungen) angestellt sind (vgl. SETHURAMAN 1976).
Diese Manteldefinition läßt sich durch eine Reihe weiterer Merkmale konkretisieren (vgl. SETHURAMAN 1977): Ebenso wie die ungelernten Migraten haben auch neue „Unternehmen" einen fast unbegrenzten Zugang zum informellen Sektor. Der Zuwachs bedeutet jedoch kein Anwachsen der Produktivität, vielmehr verteilen sich die

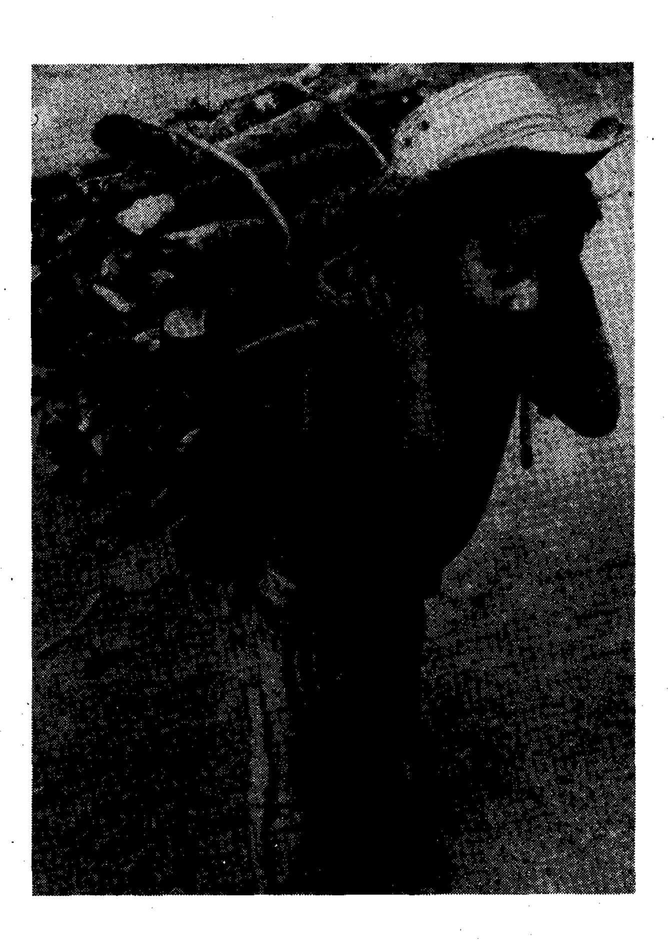


durch externe Kriterien, wie u.a. das Lohnniveau im formellen Sektor, festgelegten Marktchancen auf die wachsende Zahl der Betriebe und Beschäftigten. Dies hat zur Folge, daß das Einkommen des einzelnen Arbeiters extrem niedrig ist.
Die „Unternehmen" befinden sich zumeist in Familien- oder Sippenbesitz; sie verwenden einheimische Ressourcen und sind klein. Sie produzieren für schmale, lokale Märkte und haben weder zu formalisierten Zulieferermärkten (Kapital, Rohstoffe) noch zu überlokalen Absatzmärkten direkten Zugang. Die Betriebe widersprechen häufig gesetzlichen Regelungen, sind damit illegal und in der Beschaffung notwendiger Inputs, wie Kredite, auf Schwarzmärkte angewiesen.
Die Bedeutung des Sektors wurde vor allem deshalb unterschätzt, weil die einzelnen Betriebe durch die Maschen der amtlichen Datenerhebungsmaschinerie schlüpfen: sie sind zu klein, nirgendwo registriert; häufig sind ökonomische Aktivitäten kaum von Haushaltsaktivitäten zu trennen. Zum Teil findet eine ökonomische Tätigkeit nur saisonal statt und ist nicht an einen festen Ort gebunden.
Die Inputs erweisen sich ebenso wenig wie die Outputs der Betriebe als meßbar: aus Abfällen selbstgebaute Maschinen, kostenloser Müll auf der einen Seite, ein enormes Potential von Fertigkeiten, die Ausbildung analphabetischer Migranten auf der anderen Seite. Die Technologien sind entsprechend dem Prinzip der Vervielfältigung von Einkommensmöglichkeiten arbeitsintensiv, aber nicht zwingend traditionell. Es wird Gebrauch gemacht von modernen Energieformen, wie Elektrizität, Benzin u.a.
Zusammenfassend läßt sich der informelle Sektor in Abgrenzung vom formellen Sektor folgendermaßen charakterisieren:
Der Zugang zu Einkommenschancen im formellen Sektor der städtischen Wirtschaft ist durch institutionelle Mecha-

ismen (z.B. Qualifikation, Registrierung, Gesetze, Gewerkschaften etc.) kontrolliert und für die Mehrzahl der städtischen Armen blockiert. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Stadtbevölkerung in der Dritten Welt gehört zur privilegierten Gruppe der Bezieher regelmäßiger Einkommen. Demgegenüber besitzt der informelle Sektor, als die „Ökonomie der Armen" keine derartigen Protektionsmechanismen: Er absorbiert nahezu unbegrenzt neue Migranten vom Land und sichert das Überleben für einen großen Teil der städtischen Armen, indem ein begrenzter Markt (z.B. für einfache Dienstleistungen und billige Gebrauchsgüter) auf eine wachsende Zahl von Beschäftigten verteilt wird. Insofern und solange er diese Funktion ausübt, begründet das Angebot minimaler Chancen für den Einzelnen einen relativen Vorteil gegenüber der Hoffnungslosigkeit auf dem Land.

Während der formelle Sektor der Tendenz des kapitalintensiven Wachstums bei gleichzeitiger Schrumpfung der Beschäftigtenzahl folgt, werden im informellen Sektor Arbeitsabläufe auf eine möglichst große Zahl von Transaktionen und Einzeltätigkeiten, und das heißt: individuelle Erwerbsmöglichkeiten, aufgeteilt.

Die Abschottung der Chancen im formellen Sektor bedeutet jedoch keine funktionale Trennung der beiden Sektoren städtischer Wirtschaft; ein Zusammenhang auf den weiter unten ausführlicher hingewiesen wird..



Größe und Struktur des informellen Sektors

Allgemeine Schätzungen geben die Größe des informellen Sektors zwischen 40 und 70 % der städtischen Beschäftigten an. (SETHURAMAN 1977, S. 8) Der unbestrittenen Bedeutung des Sektors stehen jedoch eine bislang absolut unzureichende Daten basis und die weitreichende Unkenntnis interner Mechanismen und Verbindungen mit dem formellen Teil der Wirtschaft gegenüber. Durch die Unterschiedlichkeit der Abgrenzungskriterien geben die für einzelne Städte und Regionen vorliegenden Schätzungen für die Größenordnung allenfalls einen Anhaltspunkt:

Größe des informellen Sektors

Ort	Jahr	Beschäftigte im informellen Sektor in % der Gesamtzahl der Beschäftigten	Abgrenzungskriterien
Jakarta	1967	41	nicht-„registrierte" Betriebe a)
Kalkutta	1971	29	nicht-„registrierte" Betriebe im produzierenden Sektor; Betriebe mit 1-4 Beschäftigten im Dienstleistungs-Sektor b)
Abidjan	1970	31	Umsatz, Ausrüstung, Beschäftigtenzahl, Arbeitsproduktivität, Erweiterungsinteresse der Betriebe
Lagos	(1976)	50	nicht angegeben d)
Lima	1970	53	Betriebsgröße e)
Belo Horizonte	1972	69	Sozialversicherungs-Zahlungen f)

Quellen:

a) SETHURAMAN 1976, S. 127; b) BOSE 1974, S. 2-9; c) JOSHI/LUBELL/MOULY 1976, S. 8; d) FAPOHUNDA 1978, S. 6; e) WEBB 1975 nach MAZUMDAR 1976, S. 659; f) MERRICK 1973 nach MAZUMDAR 1976, S. 659.

Die vage Vorstellung über die interne Struktur des informellen Sektors als einem Heer unproduktiver, in einem aufgeblähten tertiären Sektor tätiger Arbeitsloser, mußte korrigiert werden. Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, daß die beiden Archetypen des informellen Sektors, Straßenhändler und der Diener, in privaten Haushalten, eine zwar wichtige, aber durchaus nicht dominante Rolle spielen (MAZUMDAR 1976, S. 659).

Die Bedeutung des produzierenden Gewerbes ist unterschiedlich: Es wird angenommen, daß das Handwerk in den Städten Asiens eine bedeutendere Rolle spielt als beispielsweise in Lateinamerika, 48 % der Beschäftigten des informellen Sektors sind produktiv tätig (BOSE 1979, S. 2-9). Dies ist ein größerer Anteil als innerhalb des formellen Sektors.

Bei der Betrachtung der Tabelle ist das Verhältnis zwischen Spalte 1 (formeller Sektor) und Spalte 2 (informeller Sektor) von Interesse: Es zeigt sich, daß oft annähernd gleiche Zahlen an Beschäftigten sich im informellen Sektor (Spalte 2) oft auf eine 10-fach größere Anzahl von Betriebseinheiten verteilen. Spalte 3 zeigt die prozentuale Gewichtung der verschiedenen Erwerbszweige, je nach Betriebseinheiten und Beschäftigten auf.

Spalte 4 schließlich läßt das Gewicht des informellen Sektors gegenüber dem formellen Sektor klar erkennen. Die genannten Prozentzahlen zeigen das Gewicht des informellen Sektors im jeweiligen Erwerbszweig mit Hilfe des prozentualen Anteils der Betriebe (Zeile „E") und dem der dort jeweils Beschäftigten (Zeile „B") im genannten Erwerbszweig.

Nach Angaben von SOUZA/TOKMAN (1976, S. 36), die auf fünf Fallstudien (Asuncion, Guayaquil, Quito, San Salvador und Santo Domingo) basieren, liegt der Anteil des informellen Sektors in fast allen Wirtschaftszweigen über 40 %, wobei das verarbeitende Gewerbe den ersten Platz einnimmt. Das Wachstum des Kleinhandwerks in Peru liegt erheblich über dem der Industrie (Österreich 1980, S. 101, nach Minkner).

Es ist naheliegend, daß der Anteil des produzierenden Sektors innerhalb der informellen Wirtschaft von der Struktur der formellen Wirtschaft und deren Orientierung auf den

Einheiten und Beschäftigte im informellen und im formellen Sektor von Kalkutta 1971

		formeller Sektor	informeller Sektor		
				Verteilung in %	Anteil in % (1+2= 100 %)
		1	2	3	4
Prod. Gewerbe Einheiten	(E)	2 935	35 784	34	92
Beschäftigte	(B)	194 232	133 223	48	41
darunter:					
Nahrungsmittelverarb.	E	370	3 834	4	91
	B	12 851	13 409	5	51
Textilien	E	277	5 497	5	95
	B	6 522	18 392	7	74
Holzverarbeitung	E	184	2 545	2	93
	B	5 144	10 641	4	67
Papierverarb. u. Druckgewerbe	E	382	3 469	3	90
	B	17 077	14 285	5	46
Lederverarbeitung	E	121	2 114	2	95
	B	5 141	10 664	4	67
Metallverarb. (ohne Maschinen)	E	309	2 715	3	90
	B	13 181	11 063	4	46
Reparaturgewerbe	E	147	4 356	4	97
	B	9 491	14 644	5	61
Handel	E	9 479	49 746	48	84
	B	88 358	103 279	37	54
Großhandel	E	2 220	3 939	4	63
	B	23 597	10 234	4	30
Einzelhandel	E	7 259	45 817	44	86
	B	64 761	93 045	34	59
Dienstleistungen	E	10 796	18 833	18	64
	B	386 644	39 857	14	9
darunter:					
Bankwesen	E	5 088	5 353	5	51
	B	133 399	13 163	5	9
Verkehr, Lagerh.	E	1 178	3 387	3	74
	B	50 480	6 028	2	11
Öff. Verwaltung und andere Dienstleistungen	E	4 195	9 445	9	69
	B	192 665	19 266	7	9
Gesamt	E	23 230	104 363	100	82
	B	669 234	276 359	100	29

Quelle: BOSE 1974, Tab. 1, Tab. 6, Ref. Tab. 1

Binnenmarkt abhängt. Je größer der durch industrielle Billigprodukte überschwemmte Markt für Konsumgüter innerhalb des eigenen Landes ist, desto geringer sind die Existenzchancen für den produzierenden Teil des informellen Sektors. Plastiksandalen und Seife sind die bekannten Beispiele für industriell hergestellte Produkte, die die Vernichtung von wenig produktiven aber zahlreichen Arbeitsplätzen und damit von Einkommensmöglichkeiten im informellen Sektor zur Folge hatten.
Im Falle einer solchen Konkurrenz billiger Massenfertigung mit der arbeitsintensiven Produktionsweise des informellen Sektors zeigt sich aber die Kehrseite der schier unbegrenzten Absorptionsfähigkeit des informellen Sektors.
Seine Betriebsgrößen sind hinsichtlich der beanspruchten Fläche, der Zahl der Beschäftigten, des eingesetzten Kapitals, der Umsätze und der Produktivität zu geringfügig, um angesichts einer solchen Konkurrenz bestehen zu können. (vgl. SANTOS 1979, S. 86 ff.) Das Prinzip der Aufteilung von Produktionsabläufen in eine große Zahl von Teilabschnitten und die daraus folgende Aufteilung der Enderlöse eines Produkts auf viele Produzenten erweist sich in dieser Wettbewerbssituation als Nachteil.

Interne Mechanismen

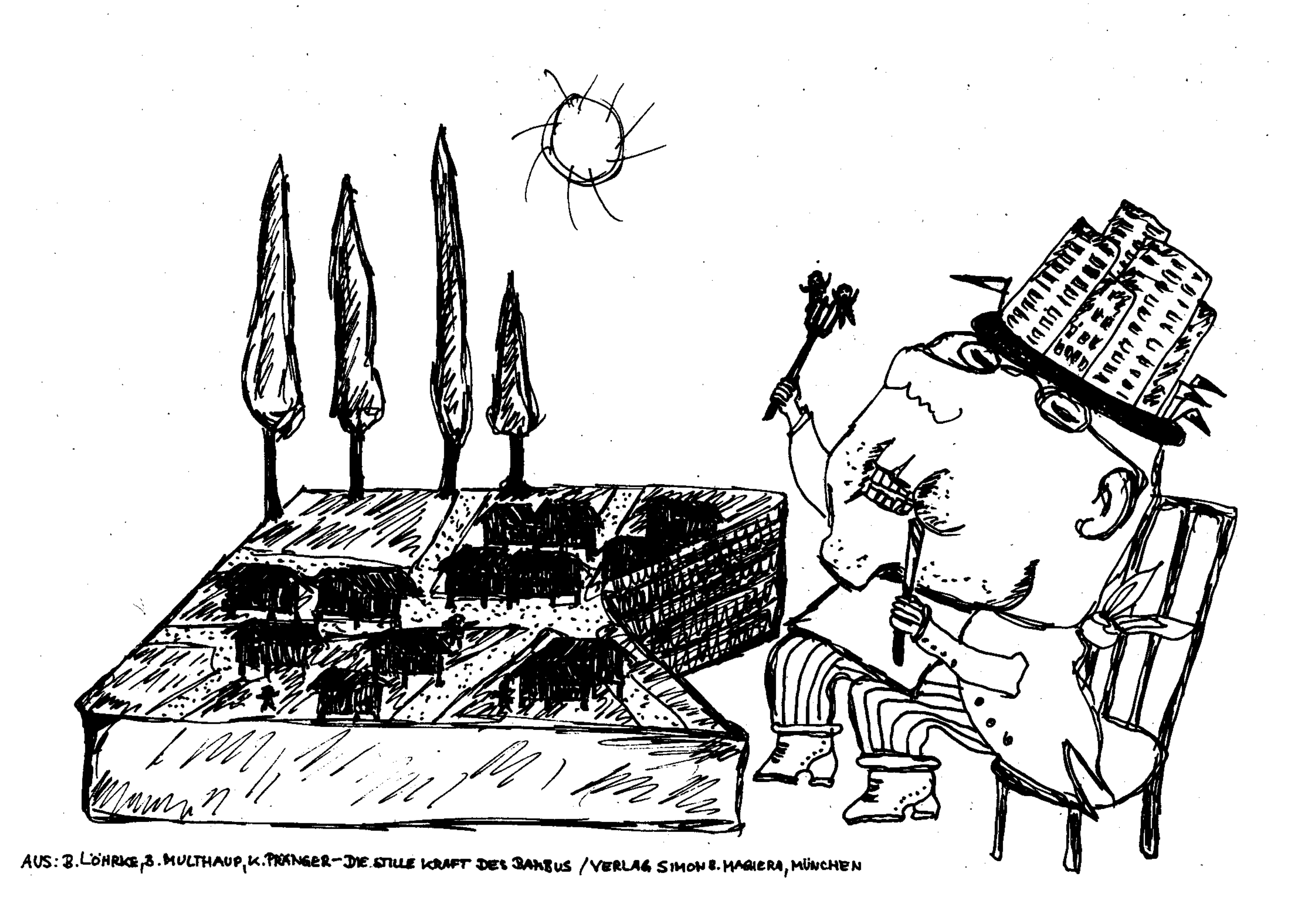
Die Beziehungen innerhalb des informellen Sektors sind jedoch keineswegs harmonisch oder auch nur konfliktfrei. Die zentralen Mechanismen, nach denen die internen Austauschprozesse geregelt sind, sind Kredit, Mittelsmänner und Bargeld.
Fast alle armen Haushalte sind hoch verschuldet; die meisten Kleinbetriebe erwerben die notwendigen Inputs für ihre Produktion auf Kredit. In der Regel dienen diese Kredite im Gegensatz zum modernen Sektor nicht der Steigerung der Produktivität – d.h. der Vorausfinanzierung zusätzlicher Produktion – oder des individuellen Reichtums, sondern der Erhaltung eines minimalen Produktions- und Konsumniveaus. Das Kreditsystem im informellen Sektor hat zur Folge, daß der private Haushalt ebenso wie der Betrieb in der Regel für die gleichen Güter und Leistungen viel mehr bezahlt als derjenige, der Zugang zum modernen Sektor hat. Kurzfristige Kleinstkredite (für ein paar Stunden oder Tage) haben Zinssätze, die, umgerechnet auf das Jahr über 500 % betragen; der kleine geographische Radius und der chronische Mangel an Bargeld im informellen Sektor sperren den Zugang zu günstigeren Märkten.
Der Mangel an Bargeld führt zu Verhaltensweisen, die von außen recht irrational anmuten, aber aus der Perspektive des Einzelnen völlig logisch sind: z.B. der Verkauf mit einkalkuliertem Verlust, der einzig dem Zweck dient, möglichst schnell durch ein kreditfinanziertes Verlustgeschäft

zu Bargeld zu kommen und damit das „eigentliche", profitable Geschäft des Tages zu finanzieren.
Bei allen Unternehmen hat langfristige Sicherheit Vorrang vor kurzfristigen Gewinnschancen. Die Austauschbeziehungen im informellen Sektor repräsentieren neben einem rein ökonomischen Vorgang immer auch zugleich eine soziale Interaktion in einem Netz hierarchischer sozialer Beziehungen. Diese „Personalisierung" der Wirtschaftsbeziehungen trägt mit dazu bei, die Risiken der Armut zu verringern. Die Betriebe sind Einheiten, die aus den persönlichen Beziehungen des „Unternehmers" resultieren und sich kaum auf andere Familien übertragen lassen. Auch die Beziehungen zwischen Geldverleiher und Schuldner und der Kette von Geldverleihern untereinander sind in der Regel persönliche Verpflichtungs- oder Abhängigkeitsbeziehungen.

Externe Mechanismen

Über eine Kette von Mittelsmännern ist der informelle Sektor mit dem formellen Teil der Wirtschaft verbunden. Eine Schlüsselposition nehmen in diesem System die Großhändler, die Transportunternehmer und diejenigen Geldverleiher ein, die Zugang zum modernen Bankwesen haben. Alle drei operieren in beiden Sektoren der Wirtschaft: Sie verfügen über moderne Formen der Lagerhaltung und Kreditbeschaffung und über den notwendigen überlokalen Aktionsradius, um auch inter-regionale Preisgefälle ausnutzen zu können. Auf der anderen Seite ist ihre Position durch abhängige Klientelgruppen im informellen Sektor der Wirtschaft auf Dauer gesichert. Je weiter man auf der Skala der Mittelsmänner hinabsteigt, desto kleiner wird der Radius, desto kurzfristiger der Kredit, desto höher das Risiko und der Zinssatz (vgl. SANTOS 1979, S. 123-124), desto größer letztlich auch die Abhängigkeit und Ausbeutung des einzelnen „Unternehmens".

Der informelle Sektor ist aber nicht nur auf diese Weise mit dem formellen Sektor verbunden; er ist zugleich ein wichtiger Faktor für den formellen Sektor.
Über den informellen Sektor vollzieht sich die Produktion der Masse billiger Gebrauchsgüter und Dienstleistungen, die ein am internationalen Standard gemessen niedriges Lohnniveau im formellen Sektor ermöglicht. Die Produzenten des informellen Sektors reduzieren aber nicht nur durch die Herstellung billiger Gebrauchsgüter die Lohnkosten in modernen Firmen mit fester Lohnarbeit und in der staatlichen Verwaltung, sondern sind auch gleichzeitig Markt für industrielle Billigprodukte des modernen Sektors.
Häufig werden unprofitable Produktionszweige und -abschnitte, die im Slum billiger durchgeführt werden können, in die informelle Ökonomie ausgelagert.
Ein gutes Beispiel für die billige Gebrauchgüterproduktion im Slum und die Verschachtelung mit dem modernen Sektor der Wirtschaft liefert Kalkutta: In einem Slum in Kalkutta werden Sandalen von einem Familienbetrieb hergestellt, in dem außer Familienmitgliedern sechs weitere Arbeiter beschäftigt sind. Die Lohnkosten betragen für den Slum-Unternehmer 0,66 Rupies pro Paar. Er verkauft die Schuhe für 11 Rupies pro Paar an einen bekannten „Schuh-Produzenten", der sie schließlich für 22,95 Rupies unter seinem Firmennamen vermarktet (BOSE 1974, S. 4.18). Dabei verzerrt die scheinbar hohe Gewinnspanne des Slum-Unternehmers seinen realen Status, auch er ist arm und über Kreditbeschaffung und Vermarktung vom modernen Sektor abhängig und ausgebeutet; außerdem muß er von seinem „Gewinn" die in seinem Betrieb arbeitenden Familienmitglieder ernähren.
Das führt zu dem Ergebnis: „Die Unterentwicklung und Rückständigkeit des informellen Sektors sind die notwendigen Bedingungen für die Entwicklung und den Fort-



AUS: B. LÖHRKE, B. MULTHAUP, K. PRANGER – DIE STILLE KRAFT DES BAMBUS / VERLAG SIMON & MAGIERA, MÜNCHEN

schritt im organisierten, Sektor, der von wenigen Firmen dominiert wird." (BOSE 1974, S. 11).

Entwicklungsperspektiven

Über die längerfristigen Entwicklungsperspektiven des informellen Sektors liegen bislang kaum Untersuchungen vor; insbesondere fehlen Zeitreihen, die eine detailliertere Analyse der Dynamik der informellen Wirtschaften ermöglichen.
SETHURAMAN (1977, S. 9) schätzt das interne jährliche Wachstum auf 10 % bis 25 %, was einer Verdoppelung der gegenwärtigen Beschäftigtenzahlen in drei bis sechs Jahren gleichkommt.
Obwohl die aus den Zahlen der nachfolgenden Tabelle für Abidjan erkennbaren Tendenzen nicht verallgemeinert werden können, unterstützen sie dennoch zumindest die allgemeine These einer weiteren Ausbreitung des informellen Sektors.
Das beobachtbare und prognostizierbare Wachstum des informellen Sektors darf jedoch nicht zur Annahme einer Steigerung der Produktivität oder der Chancen für die Armen verleiten. MAZUMDAR (1976) kommt in einer Modellrechnung zum Ergebnis, daß das Wachstum der Einkommen im informellen Sektor nicht nur hinter den Einkommen des formellen Sektors zurückbleibt, sondern auch hinter den Einkommen im traditionellen ländlichen Sektor (MAZUMDAR 1976, S. 674).
Dies würde eine zunehmende Verschärfung der Einkommensunterschiede innerhalb der städtischen Bevölkerung und vor allem wachsende absolute Verelendung der Beschäftigten im informellen Sektor bedeuten.

Es gibt Hinweise dafür, daß beispielsweise in Kalkutta die Absorptionsgrenze des informellen Sektors erreicht ist und die Ärmsten der Armen sogar auch aus den Versorgungsmechanismen des informellen Sektors „herausfallen".

Beschäftigtenanteile im informellen und im formellen Sektor in Abidjan 1965 und 1970 in %:

	formeller Sektor	informeller Sektor	beide Sektoren
1965:			
Primärer Sektor	2,0	1,9	3,9
Sekundärer Sektor	24,3	7,8	32,1
Tertiärer Sektor	45,6	18,4	64,0
Gesamt	71,9	28,1	100
1970:			
Primärer Sektor	2,0	1,9	3,9
Sekundärer Sektor	24,8	9,8	34,6
Tertiärer Sektor	42,5	19,0	61,5
Gesamt	69,3	30,7	100

Quelle: JOSHI/LUBELL/MOULY 1976, Tab. 1, S. 8

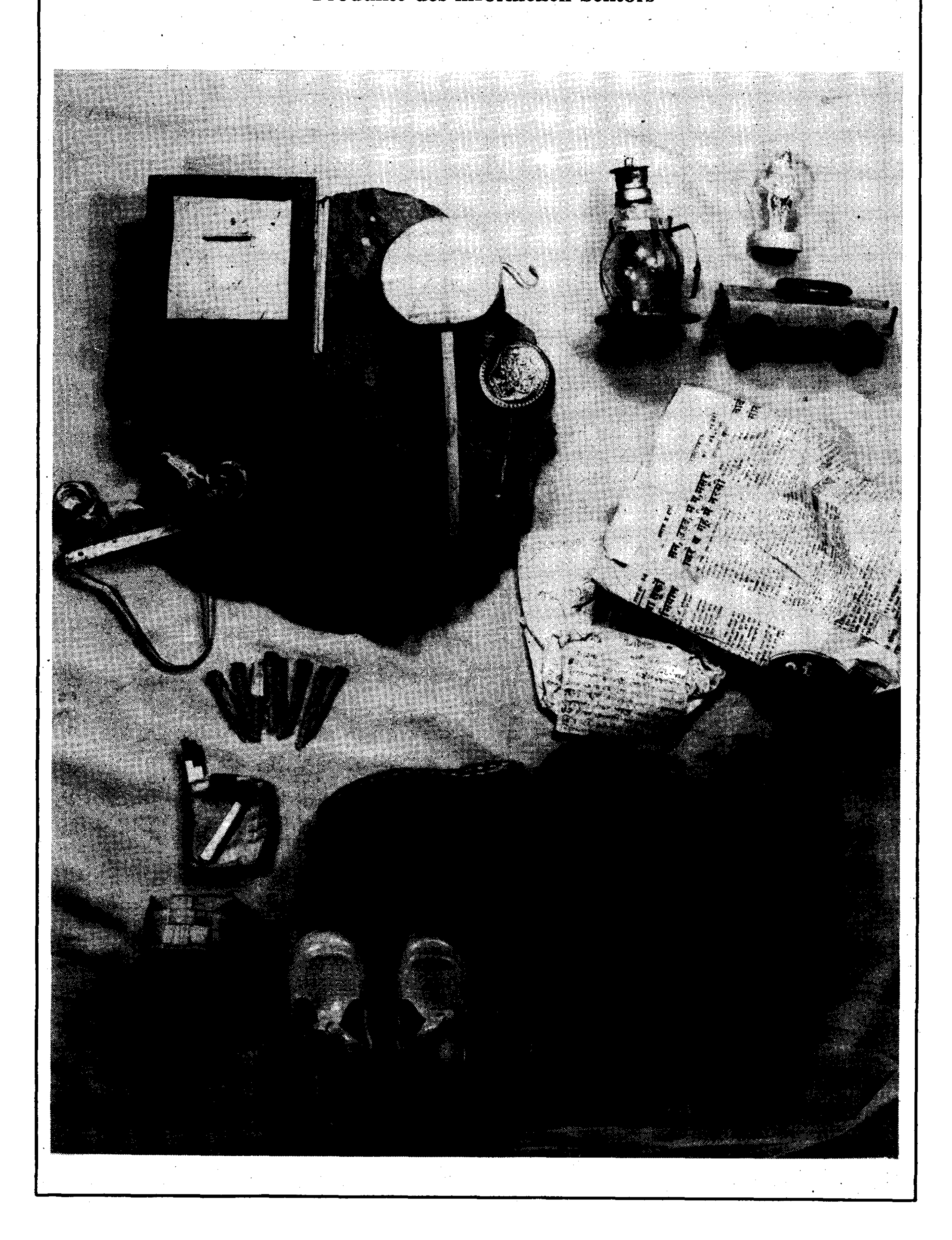
Angesichts dieser Entwicklungstendenzen erscheint die These, nach der der informelle Sektor die vorherrschende Wirtschaftsform des Jahres 2000 in den Städten der Dritten Welt darstellt, nicht unrealistisch (OESTEREICH 1976). Insoweit scheint der informelle Sektor tatsächlich die ökonomische Parallele zu „informellen" Siedlungsformen zu werden.

Peter Herrle

Literaturhinweise:

Bose, A.N.: The Informal Sector in the Calcutta Metropolitan Economy, World Employment Programme Research Working Papier, Genf 1974
Fapohunda, O.J.: The Informal Sector of Lagos; Inquiry into Urban Poverty and Employment, Genf 1978
Hart, K.: Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana, in: Journal of Modern African Studies; March 1973 S. 61 - 89
ILO: Towards Full Employment: A Programme for Columbia; Genf 1970
ILO: Matching Employment Opportunities and Expectations: A Programme of Action for Ceylon; Genf 1971
ILO: Employment Incomes and Equality: A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya; Genf 1972
ILO: Sharing in Development: A Programme of Employment, Equity & Growth for the Philippines; Genf 1974
Joshi, H., Lubell, H. and J. Mouly: Abidjan: Urban Development & Employment in the Ivory Coast; Genf 1976
Lubell, H.: Urbanization & Employment: Insights from a Series of Case Studies of IIIrd World Metropolitan Cities; Genf 1974
Mazumdar, D.: The Urban Informal Sector; in: World Development, 4 (1976)8, S. 655-679
Oesterreich, J.: Sackgassen der Entwicklung; Über Verstädterung in der III. Welt, in: E & Z, 2 (1976), S. 12
Oesterreich: J.: Elendsquartiere & Wachstumspole; Beiträge zur räumlichen Planung in der III. Welt; Köln u.a. 1980 (Schriftenreihe Politik & Planung, Bd. 9)
Roberts, B.: Cities of Peasants; Explorations in Urban Analysis; London 1978
Santos, M.: The shared Space; The 2 Circuits of the Urban Economy in underdeveloped Countries, London, N. York 1979
Sethuraman, S. V.: Jakarta; Urban Development & Employment; Genf 1976
Sethuraman, S. V.: The Urban Informal Sector: Concept, Measurement & Policy, in: International Labour Review 114; 1976, 1. S. 69 - 81
Souza, P. A. und V. E. Tokman: The informal Sector in Latin America, in: International Labour Review 114; 1976, 3. S. 355 – 365

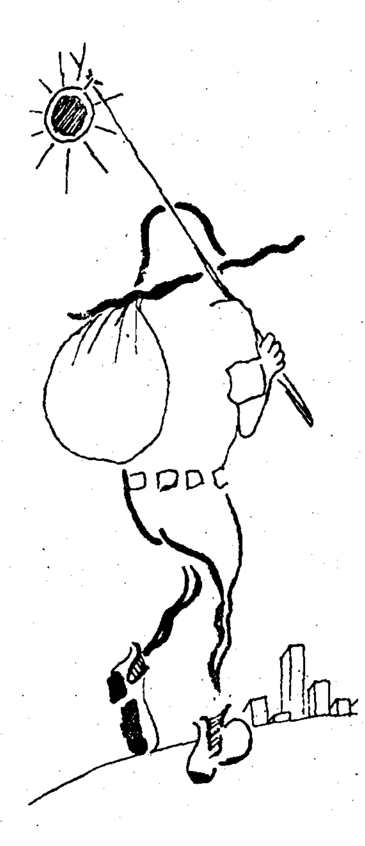
Produkte des informellen Sektors



Einige Beispiele für Gebrauchsgegenstände des informellen Sektors

Auf der gegenüberliegenden Seite findet sich gleichsam ein Museum des Alltags der Armen der Dritten Welt versammelt. Alle Gegenstände stammen aus Indien und können in ihrer Herstellung überwiegend dem informellen Sektor zugeordnet werden. Vielleicht läßt sich an diesen Dingen nicht nur der sowohl traditionelle als auch moderne Charakter des informellen Sektors verdeutlichen, sondern auch seine Wandlungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit gegenüber neuen Bedürfnissen, seine Fähigkeit aus den merkwürdigsten Abfallprodukten neue Gebrauchsgegenstände zu schaffen.
Oben rechts liegen zwei Kinderrasseln: die große folgt dem althergebrachten Herstellungsmuster: ein Bambusspan wird zum Kreis gebogen und das ganze mit Tierdarm zur Trommel überspannt. Der Haltegriff ist ebenfalls aus Bambus. Seitlich sind je zwei Schnüre angebracht, die in kleinen Lehmkügelchen enden. In der Stadt benützt der informelle Sektor, in Ermangelung natürlicher Werkstoffe, weggeworfenes Dosenblech um eine „modernere" Rassel herzustellen. In welchem Umfang kaputte Industrieprodukte wiederum traditionellen Zwecken dienstbar gemacht werden, zeigen die beiden leeren Glühbirnen. Die erste in einer Halterung aus altem Dosenblech dient nun als der Ölbehälter einer Öllampe. In die zweite wurde eine kleine Gipsfigur des indischen Reichtumsgottes Ganesha geschoben und so dient sie diesem Elefantengott nun gleichsam als ein Altargehäuse der Armen.
Ebenfalls aus altem Blech ist das kleine Spielzeugauto gehämmert, das in den Städten zusehends die an Schnüren gezoenen, kleinen Holzelefanten abzulösen beginnt. Darunter sieht man zwei Beispiele eines wichtigen Erwerbszweiges im informellen Sektor: Die Papiertütenherstellung.
In einer Basarökonomie, in der noch nicht alles fabrikfertig verpackt angeboten wird, spielen Papiertüten noch eine große Rolle. Ganze Slumfamilien leben davon, mit Messer und Schusterleim Abfallpapier zu verschieden groß genormten Tüten zu verarbeiten. Diese werden anschließend nach Kilogewicht abgewogen und in zentralen Basaren an Einzelhändler verkauft. Sowohl in der Versorgung mit Abfallpapier, wie auch an der Vermarktung der Papiertüten sind die Tütenhersteller völlig einem für sie undurchschaubaren Netz von Mittelsmännern ausgeliefert. Die Tüten werden in der Qualität unterschieden: Links befindet sich eine aus Zeitungspapier hergestellte, rechts dagegen eine aus alten Schulheften und Postkarten(Boden) zusammengeklebte.
Weiter unten befinden sich drei Paar Schuhe, die in ihrer Art recht gut den Ausgangspunkt, Höhepunkt und Endpunkt des informellen Sektors veranschaulichen. Oben links liegen 2 kleine, in traditionellem Handwerkskönnen aus Leder gearbeitete Kinderschuhe – Größe: 5 Jahre –, daneben ein Paar aus alten Michelin-Autoreifen gewonnene Sandalen. Daneben befindet sich ein Paar Plastikschuhe – Größe: 4 Jahre –, die mit Hilfe einer Plastikstanzmaschine hergestellt werden. Diese Schuhe sind bei weitem billiger als die beiden anderen Paare und diese Massenherstellung wird dem informellen Sektor auf Dauer jede Absatzchance nehmen.
Auf der linken Seite findet sich ein, in der Herstellung sehr arbeitsintensives, Genußmittel: die „Bidis", die indischen Ersatzzigaretten. Diese werden aus den Blättern des Kendubaumes gerollt, mit Abfallresten aus Tabakfabriken gefüllt und mit einem Faden zusammengebunden. Für 1000 solcher Bidis erhält eine Familie nach einem indischen Minimallohngesetz 9 Rupies, ca. 3 DM. Darunter liegt der r ührende Versuch, diesem Rauchgenuß der Armen Ansehen und Form westlicher Zigarettenkultur zu geben. Die Bidiblätter werden in Papier gewickelt, das Mundstück wird mit schwarzem Papier zusätzlich umwickelt und das ganze in eine unbeschriftete rote Papierpackung geschoben.
Daneben befindet sich ein kleines, aus Palmblätterteilen geflochtenes Kästchen. Darüber die Eßunterlage der Bauern und der Armen: Baumblätter, die in Tellergröße mit kleinen Ästchen zusammengesteckt werden. Nur ein Keramikteller und ein Holzkasten macht hier die Erwerbschancen einer Familie zunichte. Was mit weggeworfenem Blech schließlich alles gemacht werden kann, zeigen die beiden letzten Metallgegenstände. Ein Kinderspielzeug befindet sich da, bei dem mit jedem Handdruck auf dem Griff die beiden Hühner aus einer Schale picken; und eine „Sparbüchse" der Armen, wohl zu groß, um je gefüllt zu werden.

Jakob Rösel



Der informelle Sektor in Delhi

Wie der Begriff „informeller" Sektor bereits andeutet, handelt es sich bei diesem Sektor um einen Bereich der Wirtschaft, der mit den herkömmlichen, „modernen" Kategorien der Ökonomie nur undeutlich zu erfassen ist. Umso bemerkenswerter ist deshalb eine Untersuchung, die Frau Atrayi Majumdar 1979 in Delhi durchführte. Über die ganze Stadt verteilt wurden dabei 1323 Personen des informellen Sektors an ihrem „Arbeitsplatz", auf der Straße oder in ihren Wohnhütten befragt. Delhi bietet für eine solche Untersuchung den angemessenen Hintergrund einer typischen Dritten-Welt-Metropole. Die Bevölkerung Delhis hat sich in den letzten 20 Jahren von rund 2,4 Mill. Einwohnern (1961) auf 5,4 Mill. Einwohner (1980) erhöht, 31 % davon, also 1,7 Mill., werden vom indischen Zensus als „erwerbstätig" eingestuft. Aufgrund einer genauen Gewichtung verschiedener Arbeitsuntersuchungen und der verschiedenen Zensus-Kategorien schätzt Frau Atrayi den Anteil des informellen Sektors auf 50 bis 60 %. 1980 umfaßte demnach der informelle Sektor in Delhi rund 1,1 Mill „Arbeiter".

Welches Bild ergibt nun ihre Umfrage?

Die überwiegende Mehrheit im informellen Sektor stellen Zuwanderer aus ländlichen, nahegelegenen Gebieten dar; 1014 von 1323 Befragten. 80 % der Zuwanderer kamen aus Dörfern, 60 % der Zuwanderer sind erst seit 10 Jahren, 35 % erst seit 5 Jahren in Delhi, über 50 % der Migranten kommen aus Uttar Pradesh, dem benachbarten bevölkerungsstärksten und großen indischen Gliedstaat. Der Rest verteilt sich relativ gleichmäßig über ganz Indien. Zuwanderung in den informellen Sektor der Hauptstadt findet also überwiegend aus einem Radius von immerhin mehr als 200 km statt. Der Gesamteinzugsbereich allerdings zieht Menschen über Entfernungen von weit mehr als 1000 km heran. Diese Menschen kommen aus einer akuten Notlage, auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten: 65 % der Befragten nannten Dürre, Mißernten, Ausbeutung durch den dörflichen Geldverleiher oder Teilung und Pfändung ihres Kleinstbesitzes als Ursache der Entscheidung, ihr Dorf zu verlassen. 20 % der ländlichen Zuwanderer leben allein, ihre Familie ist im Dorf geblieben: Sie selbst besuchen sie ein bis zweimal jährlich, um bei den eventuell anfallenden Erntearbeiten zu helfen, (75 %). Fast alle der Zuwanderer durchlebten eine 6 bis 12-monatige Phase extremer Armut, bis sie eine Arbeitsmöglichkeit im informellen Sektor fanden. Ein nicht unerheblicher Teil der Menschen im informellen Sektor bildet also eine Gruppe, die weder im städtischen noch im dörflichen Bereich feste Existenzchancen hat. 37 % der Beschäftigten im informellen Sektor sind Analphabeten, weniger als 3 % haben einen Schulabschluß.

Welche „Berufsmöglichkeiten" erwarten den Armen in der Großstadt?

Die angegebenen Berufe lassen sich in 83 Sparten gruppieren. Auffällig dabei ist, daß es sich bei über 2/3 um irgendeine Form des quasi-illegalen Straßenhandels, zumeist mit Nahrungsmitteln, handelt: Früchten, Gemüse, hartgekochten Eiern, Süßigkeiten, Fettgebäck, Zigaretten etc. Nur wenige Berufe stehen zur Verfügung, die eine irgendwie geartete Fertigkeit voraussetzen, wie die des Fahrradreparierens, des Betten-neu-Spannens, – indische Betten haben keinen Bettrost, sondern Kokosseile, die periodisch neu gespannt werden müssen –, des Schuhereparierens, Papierdrachenherstellens, Uhren- und Schlösser-Reparierens. Aber auch für alle diese Berufe gilt, daß sie zumeist am Straßenrand unter einem behelfsmäßig aufgespannten Sonnenschutz verrichtet werden. Traditionelle Dienstleistungen – Horoskopestellerei, Handlesekunst, Schlangenbeschwörung – oder (durch die „modernen" Bedürfnisse der Elite) möglich gewordene Arbeiten – Hosenbügeln, Lotterie- und Zeitungsverkauf, Verkauf von Speiseeis, Schuhepolieren – spielen nur eine untergeordnete Rolle. Eine traditionelle Berufssparte, die aber in der Hauptstadt Delhi noch hohe Wachstumsmöglichkeiten hat, ist die des Dieners, Kochs oder Kindermädchens bei den Mittel- und Oberschichtsfamilien von Neu-Delhi. Den Ärmsten der Armen steht als „Beruf" nur noch das Aufsammeln von Glasscherben, Papier- und Stofffetzen und Metallresten zur Verfügung. Diese werden in großen Jutesäcken am Straßenrand eingesammelt und gegen Kilogewicht an die „Recycling"-Manufakturen in den Armutsgebieten verkauft.

Die aktuelle Beschäftigung der Befragten folgt in etwa der Aufteilung der Berufssparten. Fast 2/3 der 1323 Befragten ist im Straßenhandel tätig, wobei die überwiegende Mehrheit Nahrungsmittel verkauft. Das nächste große Kontingent stellen die Hausdiener mit 8 % dar. Weitere 4 % sind Straßen- und Bauarbeiter, die ebenso wie die Hausangestellten hauptsächlich in Nahrung entlohnt werden. Das restliche Fünftel verteilt sich über die angegebenen Gelegenheitsberufe, jener Mischung aus verarmtem Handwerk, okkulten Dienstleistungen, modernen Elitebedürfnissen und schlichtem Scherben- und Papierfetzen-Einsammeln.

Was verdient man dabei?

Weniger als 6 % der Beschäftigten verdienen mehr als 17 Rupies, die überwiegende Mehrheit, 74 %, verdient zwischen 5 bis 12 Rupies täglich. Eine Rupie entspricht ungefähr 30 Pfennig. Doch selbst diese Zahlen müssen relativiert werden. Zum einen ist Delhi als Regierungssitz eine Stadt mit hohen Nahrungspreisen, zum anderen beziehen sich die angegebenen Verdienste lediglich auf die Zeiten, in denen verdient werden kann. Viele der angegebenen Verdienstmöglichkeiten sind aber saisonal. 1/3 der Befragten wechselt im Jahresdurchschnitt mehrmals seine Behelfsjobs: wer im Sommer Papierdrachen verkauft, lebt im Winter vom Lumpensammeln, wer Schulkinder in einem Kasten auf seinem Fahrrad in die Schule karrt, ist im Sommer einige Monate ohne Arbeit. Doch selbst wenn man die Zahlen als durchschnittlichen Jahresverdienst ansehen würde, zeigt sich für den informellen Sektor ein täglicher Durchschnittslohn von 9,80 Rupies, das sind 7 Rupies weniger, als der Durchschnittsverdienst eines ebenfalls unterbezahlten Fabrikarbeiters in Delhi beträgt: 17,50 Rupies. Zugleich liegt es unterhalb der von der indischen Regierung angesetzten Armutsgrenze. Das bedeutet, daß 2/3 des informellen Sektors oder fast die Häfte aller Beschäftigten in Delhi, und damit auch deren Familien, unter der Armutsgrenze liegen.

Anmerkung:

Die Zahlen sind der folgenden Studie entnommen: Atrayi Majumdar: Immigration and Informal Sector, A Case Study of Urban Delhi, 1979, Birla Institute of Scientific Research, New Delhi, 1980.

Jakob Rösel

Slums und Squattergebiete in den Metropolen der Dritten Welt

Der demographische Hintergrund

Nach den vorgenannten Zahlen sollte der Bevölkerungsanstieg, der den Hintergrund für die Bildung von Slumgebieten bildet, deutlich geworden sein:
Bei einem hohen generellen Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt wachsen die Städte intern – durch geringfügig bessere Gesundheitsversogung – und durch Zuzug aus dem verarmten Agrarsektor noch stärker als die generelle Wachstumsrate. Da die großen Städte mit über 5 Mill. Einwohnern als finanzielle, politische und ökonomische Zentren über eine wiederum bessere Gesundheitsversorgung und höhere Zuwanderungsattraktivität verfügen, haben sie eine die jeweilige Urbanisierungsrate übersteigende Wachstumsrate. Für die Masse der armen Stadtbewohner bedeutet aber diese Zunahme lediglich, daß Arbeits- und Wohnplätze in zusätzlich verstärktem Tempo verknappen. Spiegelbildlich ausgedrückt: Unterbeschäftigung und unterversorgte Slumgebiete wachsen noch rascher als die ohnehin hohe Wachstumsrate der Dritten Weltmetropolen.
Dieser seit 30 Jahren ungesteuerte Prozeß hat inzwischen dazu geführt, daß mindestens ein Drittel der Bewohner von Dritte Weltmetropolen un- oder unterbeschäftigt sind (informeller Sektor) und in Slumgebieten wohnen. Die aufgrund der Verkettung der verschiedenen Wachstumsraten extrem gesteigerte Wachstumsrate von Metropolen wird dazu führen, daß in naher Zukunft 50 – 60 % der Bevölkerung dieser Städte im informellen Sektor beschäftigt seinwerden und in Slums wohnen müssen. Arbeits- und Wohnsituation bedingen sich also wechselseitig. Während der Artikel von Peter Herrle der Einkommensfindung der Armen nachgeht, soll der folgende Artikel kurz die Slumsituation beleuchten.

Ein Versuch der Begriffserklärung: Drei Bereiche der Diskriminierung

Seitdem Sozialwissenschaftler, Planer und Architekten die Verslumung der Dritten Weltstädte nicht mehr nur als kurzfristige, pathologische Übergangserscheinung, sondern endlich als einen künftigen Dauerzustand einschätzen, ist nach einer Ära der Verdrängung und des Begriffstabus ein Jahrzehnt der angemessenen Begriffsfindung ausgebrochen. Mit welchem Begriff soll man die marginale, oft illegale, immer prekäre Wohnsituation der Millionen der armen Stadtbewohner der Dritten Welt umschreiben? Angesichts der Größe und der sich ständig exponentiell steigernden Dringlichkeit des Problems erscheint es uns als einigermaßen verfehlt uns hier an diesem Nomenklaturstreit mit beteiligen zu wollen. Die Frage also, ob etwa der Ausdruck „Spontansiedlung" wertfreier als der Negativbegriff „Slum" sei, ob der Ausdruck „Favela" und „Barriada" mit zuvielen lateinamerikanischen Besonderheiten befrachtet sei, soll hier der Beantwortung durch die Fachgelehrten überlassen bleiben, immerhin unterscheidet eine UNO-Studie bereits hunderte von Spezialbegriffen. Zumindest über dieses Sprachproblem wird sich mit Tucholsky sagen lassen: „Die großen Probleme der Weltgeschichte werden nicht gelöst, sie werden vergessen".
Wenn Menschen arm sind und in Städten einen Schutzplatz zum Schlafen, Kochen und evtl. zum Arbeiten suchen, so sind sie zumeist in dreierlei Weise benachteiligt:

- Die für sie günstigen und billigen Flächen, auf denen sie siedeln können, sind bereits im Besitz anderer, meistens reicher Bodenkapitalisten oder der jeweiligen Regierung.
- Die bereitstehenden Wohnungen oder soliden Baumaterialien sind für sie nicht zu bezahlen.
- Die infrastrukturell ausgestatteten und günstigen Standorte sind bereits bebaut.

Der Arme kann also weder Boden besitzen noch ihn mit soliden Materialien bebauen, noch einen in Bezug auf Arbeitsplatz, Wasser- und Stromversorgung gleichermaßen günstigen Standort finden. Im überwiegenden Fall der Fälle wird der Arme nach dem Grade seiner Armut deshalb seine Hütte aus Billigstmaterial auf fremdem Boden mehr oder minder unerlaubt in der Nähe von Kanälen, Eisenbahndämmen, Hafenanlagen oder Mülldeponien errichten.
Die Begriffe des „Slums", des „Squatters" und der „marginalen Wohngebiete" beziehen sich zumeist mehr oder minder eindeutig auf diese dreifache wohnungsbautechnische, rechtliche und standortspezifische Diskriminierung eines armen Stadtbewohners.
In allen drei Bereichen des Bodenbesitzes, der Baumaterialien und der Standortvergabe kann er in einem existierenden freien Wohnungs- und Bodenmarkt durch seine extreme Armut nicht teilnehmen oder anders ausgedrückt: Der etablierte, formelle Sektor, der Markt der Bodenverplanung und der Bauwirtschaft operiert für einen Bruchteil der jeweiligen Stadtbevölkerung, er operiert für eine politische und privatwirtschaftliche Elite, die allein die teuren Flächen mit dem noch teureren Zement bebauen kann.
Da nicht alle armen Bewohner dieser Metropolen gleichermaßen arm sind, so werden sie in den drei genannten Dimensionen variabel von dem laufenden Bau- und Bodenmarkt ausgeschlossen sein. Da an der Grenze des Nichts sich die kleinsten ökonomischen Differenzierungen zu größten sozialen Gegensätzen und Machtchancen ummünzen, so wird sich innerhalb der Millionenmasse der Armen dieses generelle System der Diskriminierung wiederum ebenso variabel und komplex reproduzieren. Es gibt auch den armen Slumlord und den im Illegalen operierenden ausbeuterischen Wellblechhändler.
Zusätzlich sind die Metropolen der Dritten Welt über die verschiedensten Kontinente, Klima- und Vegetationszonen und Gesellschaftssysteme verstreut, deshalb beinhalten die Slumgebiete dieser Welt eine ethnische, kulturelle, architektonische, politische und ökonomische Gegensätzlichkeit, die ihnen vielleicht hunderte von Regionalbegriffen einbringt, aber sicher nicht den Hauch des Pittoresken: Hinter den hunderten der Lokalbegriffe steht die immer gleiche Gewißheit, daß Menschen in extremer Armut sich und vor allem dem anderen Armen alles antun werden, um selbst zu überleben.
Dennoch ist es vielleicht nicht verfehlt eine kurze Beschreibung der verschiedenen Formen solcher Wohngebiete der Armen zu geben, welche zeigt, daß für sie nicht einmal das „Naturrecht" des Schlafes und des Schutzes existiert.

Fallbeispiele

In Kairo (8 Mill. Einwohner) wohnen etwa 200 000 Menschen im östlichen Wüstenbereich in den ehemaligen Totentempeln und kleinen Mausoleen, die im Mittelalter von dem islamischen Stadtpatriziat errichtet wurden. Weitere 100 000 leben in der kolonialen Innenstadt auf den Flachdächern der Bank- und Wohnhochhäuser, in denen sie als Liftboys, Kaffeeboten etc. ihr Auskommen finden.
In den Hauptstädten der Sahelstaaten Westafrikas läßt sich seit 10 Jahren beobachten, wie aus ursprünglich zeitlich begrenzten Zeltlagern für Flüchtlinge nun dauerhafte Slums entstehen.
In Kalkutta (8 Millionen Einwohner) wohnen die Allerärmsten, die Trottoirbewohner, linear an den Straßen entlang: An die Gartengitter werden löchrige Stoffetzen gebunden, so daß die Illusion eines halben Zeltdaches entsteht. Die Dränage- und Kanalisationsarbeiten werden verzögert, weil zwischenzeitlich Tausende in den frei gelagerten Zementrohren, die ca. 1 Meter Durchmesser haben, Zuflucht gesucht haben.
In Manila (6 Millionen Einwohner) wohnen auf einem ca. 2 km^2 großen Areal ehemals aufgeschütteten Hafengeländes, 200 000 Menschen, in einer Siedlungsdichte, die zumeist 200 Menschen pro Hektar übersteigt. Die Struktur ihrer Hütten werden von Holzbalken gebildet, die in den Sägereien als Abfall anfallen oder bei Baugerüsten keine Verwendung mehr finden können. Die Wände sind aus Kartonagen und Stoffetzen aufgebaut, wer Geld hat bedeckt das ganze mit Wellblech.
In verschiedenen mittelamerikanischen Städten sind gleichsam vorzeitliche Pfahlbausiedlungen in die Sumpf- und Schwemmlandumgebung gebaut worden, da der teuere, weil überschwemmungsfreie Baugrund unerschwinglich geworden ist.
Auf den Hügeln, die Ankara umgeben, sind in den letzten 20 Jahren tausende von „Eine-Nacht-Hütten" entstanden, Hütten, die in Ausnutzung einer Gesetzeslücke, binnen einer Nacht aufgebaut werden müssen, danach können die Bewohner nicht mehr von dem Regierungsland vertrieben werden.
In Nord-Bombay erstreckt sich beidseits entlang eines Nahverkehrs-Eisenbahndammes eine 10 km lange Slumkolonie, die jeweils ca. 1 km breit ist. Die Bewohner können von hier aus relativ rasch in die Innenstadt fahren. Viele verdienen etwas hinzu, indem sie Immigranten in ihren Hütten gegen Geld ein Schlafrecht einräumen.

EINE SIEDLUNG HEISST
SLUM
FAVELA
SQUATTER SETTLEMENT
SHANTY TOWN
BIDONVILLE
SHARIFA
BARRIADA
RANCHOS
BUSTEES

WEIL ES AUF DER WELT VIELE WORTE GIBT,
DIE DAS WOHNEN IN ARMUT UND UNGERECHTIGKEIT
BESCHREIBEN – aber nicht beseitigen.

Konsequenzen der Wohnsituation

Die Beispiele ließen sich noch endlos vervielfältigen, hinter jedem steht die gleiche strukturelle Diskriminierung, die in verschiedenen Ausmaßen die Bewohner rechtlich, bauwirtschaftlich und standorttechnisch benachteiligt.
Diese generelle Diskriminierung führt dabei noch zusätzlich zu weiteren Konsequenzen:
Ihre marginale Wohnsituation zwingt die Armen dazu, im Durchschnitt jeweils mehr, oft ein Vielfaches für gleiche Güter und Dienstleistungen wie die wohlhabenderen Städter zu bezahlen. Die Gebiete, auf denen sie siedeln, haben keine angemessene Infrastruktur. Die begüterten Stadtbewohner wohnen dagegen auf Arealen, die infrastrukturell erschlossen sind, eine Erschließung, die mit dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wird und die sie kaum belastet. Die Slumbewohner dagegen müssen für eine von ihnen selbst geleistete Wasser- und Elektrizitätsversorgung manchmal ein Vielfaches der Preise der Reichen bezahlen. Die Siedlungsgebiete der Reichen haben Drainage und Abwasserbeseitigung, die Slumgebiete nicht. Die Slumgebiete leiden stattdessen unter ständigen Überschwemmungen und den daraus resultierenden Epidemien, Wurmkrankheiten und Seuchen.
Die in den Siedlungsgebieten der Reichen konzentrierte Kaufkraft führt dazu, daß diese Gebiete mit Märkten, teilweise sogar mit supermarkets ausgestattet sind. Der Slumbewohner muß seine Produkte von dem Schlußglied einer unendlich hierarchisierten Kette von Einzel- und Kleinhändlern erwerben. Das gilt selbst für die kläglichen Baumaterialien seiner Hütte: Von der oft staatlich kontrollierten Zementproduktion ist er ausgeschlossen, weil er illegal, klein und kapitalarm ist; bei Ersatzwerkstoffen zahlt er zuviel, weil er zu wenig Kaufkraft aufweist und weil selbst das Recycling gebrauchter Baumaterialien zu Teilen von dem formellen Sektor kontrolliert wird.
Da der Slumbewohner oft illegal lebt, werden ihm die ihm rechtlich zustehenden Leistungen etwa der Polizei, der Feuerwehr, eventuell eines Regierungsarztes, einer Hebamme, einer Schutzimpfung entweder versagt, oder sie sind für ihn nur gegen ein Bestechungsgeld zu erlangen. Bescheinigungen, Arbeitspapiere, Aufenthaltserlaubnis und Zertifikate aller Art werden teurer, weil seine unsichere, oft illegale Wohn- und Aufenthaltssituation ausgenutzt wird.
Ob es sich also um grundlegende Versorgungs- und Schutzrechte handelt – Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen – oder um den organisierten formellen Sektor – überall muß der Benachteiligte noch mehr bezahlen als der relativ besser Gestellte. Die Armen in den Metropolen der Dritten Welt befinden sich deshalb rechtlich, wirtschaftlich und politisch stets in der gleichen Situation, sich gleichsam für ihre eigene Existenz entschuldigen zu müssen: Weder die Rechtsprozeduren noch die Planungsstäbe noch die Marktabläufe nehmen in ihrer formalen Struktur von seiner Existenz Kenntnis. Dieser rechtliche, politische und ökonomische formelle Sektor ignoriert ihn einerseits und kriminalisiert ihn andererseits um ihn als Zahler von Bestechungs- und Schutzgeldern, als Wahlmob oder, als Gelegenheitsarbeiter, umso wirkungsvoller ausbeuten zu können.

Die Verkettung von Wohn- und Arbeitsplatz

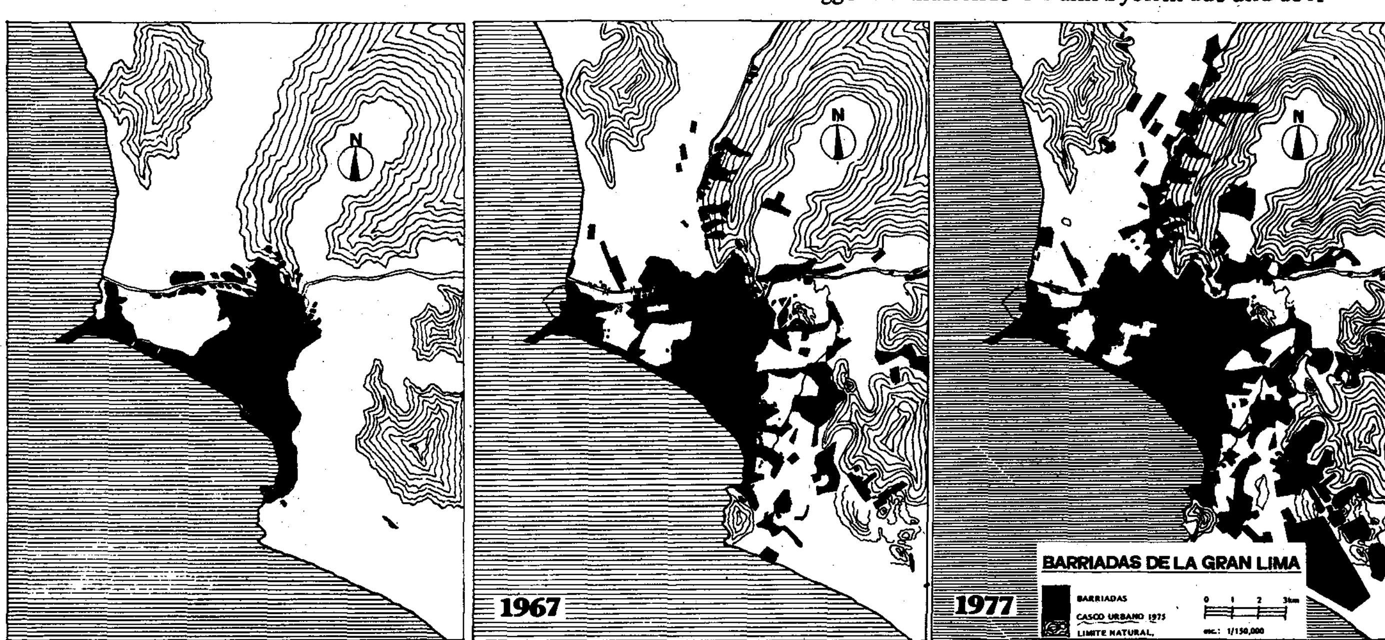
In all diesen Bereichen ist der Arme äußerst verwundbar, weil er wenig mobil, extrem standortgebunden ist. Weder Leben noch Wohnen kann in der Großstadt auf Selbstversorgungsbasis bewältigt werden. Ebenso wie der Arme in seiner allgemeinen Lebenssituation auf einen Beruf angewie-

wiesen ist, der ihm einen Zugang zu einem Geldeinkommen verschafft, ebenso ist er in seiner Wohnsituation auf das Medium Geld angewiesen. Selbst die kläglichen Baumaterialien gibt es nicht umsonst, sie werden über eine Slum-Ökonomie an- und verkauft, selbst die ungesundesten und dreckigsten Siedlungsflächen können nicht umsonst besiedelt werden, eine quasi-Miete hat er entweder an drohende Polizisten, ausbeuterische Grundbesitzer oder bereits etablierte Slumbewohner zu entrichten.
Die Suche nach diesem Geldeinkommen wird deshalb zum ausschließlichen Kriterium seiner Wahl des Wohnplatzes. Dies bedeutet eine fundamentale Umkehrung einer Kausalität, die uns in Europa zur nicht mehr hinterfragten Denkgewohnheit geworden ist. Bewußt oder unbewußt leiten wir die Qualität in Standort und Form unserer Wohnung von unserem Geldeinkommen ab; für den Armen der Dritten Welt ist ein angemessener Standort aber die unabdingbare Voraussetzung für ein Einkommen. In dieser Zwangslage hat er nur wenig Entscheidungsspielraum, da der Standort zur Voraussetzung seines Einkommens wird, nicht umgekehrt das Einkommen zur Voraussetzung seiner Wohnung.
Die geringfügigen Nahverkehrssysteme der Metropolen der Dritten Welt sind für ihn weder erschwinglich noch effektiv. Überwiegend muß er seinen Wohnplatz in Fußgängernähe zu seinem Arbeitsplatz finden. Dieser Radius läßt ihm weniger Entscheidungsraum und macht ihn an dem Platz, an dem er siedelt, extrem erpreßbar. Wären Dritte-Welt-Eliten bereit, die Unsummen ihrer Rüstungsausgaben nur zu Bruchteilen in ein für die Bevölkerung erschwingliches Verkehrssystem in ihren Städten zu stecken, so könnte bereits eine dauerhafte Verbesserung der Wohnsituation der Armen einsetzen. So wie die Situation sich heute darstellt, können 30 % der Stadtbewohner ihre Slum-Mieten nur begrenzt durch Fahrtkosten substituieren.
Stünde ein billiges, schnelles und effektives Nahverkehrssystem zu Verfügung, so könnten sie anstelle relativ hoher Slummieten in zwar arbeitsnahen aber ungesunden Siedlungen, geringere Mieten für entfernte aber bessere Siedlungen zahlen. Die eingesparte Summe könnte für das tägliche Berufspendeln eingesetzt werden.
Der Aufbau eines solchen Verkehrssystems, das etwa im

19. Jahrhundert in England das Wohnungselend der Industriearbeiter effektiver minderte, als alle wohlgemeinten Sanierungsprojekte, können oder wollen aber die Eliten der Dritten Welt nicht leisten.

Die Verkettung kann nicht aufgebrochen werden: Der Mangel an Massentransportmitteln

Da viele Metropolen ihre Verkehrsplanung schwerpunktmäßig auf eine Förderung des privaten Autoverkehrs ausrichten, wird sich deshalb an dem bisherigen Zustand der Erpreßbarkeit und der Immobilität für die Mehrheit der Bewohner nichts ändern. Das Standortdiktat des Wohnplatzes macht deshalb einen kurzen Exkurs zu der Nahverkehrsversorgung in Dritten-Welt-Städten notwendig.
Dabei sind zwei Dimensionen der Verkehrsversorgung wichtig: Wieviel Bodenfläche des Stadtareals stehen solchen billigen Infrastruktursystemen generell zur Verfügung, und wie ist der jeweilige städtische Fuhrpark ausgestattet, um ein potentiell extrem hohes Verkehrsvolumen zu bewältigen?
Während in westlichen Industriemetropolen im Durchschnitt 20 % der Innenstadtfläche für Verkehrszwecke zur Verfügung stehen, überschreiten Dritte-Welt-Städte nur selten diese Schwelle. Den extremen Fall bietet Calcutta, in dessen Innenstadtbereich nur 6 % der Fläche für Verkehrszwecke bereitsteht.
Zusätzlich müssen täglich mehr als 1 Million Einwohner über eine Brücke in die Innenstadt gelangen. Für die innerstädtische Versorgung stehen in Nord-Süd-Richtung lediglich 2 zentrale, enge Verkehrsachsen zur Verfügung.
Nicht alle Dritte-Welt-Metropolen haben diesen extremen Engpaß, aber für alle gilt, daß ein extensiv auszubauendes öffentliches und billiges Nahverkehrssystem schon sehr bald an räumliche Grenzen stößt, die zu durchbrechen sehr hohe Folgekosten verursachen muß. Dabei scheitert ein Versuch des Ausbaus der Infrastruktursysteme rasch an einem Paradox: Um für ein öffentliches Verkehrssystem mehr Verkehrsraum zu schaffen, müssen in dicht bewohnten Gebieten Straßen verbreitert werden. Bei der Höhe der Bodenpreise bedeutet das, daß Slums abgerissen werden müssen. Diese Vernichtung von städtischem Slumwohnraum steht dann aber in keinem Verhältnis zu dem für die Armen eventuell freigewordenen Handlungsspielraum bei der Wohnungssuche durch die eventuell billigeren und besseren Transportmöglichkeiten.
Ähnlich sieht es mit dem zur Verfügung stehenden Fuhrpark aus: Nimmt man etwa das öffentliche Bussystem von London als Vergleichsmaß, schließt bei diesem Vergleich das 4.300 Waggons umfassende U-Bahn-System aus und über-

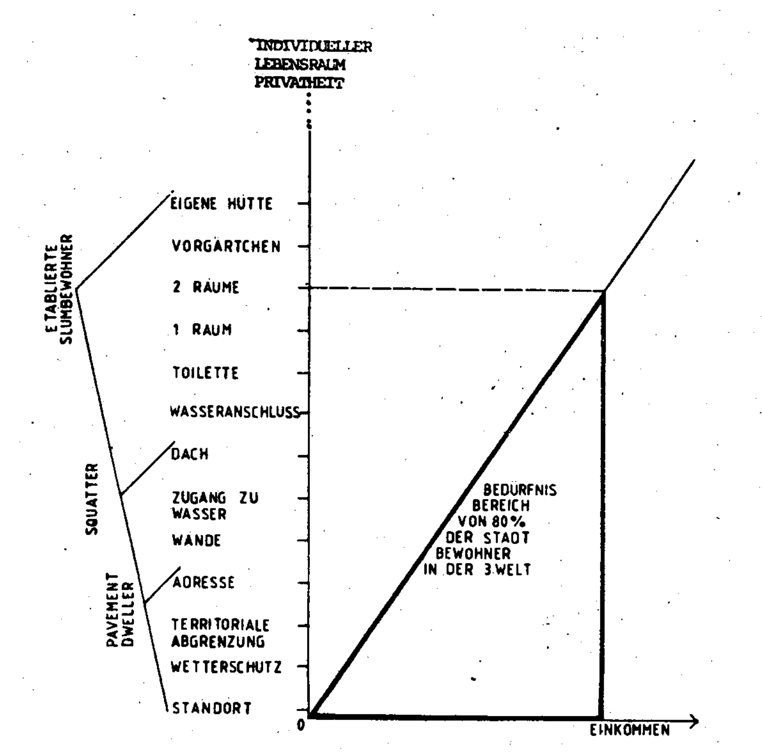


Die Ausbreitung der Slumgebiete in Lima seit 1957 bis 1977 (Stadtgebiet: grau, Slumgebiet: schwarz)

sieht, daß ein Großteil der Londoner mit Privatautos verkehrt, so verfügen etwa Istanbul, Lagos, Manila, Teheran, Karachi und Bogota lediglich über jeweils 1/9, 1/11, 1/3, die Hälfte, 1/7 und nochmal die Hälfte dieses öffentlichen Fuhrparkts. Dies, obwohl alle genannten Städte mit der Ausnahme von Lagos und Bogota fast die Hälfte der Bevölkerung Londons aufweisen sie über keine U-Bahn-Systeme verfügen und im Vergleich zu London kein nennenswerter Privatverkehr in den Städten verkehrt.
Die Konsequenz dieses Zustandes ist, daß sich in den Dritte-Welt-Städten eine privatwirtschaftliche Form des Massentransports entwickelt: Minibusse, ausgebaute Vespas, in extremen Fällen Fahrradrikschas versuchen dieses Defizit an öffentlichen Transportleistungen auszugleichen. Das Resultat dieses Zustandes ist, daß die ohnehin begrenzte Infrastrukturfläche mit einem die Struktur der Stadt zusätzlich belastenden permanenten Verkehrsstau belegt wird. Doch selbst dieser, die Restsubstanz an innerstädtischer Struktur zerstörende circulus vitiosus hat letztlich einen in Relation zu seinen sozialen Kosten lächerlich geringen Transporteffekt: Die starke Wohn- und Arbeitsplatzverkettung der Masse der Armen kann dieser Massentransport nur begrenzt lockern.

Die Reduktion des Wohnens auf einen Standort

Die Bindung des Wohnplatzes an den möglichen Arbeitsplatz bewirkt damit also eine doppelte Einschränkung der Wahlfreiheit. Einerseits hat der Arme nur eine geringe Auswahlmöglichkeit bei eventuell bestehenden Gelegenheitsarbeiten, andererseits hat er eine noch geringere Wahlfreiheit bei der Suche nach einem angemessen nahen Wohnplatz. Diese doppelte Erpreßbarkeit zeigt uns aber, auf welchen letzten unverzichtbaren Kern das Wohnbedürfnis in den Städten der Dritten Welt reduziert wird. Wohnen ist im Wesentlichen Standort, also Zugang zu einer Arbeitsstelle. Alle anderen für uns zentralen Elemente wie Schutz, Ruhe, Intimität sind sekundär, irrelevant, fast schon ein Luxus. Vielleicht kann das folgende Schaubild diese traurige Sachgesetzlichkeit verdeutlichen:

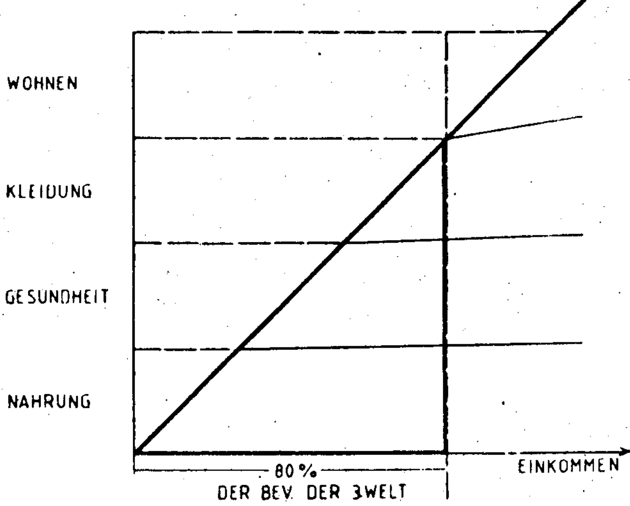


Die absolute Dominanz des Standortproblems macht nun deutlich, weshalb Menschen bereit sind, auch noch auf den gesundheitlich erschreckendsten Flächen zu siedeln, und daß kostenlose Sozialwohnungen, die sich aber in peripherer Lage befinden, für diese Menschen irrelevant sind. Damit macht das Schaubild zugleich deutlich, daß alle Versuche der Slumsanierung, die lediglich Standorte oder Strukturen von Wohnungen verändern, ohne für nahegelegene, direkt verfügbare Arbeitsplätze garantieren zu können, nicht nur sinnlos, sondern geradezu ausbeuterisch sind. Diese Projekte deportieren Menschen, vernichten ihnen ihre Arbeitschancen. Da diese Menschen versuchen werden, zu ihren Arbeitsplätzen zurückzukehren, so hat der planerische Eingriff lediglich dazu geführt, sie zu deklassieren: Er verwandelt sie von Slumbewohnern zu Trottoirpennern.

Der Stellenwert des Wohnbedürfnisses

Das Schaubild verdeutlicht uns eine Prioritätenfolge der wichtigsten Wohnbedürfnisse und läßt uns zugleich Raum für eine trügerische Hoffnung, für die Hoffnung, daß der arme Städter – im Ausmaß seiner Ersparnisse – von einem auf einen Standort reduzierten Wohnbedürfnis sich eventuell zu einer Hütte mit vier Wänden und einem Wasseranschluß „weiterentwickeln" könnte. Diese Hoffnung ist illusorisch, weil mit den Bedürfnissen nach einer besseren Wohnsituation sofort sehr viele fundamentalere Grundbedürfnisse in Konkurrenz treten werden: Der Arme leidet nicht nur an dem Wohnungsmangel, sondern auch an dem Mangel an Nahrung, Gesundheitsfürsorge und Kleidung; und was hervorgehoben werden muß: Die zuletzt genannten Bereiche sind für ihn die wichtigsten, erst dann folgt der Wohnungsausbau. Verfügt er deshalb über einen noch so erbärmlichen Wohnungsstandort, so wird er ausschließlich seine Ersparnisse in die drei anderen Mängelbereiche investieren, weil auch von ihnen seine Einkommensbeschaffung lebensnotwendig abhängt. Vielleicht kann das folgende Schaubild den geringen Stellenwert einer besseren Wohnung in der Bedürfnishierarchie der Armen grob erläutern:

Stellenwert von "Wohn"-Bedürfnissen



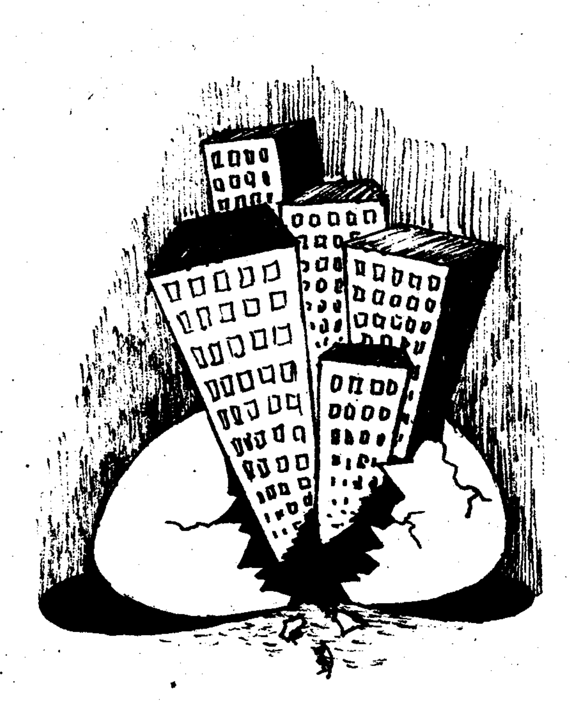
Selbst wenn wir also der, angesichts der Zahlenberechnungen der UNO. und der Weltbank unvernünftigen, Annahme anhingen, die Einkommenssituation der Masse der Armen würde sich in absehbarer Zeit spürbar verbessern, so

würde dies lediglich bedeuten, daß sie besser bekleidet und ernährt wären. Für die Wohnungssituation selbst gilt, daß sie sich im Falle der realistischen Annahme einer Einkommensstagnation eher verschlechtert. Mit aller Wahrscheinlichkeit aber werden die Einkommenschancen der Armen in den Städten der Dritten Welt sinken: wie der Artikel von Peter Herrle zeigt, kann der informelle Sektor nur noch begrenzt neue Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.
Dies – kombiniert mit den hohen Wachstumsraten der Dritte Welt Metropolen – eröffnet eine neue Perspektive: Bis zum Ende dieses Jahrhunderts, in 18 Jahren, werden Städte entstanden sein, die weder in ihrer Größe noch in den in ihnen vorherrschenden Lebensformen irgendeine Paralelle zu der uns bislang bekannten urbanen Geschichte aufweisen werden. Im Zuge dieses doppelten Wachstums von Größe und Elend wird zusehends die Möglichkeit auftreten, daß Stadtbereiche mit 8 – 10 Millionen Einwohnern als ganzes zusammenbrechen.

Jakob Rösel

Anmerkungen (zum Slumartikel)

Eine ausführliche Darstellung der Probleme von Slumgebieten findet sich in:
P. Herrle, H. Lübbe, J. Rösel: Slums und Squattersiedlungen; Thesen zur Stadtentwicklung und Stadtplanung in der Dritten Welt; Arbeitsbericht 37, Städtebauliches Institut der Universität Stuttgart, 1981; 268 Seiten;
In diesem Bericht findet sich auch eine weiterführende Literaturliste, in der alle wesentlichen Publikationen der U.N. und der Weltbank zur Frage der Verstädterung aufgeführt sind.
Für die Probleme der Nahverkehrsversorgung in großen Städten der Dritten Welt:
J. M. Thompson: Great Cities and their traffic. Vor allem darinnen Tabelle 5; Harmondsworth 1978.





Lusaka – Squattergebiete

Lusaka entstand 1905 als Eisenbahnhaltepunkt an der Strecke von Südafrika in den späteren Kupfergürtel Sambias. 1935 wurde Lusaka die Hauptstadt der britischen Kolonie Nordrhodesien, planerisch gestaltet nach dem Prinzip der rassischen Segregation. 1963, mit der politischen Unabhängigkeit Sambias, wurde es dessen Hauptstadt. 1970 wurde die Fläche des Stadtgebietes von 67 auf 320 qkm erweitert. Mit der Unabhängigkeit und der Aufhebung kolonialer Zuwanderungsrestriktionen (Paßgesetze) setzte ein starkes Bevölkerungswachstum Lusakas ein. Der größte Teil der Zuwanderer wurde von den Squattergebieten absorbiert, deren Ansätze bereits weit vor die Unabhängigkeit zurückreichen. Sowohl der Anteil der Squatterbevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Stadt als auch die absolute Zahl der Squatterbewohner wuchs beträchtlich

Jahr	Einwohner	(% Squatterbewohner)
1963	123.000	15
1969	262.000	37
1973	368.000	45
1980	579.000	?

Der bauliche Standard der Squattergebiete hat sich seit der Unabhängigkeit allgemein verbessert und ist nicht mit dem Standard vieler asiatischer oder südamerikanischer Squattergebiete zu vergleichen. Die größten Probleme der Squattergebiete Lusakas sind die Überbelegung (z.T. verbunden mit Mietwucher) und die mangelhafte bzw. fehlende infrastrukturelle Versorgung (Trinkwasser, sanitäre Versorgung, Schulen, Verkehrsanschlüsse etc.). Daneben steht das Problem der Arbeitsplätze, ohne dessen Lösung weitere Verbesserungen in anderen Bereichen nicht durchführbar erscheinen.
Als Beispiel sei das größte Squattergebiet Lusakas, 'Mwaziona' (oder 'George'), angeführt: hier sind etwa 22 % der Bewohner arbeitslos, ca 16 % arbeiten im informellen Sektor. Wichtige Zweige des informellen Sektors sind der Straßenverkauf, das Bauwesen, Herstellung und Verkauf von Holzkohle, Verkauf von Brennholz und kleine Geschäfte (Lebensmittelläden, Marktstände, Bars). Auch die Landwirtschaft an der Peripherie der Stadt, die von vielen Squatterbewohnern betrieben wird, trägt zur Ernährung bzw. über den Verkauf zum Gelderwerb bei.
1974 begann die Weltbank mit einem Prospekt zur schrittweisen Verbesserung (upgrading) der bevölkerungsreichsten Squattergebiete Lusakas. Die Erfolge dieses Projektes, das vor allem auf infrastrukturelle Verbesserungen abzielte, sind fraglich.

Winfried Waldeck

Trottoirbewohner in Calcutta

In vielen Städten der Dritten Welt ist das Wohnungs- und Einkommenselend inzwischen so weit vorangeschritten, daß sich in vielen Städten eine neue „Kategorie" der Wohnform herauszuschälen beginnt, die Trottoirbewohner. Da diese Menschen den absoluten Bodensatz der Armut bilden, werden sie von fast allen Hilfsprojekten vernachlässigt, unterstellen die Slum-Sanierungsprogramme doch stets irgendeine Form der finanziellen Beteiligung der Betroffenen. Inzwischen aber ist diese Gruppe stets weiter angewachsen. In Calcutta, wohl der schrecklichsten Metropole der Dritten Welt, zählte der Zensus von 1971 48.802 „houseless persons", die überwiegend auf den innerstädtischen Bereich, der damals 3,1 Mill. zählte – Gesamtcalcutta zählte 1971 ca. 8 Mill. – konzentriert waren. Das bedeutet, daß fast 2 % der Bevölkerung einer Stadt, in der ohnehin über 50 % der Einwohner in Slums leben, selbst dieses „Privileg" nicht mehr genießen können. Inzwischen wird die Zahl auf 70- bis 80.000 geschätzt.
Für die Allerärmsten wird der Gehweg zum Lebensraum. Um an Wasser heranzukommen, siedeln sie normalerweise in der Nähe von Feuerhydranten; um während der in Calcutta sintflutartigen dreimonatigen Monsunzeit leidlich geschützt zu sein, schlafen sie in den Gehwegbereichen, die durch überstehende Balkone, Arkaden oder Dachtraufen etwas geschützt sind, dabei werden staatliche Gebäude bevorzugt, weil sie dort weniger oft vertrieben werden. Die Schlafstätten dieser Menschen konzentrieren sich in den Stadtgebieten, wo gebettelt werden kann, im Zentrum, am Bahnhof, in der Nähe von Tempeln oder hinduistischen oder moslimischen Jahrmarktsfesten und Basaren.
1974 hat der bengalische Soziologe Sudhendu Mukherj mit 56 Helfern über ein Jahr lang 10.000 dieser Menschen aufgesucht und befragt. Seine Studie ist die bislang einzige größere Untersuchung einer Menschengruppe, die ansonsten von Sozialarbeitern, Entwicklungshelfern und vor allem Planern zumeist völlig übergangen wird.
Da diese Studie auch der formal dafür verantwortlichen Stadtplanungsbehörde – Calcutta Metropolitan Development Authority – eher peinlich war, ist sie nur einmal in Form hektographierter Abzüge 1975 erschienen. Sie enthält neben einer genauen statistischen Untersuchung der Trottoirmenschen auch 101 kurze Lebensläufe, aus denen wir, leicht gekürzt, wahllos vier, Nr. 42 – Nr. 46, herausgegriffen haben:
Der Wortlaut der kurzen Lebensgeschichten, der manchmal ungelenk erscheint, folgt den Originaltexten der Sozialarbeiter.

„42. Shanti Rani Pal:
Shanti Rani Pal , 35 Jahre alt, kam aus dem Dorf Ramnagar im Barisal-Distrikt/Bengalen während der Hindu/Muslim-Massaker des Jahres 1947. Sie lebt in einer Hütte in Ultadanga, am Kanal. Ihr Ehemann war Töpfer, aber seit 7 Jahren ist er verschollen. Seit den Massakern war er verstört und verschwand eines Nachts aus der Hütte. Shanti arbeitet als Helfer bei einer Gruppe von Töpfern in Ultadanga. Sie verdient zwischen 0,75 und 1,25 Rupies pro Tag auf Stückzahlbasis. Sie essen einmal täglich: Chapatis – Weizenmehlfladen – oder gekochte Kartoffeln.

43. Sukhabala Naskar:
Sukhabala Naskar, 35 Jahre alt, kam aus dem Dorf Tantultala, aus dem 24-Pargana-Distrikt. Sie ist verheiratet, hat aber keine Kinder. Ihr Ehemann hat sie verlassen und eine andere Frau geheiratet. Er gab Sukhabala nichts. Dennoch wollte sie ihr Dorf nicht verlassen, lebte allein und arbeitete als Dienerin in einem Haus im Dorf. Aber eine schwere Überschwemmung schwemmte ihre Hütte weg. Da sie durch die Flut ruiniert war, verließ sie mit anderen Dorfbewohnern ihr Dorf. Seit einem Jahr lebt sie unter der Kanalbrücke im Ultadangabereich. Sie arbeitet als Dienerin bei einer Mittelschichtsfamilie, teilweise bettelt sie. Sie hat Angst, allein unter der Brücke zu leben. Sie war erfreut, als sie hörte, daß die Regierung Hütten bereitstellen will, aber die Frage, ob sie Miete bezahlen könne, demoralisierte sie. – Sie kann nichts bezahlen.

44. P. Krishna:
P. Krishna, 20 Jahre alt, kam aus Sialam bei Madras. Sie spricht Telugu. Krishnas Ehemann war ein kleiner Händler, und sie hatten nur einen Sohn. Es ging ihnen gut, aber plötzlich starb ihr Ehemann – er erbrach ständig Blut. Krishna ging zu ihrer alten Mutter. Aber sie konnte ihnen keine Nahrung geben. Schließlich kamen sie alle nach Calcutta, und seit zwei Jahren leben sie unter der Ultadanga-Eisenbahnbrücke.

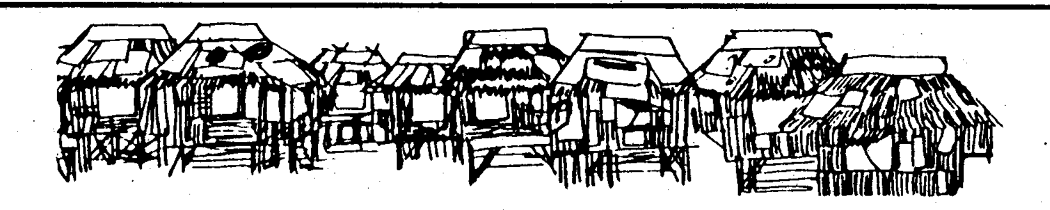


Krishna verdient etwas Geld durch das Kalken der Flachdächer in einem subventionierten Wohnungsbauprogramm für Mittelschichtsfamilien im Ultadanga-Bereich. Sie kocht einmal täglich. Ihr gegenwärtiger Verdienst ist lediglich eine Übergangslösung. – Krishna sagte: „Ich kann mehrere Tage auf Essen verzichten, aber wie soll mein Kind leben?" Sie will keine Behausung, sondern eine Arbeitsstelle.

45. Ruplal Kahar:
Ruplal Kahar, 43 Jahre, kommt aus dem Dvar bhanga-Distrikt in Bihar. Kahar ist lahm. Er arbeitete in einer Fabrik, eines Tages, als er von der Arbeit zurückkam, hatte er einen Unfall. Infolge des Unfalls bekam sein Bein eine Blutvergiftung und mußte amputiert werden. Seitdem geht er mit einer Krücke. Im Dorf lebte er mit seiner Frau, seinem Sohn und seinem Bruder zusammen. Er verlor seinen Beruf wegen seiner Invalidität. Langsam wurde er allen unliebsam. Sein Bruder hielt ihn von seiner Familie entfernt, seine Frau verließ ihn und ging zu ihren Eltern zurück. Da es für ihn nicht möglich war, in seinem Dorf zu betteln, verließ er sein Haus und kam nach Calcutta. Seit 15 Jahren lebt er in der Dharamtollastraße. Er ist zwar inzwischen ein professioneller Bettler, aber selbst seine Invalidität vermag nicht immer Mitleid zu erwecken, er hungert des öfteren. Ruplal würde gerne wieder in einer Fabrik arbeiten, aber wer gibt einem Lahmen Arbeit?"

Anmerkung:
Die einzelnen Lebensläufe sind der folgenden Studie entnommen: Dr. Sudhendu Mukherji, Under The Shadow of the Metropolis; They are Citizens too! Report on the Survey of 10.000 Pavement Dwellers, C.M.D.A. Calcutta 1975, mimeograph.

Jakob Rösel



Pedro: Eine Biografie

PEDRO: geboren 1902 in der Dorfgemeinschaft Pambarumbe, Santa Catalina de Moja Privinz Morropón, Piura (Nordperu)

Pedro stammt aus einer kinderreichen Familie. Sein Vater starb jedoch sehr früh und seine Mutter heiratete erneut; Pedro wurde bei seiner Großmutter untergebracht. Später, als der Ortspfarrer versetzt wurde, ging er mit diesem weg, und arbeitete im Haushalt. Durch die vielen Reisen des Pfarrers konnte er nur sporadisch zur Schule gehen. Er übernahm verschiedene Arbeiten: Putzjunge in einer Klinik, Warenverteiler, Magaziner in einem Stofflager. Auch versuchte er sich als Tagelöhner und Minenarbeiter. Oft sparte er sich Geld, um nach Lima zu kommen, wo er zeitweise in einer Textilfabrik arbeitete. Als der Testamentsvollstrecker ihm die Erbschaft seines Vaters auszahlte, kaufte er sich ein Stück Land und heiratete.
Der nun folgende Teil ist ein Ausschnitt aus Pedros Lebensbericht, in dem er vor allem die Probleme der Wohn- und Arbeitssituation und des Zusammenlebens in einem Barriada bei Lima schildert:

„ – Ja, und auf meinem Stück Land lernte ich als Bauer zu arbeiten. Mein Hof genügte für die Ernährung, und wenn etwas übrig blieb, ging ich es auf dem Markt in Piura verkaufen.
Aber im Grunde lief alles immer gleich weiter und mir war dieses Leben schon überdrüssig geworden. Ich besoff mich jeden Tag, bis ich begriff, daß es nicht so weitergehen konnte und sagte meiner Frau, daß wir nach Lima gehen sollten. Ich wußte, daß es uns vielleicht nicht besser gehen würde, aber unsere Kinder hätten eine bessere Umgebung und mehr Möglichkeiten voranzukommen. Wir verkauften schließlich alles, was wir hatten und kamen hierher.
– Als wir ankamen, wohnten wir im Hause meines Schwagers. Nach zwei Wochen beschafften wir ein Zimmer in einem Häuserblock im Stadtteil Magdalena für 30 Soles im Monat. Ich stellte in der Mensa für Angestellte eine Vitrine auf und verkaufte Herren- und Toilettenartikel. Aber ich wurde krank, und wir brauchten alles, was wir hatten, fürs Essen und mußten zu meinem Schwager zurückkehren.
Mir kam die Idee, Puppen herzustellen, weil ich sah, daß sie die Leute erheiterten. Ich verkaufte sie zu vier Soles jede. Weil es gut lief, borgte mir mein Schwager Geld, damit ich Material und Werkzeuge kaufen und noch mehr herstellen konnte. So baute ich mir eine Werkstatt, wo ich mit einem Neffen, einer Nichte und einem Freund zusammen arbeitete, die alle bisher ohne Arbeit waren. So holten wir bis 8 Soles täglich heraus.
Da sich meine Situation verbesserte, zogen wir wieder bei meinem Schwager aus und mieteten nacheinander verschiedene Zimmer, die nicht sonderlich bequem waren. Was ich bezahlen konnte, reichte nicht für mehr, so daß ich, als mir ein Genosse sagte, daß es in Chosica Land gäbe, in einem Barriada namens Santo Domingo, mich entschloß, ein Stück Land zu verlangen. Man gab es mir ohne weitere Verhandlungen. Ich ging jeden Sonntag hin, um ein Zimmer aus Lehmziegeln zu bauen. Alles blieb ruhig, bis die Gemeinde zu meckern begann. Denn es lebten nur 5 oder 6 Familien dort; der Rest war in der gleichen Situation wie ich. Ich brachte alle zusammen, die Land besaßen und sagte ihnen, wir müßten sofort hingehen und dort leben, weil sie uns das Land wegnehmen würden. So kamen am 27. Juli mehr als 15

Familien zusammen, um dort zu wohnen.
Was uns am meisten störte an Santo Domingo, war die Distanz zum Dorf und die fehlende Elektrizität.
Es gab auch keine Straßen, und wir mußten eine bauen, durch eine Hazienda hindurch.
Der größte Teil der Barriada-Bewohner hatte Ziegen, die sie am Ufer des Flusses weiden ließen. Der Rest arbeitete in der Papierfabrik oder beim Wasserkraftwerk. Für mich war es hart, weil ich nach Lima mußte, um meine Spielzeuge zu verkaufen.
Glücklicherweise sagte uns ein Freund, daß in der Nähe von El Altillo auf einem Hügel Landstücke verteilt wurden. Ich schrieb mich als Mitglied ein, und wir blieben im Haus meines Freundes, bis die Erdarbeiten an dem Grundstück, das sie mir gegeben hatten, fertig waren.
Das teuerste an dem Haus waren die Erdarbeiten.
Ich mußte meine Baumaschine für 1000 Soles verkaufen, alle meine Ersparnisse investieren, Geld ausleihen, um die 4000 Soles zusammenzubringen, die der Zement und das übrige Material kosteten. Danach kaufte ich Lehmziegel und Matten und verwandelte die kleine Hütte in zwei Zimmer, das kostete mich wieder 4000. Bei der ganzen Arbeit halfen mir Freunde, denen ich auch beim Hausbauen half.
Wasser fehlt mir nicht besonders, weil ich es bei einem Freund hole; ich bezahle ihm drei Soles monatlich dafür. Das Licht nehmen wir auch von meinem Freund. Er verlangt von uns 20 Soles pro Monat für drei Lampen.
– Ich kam 1953 in die Barriada. Seit ich hier bin, haben wir einen ärztlichen Service organisiert, Wege hinauf und hinunter gebaut, die Verhandlungen über die Anerkennung der Barriada geführt, sowie die Statuten der Vereinigung geschaffen. Das Schlimme ist, daß unter den Bewohnern kein gutes Einvernehmen herrscht, denn es gibt einige, die sich dem Vorwärtsgehen des Quartiers entgegenstellen.
In der Leitung der Vereinigung arbeiten wir nicht politisch, sondern schauen vor allem auf die Interessen des Quartiers.
Es ist köstlich, zuzusehen, wie sich jetzt die politischen Parteien darum reißen, uns einen Gefallen zu tun, um uns anzuwerben. Sie kommen und holen die Liste der Kinder, die es hier gibt, um an Weihnachten Spielsachen zu verteilen, zum Beispiel.
Wenn die Hilfe bedingungslos ist, so kommt es uns nicht darauf an, woher sie kommt.
Das Schlimmste ist, daß es mir Zeit wegnimmt für mein Geschäft. Ich fahre weiter mit den Puppen, aber jetzt mache ich sie aus Holz, und verkaufe sie in Chinesenrestaurants. Ich versuche, meine Puppen noch weiter zu verbessern. Regelmäßig verkaufe ich sie für so etwa 15 Soles täglich. Das reicht mir gerade so zum Leben."

Peter Bünzli/Mechtild Rössler

aus: José Matos Mar: Las Barriadas de Lima, 1977, 2 da edición: revisida y aumentada, Lima 1977, Kp. VII Biografias, S. 201 – 207

Die Kinderbanden von Manila

Kinder und Jugendliche stellen heute in den Metropolen der Dritten Welt mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Sie haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie die Erwachsenen. Auch sie müssen ihr Überleben in einer menschenfeindlichen Umgebung sichern. Dabei können sie kaum mit der Hilfe der Erwachsenen rechnen. Wo die Existenz eines Anderen die eigene gefährdet, bleibt jeder in erster Linie auf sich selbst gestellt. Da das Zusammensein mit Anderen aber einen gewissen Schutz verspricht, schließen sich Kinder und Jugendliche in den Elendsquartieren der ganzen Welt in Banden zusammen, um ihr Schicksal besser zu meistern – so auch in Manila.



Manila ist die Hauptstadt der Philippinen und liegt auf der Insel Luzon. Mehr als 8 Mio. Einwohner bevölkern diese Stadt, die sich wie ein riesiger Krake über die Lagunen entlang des Meeres erstreckt. Und wohl mehr als ein Drittel dieser acht Millionen lebt in Slums oder auf der Straße.
Die Straße ist der Lebensbereich der Armen. Sie nehmen sie vollkommen in Besitz – und das im strengen Sinne des Wortes, denn sie leben und sie sterben dort. Die Straße ist ihnen Markt, Arbeitsplatz, Bank und Obdach; hier trifft man sich, handelt, spielt und vergnügt sich – die Straße ist ihr „Heim".
Die Gehwege der Rizal Avenue oder anderer großer Straßen sind überfüllt von fliegenden, stationären oder wie die Soziologen sagen „semi-mobilen" Händlern. Sie arbeiten 12 bis 15 Stunden am Tag und handeln mit allem: mit Zeitungen, Zigaretten und gekochtem

ungeschältem Reis, mit Büstenhaltern, Ohrenreinigern, Amuletten und Lotterielosen. Die meisten arbeiten illegal und können wegen Störung der öffentlichen Wege verhaftet werden. Die Geldstrafe von 20 Pesos (1 Dollar = 7,75 Pesos) hat keinerlei abschreckende Wirkung. Aber sie ist verbunden mit einem Tag Haft. „Das Ärgerliche ist, daß man einen Arbeitstag verliert."

Andere verdienen ihr Geld als Geldverleiher. Sie vergeben Kredite von ihnen festgesetzten Verhältnis: „cinco – seis", d.h. für 5 verliehene Pesos verlangen sie 6 Pesos zurück. Sie stehen meist mit den fliegenden Wechslern in Verbindung. Das sind häufig junge Frauen, die sich an den von den Touristen besuchten Orten aufhalten und 10 Centavos am gewechselten Dollar verdienen.

Die „Könige" der Straße sind die Kinder. Sie kennen die Probleme der Erwachsenen, sie kennen die Labyrinte und die Kulissen der Straßen und vor allem: sie sind zahlreicher als die Erwachsenen.
Ricco geht seit zwei Jahren nicht mehr zur Schule. „Keine Zeit!", meint er, „man muß Geld verdienen und außerdem bringt es nichts". Was man ihm auf der Schule beibringt, hat kaum etwas mit dem Alltag der Kinder von Manila zu tun. Ricco lebt auf der Straße und schläft in den Parks und auf den Gehwegen. Sein Vater ist vor zwei Jahren verschwunden. Seine Mutter, die auf der Straße Zigaretten und Erdnüsse verkauft, lebt mit einem anderen Mann. Die meisten Kinder von Manila sind keine Waisen. Die Umgebung, das Elend der Familie und die Notwendigkeit, ein paar Pesos zu verdienen, zwingt sie mit 7 oder 8 Jahren auf die Straße. Damit beginnt ein Kommen und Gehen zwischen Schule, Familie, Straße und Erziehungsanstalt.
Ricco ist Mitglied einer Bande von Kindern im Alter von 11 bis 15 Jahren. Mit den anderen trifft er sich hauptsächlich nachts an den Schlafplätzen in den Parks oder auf den Gehwegen, wo mehrere Kinderbanden zusammenkommen, um sich so vor nächtlichen Überfällen zu schützen. Hier sitzen sie zusammen und schnüffeln Schusterleim oder rauchen Marihuana, das sie von einem Touristen bekommen haben. Tagsüber gehen sie ihren Beschäftigungen nach und verdienen einige Pesos durch Taschendiebstähle oder – Mädchen wie Jungen – durch Prostitution. Oder sie sammeln Abfälle auf „Tambaka", dem „rauchenden Berg"; das ist der gigantische Müllabladeplatz Manilas, der sich auf einer Fläche von 1 Quadratkilometer im Norden der Stadt erstreckt. Ungefähr 1,40 Pesos (1 $= 7,75 Pesos) bekommt man für den 50 kg-Sack verwertbarer Abfälle. Das Recycling ist monopolisiert. Es wird von einem Unternehmen gemacht, das dem Bruder des Stabschefs General Espino gehört. Es gibt unzählige solcher Jobs, mit denen man sich etwas Geld zum Überleben verdienen kann.
Es ist schwierig für ein in dieser Stadt auf sich selbst angewiesenes Kind, sich in ihr zurecht zu finden, ohne zu einer Bande zu gehören. Die Bande ist zugleich Schutz und Schule für das Leben auf der Straße.
Sie erlaubt das Funktionieren eines Systems der gegenseitigen Hilfe. Die Bewohner der Squattersiedlungen, wie z.B. Tondo, schätzen und schützen diese Gangs: „Sie schützen uns vor der Polizei und sind bei Konflikten die Richter". Denn für die Slumbewohner bedeuten Gesetz und Polizei eine ständige Bedrohung.
Es gibt in Manila mehrere große, kriminelle Organisationen, von denen die Kinderbanden abhängig sind: das Sigue-Sigue Kommando, OXO, die Sputniks und Bahala na Gang und Batang City Jail. Die Banden rekrutieren ihren Nachwuchs in den Parks und vor allem in den Gefängnissen und im „Youth Center", einer art Erziehungsanstalt im Zentrum von Manila.
„Verstehst du, man muß etwas Mutiges angestellt haben, damit die anderen Vertrauen zu einem bekommen", erklärt Ricco. Er selbst war wegen Diebstahl und Landstreicherei im Youth Center; dort ist er dann Mitglied der Bahala na Gang geworden.
Der Chef der Gang ist im allgemeinen der, der die meiste Erfahrung auf der Straße hat und deshalb die anderen „unterrichten" kann. Er hat außerdem Kontakt zur Polizei und kann Verhandlungen führen,



um z.B. für verhaftete Gruppenmitglieder etwas zu erreichen. Im Austausch für seinen Schutz erhebt er einen „Zehnten" von den Einnahmen jedes Gruppenmitgliedes. Die auf Kraft und Gewalt gründende Stellungs des Chefs hängt von den persönlichen Beziehungen innerhalb der Gang ab und kann jederzeit in Frage gestellt werden.
Es ist schwierig, dieses System der Kinderbanden und Gangs zu beurteilen, das einerseits den Menschen es erleichtert, in einer unmenschlichen Situation zu überleben, auf der anderen Seite aber dieselben oft vergewaltigt und terrorisiert. Das Leben auf der Straße schafft sich seine eigenen Maßstäbe. Maßstäbe, die wenig mit unseren westlichen zu tun haben.

ab

Anmerkung:
Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung eines Artikels von Philippe Pons, erschienen am 19.4.1981 in Le Monde Dimanche.

Ciudad Guayana: Wirtschaftswachstum vor Sozialpolitik?

Was geschieht, wenn eine Regierung beschließt, Entwicklung durch eine Stadtgründung in eine bis dahin unerschlossene Region zu tragen? Wenn diese Regierung durch Erdöl obendrein reich genug ist, sich prominenten Sachverstand zur Planung und Durchführung eines solch ehrgeizigen Projektes „einzukaufen"? Welche Art Programme werden entworfen, welche Faktoren hemmen oder fördern den solcherart initiierten Prozeß der Entwicklung?
Eine Möglichkeit dieser Art ist sicherlich ungezählte Male erwogen und diskutiert worden. Noch interessanter und faszinierender ist es sicher, einen aktuellen, realen Fall zu betrachten und zu überprüfen – wie den der Stadt oder spanisch „Ciudad" Guayana in der Ostregion Venezuelas.

Die Hintergründe

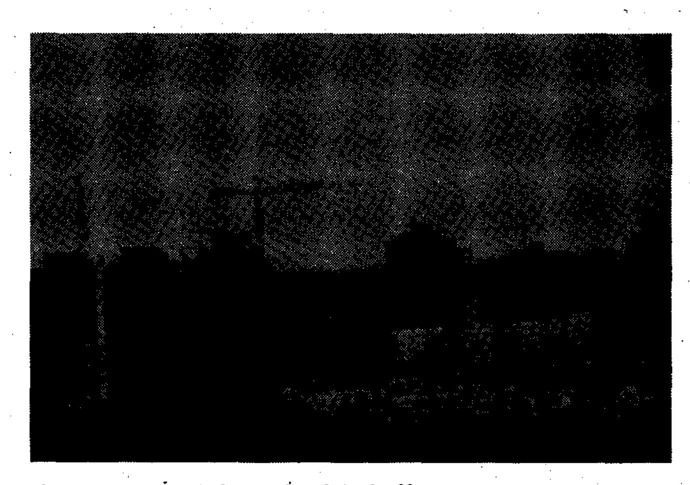
Seit dem Beginn des Erdölbooms in den zwanziger Jahren hat Venezuela einen ungewöhnlich rapiden Transformationsprozeß durchlaufen. Anfang der dreißiger Jahre lebten noch 73 % der Bevölkerung auf dem Lande, 27 % in Städten mit über 20 000 Einwohnern. Venezuela war Agrarexportland. Schon 1976 ist das alte Verhältnis der Bevölkerungsverteilung auf den Kopf gestellt – 73 % leben in den Städten, nur noch 23 % in Landgebieten. Von den 1981 geschätzten 16 Mio. Menschen in Venezuela sollen ca. 80 % in Orten über 5000 Einwohnern leben. Begünstigt durch Akkumulation und Redistribution der Erdölgewinne wird die Verbindung zwischen der Hauptstadt Caracas und dem Erdölförderungszentrum Maracaibo „verstädtert".

Die Ausgangsbedingungen

Nach der Ablösung der Diktatur Peres Kimenez' 1958 erklärt die demokratische Regierung Romulo Betancourts, erstens die Abhängigkeit vom Erdölexport abbauen, zweitens die Wirtschaftsentwicklung durch nationalisierte Erdölgewinne diversifizieren und drittens unerschlossene Gebiete zur Entlastung der Metropole Caracas fördern zu wollen. Keine Region schien günstiger zur Einlösung dieses Versprechens als Guayana, von deren Schätzen schon Sir Walter Raleigh und Alexander von Humboldt schwärmten. „Startkapital waren reichhaltige Eisenerzlager im Tagbau, Bauxit und Kaolin, Goldvorkommen und Diamanten (hier liegt die Stadt El Dorado), Titanium, Erdgas und Erdöl, riesige Flächen für Land- und Forstwirtschaft, dazu ein Wasserkraftpotential von ca. 1000 Megawatt und der Schiffahrtsweg des Orinoco zum Atlantik. Da dieser Landesteil nur sehr dünn besiedelt war, konnten die Stadtplaner mit ihrer Planung gleichsam beim Nullpunkt beginnen. Ciudad Guayana sollte das Zentrum der Region Guayana sein, die etwa ein Viertel der 916.050 qkm umfassenden Fläche Venezuelas einnimmt. Für die Stadt- und Regionalplanung Guayanas wurde das „Joint Center for Urban Studies" (Zentrum für Stadtforschung) der Universität Harvard und das Massachusetts Institute of Technology (beide Boston, USA) gewonnen. (1)

Stadtgründung als Instrument der Regionalplanung

Mit dem Dekret 430 vom 29. Dezember 1960 schuf Präsident Betancourt die CVG (Corporacion Venezolana de Guayana) eine Art Entwicklungsgesellschaft, wie sie als schlagkräftiges Instrument zum „management" städtischer und regionaler Entwicklung von Theoretikern und Praktikern der Planung seit langem und immer wieder gefordert wurde. (2)
Die eigentliche Stadtgründung „Santo Tomé de Guayana" – einfach Ciudad Guayana genannt – erfolgte im Juli 1961. Auftrag der CVG war es, die integrierte Entwicklung der Region Guayana, gemäß den Vorgaben des nationalen Entwicklungsplans wirtschaftlich und sozial voranzutreiben. Das wurde in einem siebenteiligen Planungs- und Gesetzeswerk festgelegt, womit die CVG zur allmächtigen Verwaltungs- und Planungsinstitution für Guayana gemacht wurde. Dem ersten Präsidenten der CVG, General Rafael Alfonzo Ravard, schwebte ein „Modell der Transformation von der traditionellen zur industriellen Gesellschaft" vor. Ein Modell, das die entwicklungspolitischen Überlegungen US-amerikanischer Soziologen und Planer widerspiegelte, wie z.B. das Wachstumspolkonzept (s. Kasten).



Strategien zur Arbeitsplatzbeschaffung

Venezuela hat zwar das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas (1974: 1244 US-Dollar im Jahr), doch das Volkseinkommen ist tatsächlich höchst ungleich verteilt (und auch das macht Venezuela zum Entwicklungsland): nur 7,9 % des Volkseinkommens entfallen auf die ärmsten 40 % der Bevölkerung. Massive Kapitalinvestitionen sollten durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze diese ungleiche Verteilung verändern. 440 Millionen US-Dollar wurden im 4. Entwicklungsplan Venezuelas für den Bau des damals weltgrößten Stahl- und Walzwerkes SIDOR ausgewiesen (3, 4). 1972 hatte SIDOR 110 Mio. US-Dollar Umsatz bei 6000 Beschäftigten. Dieser Entwicklung war die Enteignung zweier US-Konzerne in Bergbau und Verhüttung vorausgegangen. Zusätzlich wurden zwei neue Aluminiumwerke gebaut: ALCASA mit 120.000 t und VENALUM mit 280.000 t Jahreskapazität. 1965 - 68 wurden von den gesamten öffentlichen Investitionen Venezuelas jeweils

Das Wachstumspolkonzept

Das Wachstumspolkonzept, so wie es in der europäischen und nordamerikanischen Regionalwissenschaft in den 50er und 60er Jahren entwickelt worden ist, besagt, kurz zusammengefaßt, etwa folgendes: Empirische Beobachtungen des Verlaufs von Industrialisierungsprozessen zeigen, daß wirtschaftliches Wachstum nicht gleichmäßig alle Regionen und Gebiete eines Landes erfaßt. Vielmehr gibt es „dynamische Industrien", die an ganz bestimmten Standorten (in der Regel in den Großstädten) zusammengeballt sind. Auf diese Standorte konzentriert sich zunächst das wirtschaftliche Wachstum. Ein regionaler Ausgleich zwischen den industriellen Zentren und ihrem Hinterland stellt sich erst allmählich ein. Nach und nach gehen „Ausbreitungseffekte" von den Zentren in ihr Hinterland aus, die wirtschaftliches Wachstum auch in diesen vorher zurückgebliebenen Teilregionen einleiten.
Aus dieser sehr deskriptiven Theorie werden nun folgende Schlußfolgerungen für Regionalpolitik gezogen.
Wenn eine Region unterentwickelt ist, so besteht ihr Hauptproblem darin, daß es in ihr bisher keinen dynamischen Wachstumspol gibt. Raumordnung muß also nach Möglichkeit, da wo die Marktkräfte dazu nicht in der Lage sind, durch Schaffung eines Wachstumspols der Region die Impulse geben, die sie braucht, um sich später eigenständig weiterzuentwickeln.
Die Investitionen des Staates werden bewußt auf Wachstumspole konzentriert. Vorübergehend wird ein räumliches Ungleichgewicht in Kauf genommen, und man hofft, damit langfristig wirtschaftliches Wachstum im ganzen Land einzuleiten.
Nach der ersten Erwähnung in der Fachliteratur ließ die Rezeption des Wachstumspolkonzeptes in der Planungspraxis der 3. Welt nicht lange auf sich warten. Schon bald war das Schlagwort „growth pole" aus dem Jargon der Planerzunft nicht mehr wegzudenken. Das muß nicht weiter verwundern, denn die Planer der 3. Welt stehen mit ihrer Entdeckung des Wachstumspolkonzeptes nicht allein da; in ihrer Vorliebe für Polarisationsmodelle sind sie sich einig mit der herrschenden Regionalplanung in den meisten westlichen Ländern.
Freilich ist der Siegeszug des Wachstumspol-Konzeptes wohl kaum Resultat seiner theoretischen Klarheit oder gar seiner empirisch erwiesenen Praxiseignung. Die Beliebtheit der Theorie steht in auffälligem Gegensatz zu empirischen Überprüfungen über die tatsächlichen Auswirkungen des Wachstumspols auf sein Umland. Untersuchungen aus unterschiedlichen Teilen der Welt legen den Schluß nahe, daß vom Wachstumspol ausstrahlende Ausbreitungseffekte eher in der Theorie als in der Wirklichkeit existieren.

Einhard Schmidt



10 % im Jahr für den Ausbau Guayanas bereitgestellt. Dieser Betrag teilte sich wie folgt auf: über 25 % der gesamten Investitionen wurden für neue Industrien bereitgestellt, 10 % zur Entwicklung der Ressourcen, 5 % für Wohnungsbau und städtische Infrastruktur – das alles für nur 4 % der Gesamtbevölkerung Venezuelas.
Der Bau des Staudamms „Raul Leoni" am Caroni-Fluß (auch „Guri-Staudamm genannt) mit einer Kapazität von 9.490 Megawatt sollte die Energieerzeugung für die Aluminium- und Stahlerzeugung sicherstellen. Dieser Staudamm gehört ebenso wie das von ihm versorgte Stahlwerk zu den größten der Welt. Zumindest während der Bauzeit wurden dadurch Arbeitsplätze geschaffen. Diese neuen Industrien entsprachen den damals höchsten technischen Standards und wurden mit Hilfe westlicher Fachkräfte aufgebaut; damit waren sie zugleich in einem hohen Ausmaß automatisiert: Venezolaner fanden deshalb fast keinen Zugang in ihr Management; Venezolaner stellten weniger als ein Fünftel der Techniker; lediglich die Hilfskräfte mußten kraft gesetzlicher Auflagen zur Hälfte Venezolaner sein. Zuwanderer zum „Wachstumspol" Guayana fanden deshalb außerhalb des Bausektors kaum Arbeit und auch keine Bildungseinrichtungen, die ihnen die geforderten Qualifikationen vermittelt hätten. (5) Die Ansiedlung leichter und verarbeitender Industrie, die zusätzlich Arbeitsplätze hätte zur Verfügung stellen sollen, kam nur zögernd voran.

Stadtplanung und Stadtentwicklung

Um die industrielle Entwicklung Ciudad Guayanas und die Wohnsituation einheimischer Arbeitskräfte kontrollieren zu können, hatte sich die CVG von Anfang an zum größten Grundbesitzer gemacht. Sie hoffte, durch diese Strategie sowohl Bodenspekulationen, unkontrollierte Industrieansiedlungen wie auch die Entstehung von Slums verhindern zu können. Anstelle des erhofften starken Industriezuzugs kam nur ein zögerndes Interesse an dem neuen Standort Ciudad Guayana zustande. Um das Interesse am Standort Ciudad Guayana zu verstärken, verkaufte deshalb die CVG rasch ihren Grundbesitz zu billigen Preisen. Ähnlich wie die Industrieansiedlung verlief der Zuzug der einheimischen Arbeitskräfte; anstelle von Venezolanern kamen ausländische Fachkräfte, deren Wohncontainer den Orinoco-Strom hinaufgeschleppt und in Wohncamps zusammengestellt wurden. Bei den zugezogenen Venezolanern hingegen handelte es sich um relativ unqualifizierte Arbeiter, die nur im Bausektor oder in dem sich rasch entwickelnden „informellen Sektor" der entstehenden Stadt unterkamen. Das Ergebnis war dann, daß die Gesamtzahl der Bewohner Ciudad Guayanas 1980 mit 280.000 Einwohnern um 220.000 hinter den projektierten Zahlen zurückblieb, und daß diese Einwohner nicht in dem infrastrukturell erschlossenen, für Facharbeiter vorgesehenenund teuren Bereich von Puerto Ordaz siedelten, sondern in dem auf der anderen Flußseite gelegenen alten Fischerdorf San Felix. Während das Indu-

striegebiet Matanzas und die Arbeitersiedlung Puerto Ordaz, die „linear" zusammengeführt werden sollten und in den Plänen als „controlled" ausgewiesen wurden, infrastrukturell überversorgt, aber unterbewohnt waren, entstand auf der anderen Flußseite, die als „semi-controlled" ausgewiesen war, das genaue Gegenteil: ein äußerst dicht besiedelter, kaum mit den wichtigsten infrastrukturellen Einrichtungen versehener Slum.

Strategien für Wohnung, Gesundheit und Bildung

Die CVG verkaufte ihren Grund und baute die Infrastruktur in Matanzas und Puerto Ordaz nur teilweise aus. Weitere Maßnahmen im Bereich des Wohnbaus traf sie nicht. Gleiches gilt auch für ihr Engagement im Bereich der Bildung und der Gesundheit. Sie verwies in Konfliktfällen auf die 600 km entfernten Fachministerien. Anfänglich blieb die medizinische Betreuung den ausländischen Investoren überlassen. 1974 traten dann bereits Seuchen in den Elendsgebieten von San Felix auf.
So kann es auch nicht überraschen, daß Bildung und Wohnungsbau mit 5,7 % und 5,2 % an fünfter und sechster Stelle im Haushaltsplan der CVG aufgeführt wurden. (6, 7).

Regionalplanung und Regionalentwicklung

Die Bevölkerung der ohnehin dünn besiedelten Region – insbesondere die wirtschaftlich aktive – wanderte in das Industriezentrum Ciudad Guayana ab. Die Folge war, daß 1980 51 % der Gesamtbevölkerung Guayanas in Ciudad Guayana lebten.
Das nahegelegene Anbaugebiet um Tucupita konnte nicht das landwirtschaftliche Versorgungszentrum Ciudad Guayanas werden. Ciudad Guayana wurde „Importenklave" und die Lebenshaltungskosten stiegen über den Landesdurchschnitt. Die Versorgungslage der Stadt ist schlecht. Es treten Versorgungslücken auf, und Grundnahrungsmittel, die eigentlich das Umland erzeugen sollte, müssen von außerhalb importiert werden.
Ciudad Bolivar sollte das Verwaltungszentrum der Region bleiben, fiel aber an Bedeutung hinter dem neugeschaffenen Ciudad Guayana zurück. Investitionen im Infrastrukturbereich wurden in erster Linie unter dem Gesichtspunkt industriellen Wachstums unternommen, ohne dabei die sozialen Folgekosten zu berücksichtigen.

Zwischen ungelösten alten und unbekannten neuen Problemen

Die CVG hat sich an die Empfehlungen der venezolanischen Zentralbank gehalten und stand 1978 an zweiter Stelle der Wirtschaftsunternehmen hinter dem Erdölkonzern PETROVEN.
Innerstädtisch und regional sind ungeahnte Ungleichgewichte entstanden: die Verteilung des Einkommens und der Haushaltsausgaben zwischen San Felix und Puerto Ordaz betrug 1980 ca. 25 : 75 bei umgekehrten Bevölkerungsverhältnissen. Das Verhältnis zwischen der Region und Ciudad Guayana betrug 15 : 85 . Der Beitrag, den die Stadt Guayana zur Lösung nationaler Probleme leisten sollte, wie die „Ablösung der Abhängigkeit vom Erdölexport", die „Diversifizierung der Industrieentwicklung" und die „Entlastung der Metropole" wurde allenfalls in Ansätzen geleistet. Die industrielle Entwicklung Ciudad Guayanas ist bei weitgehender Ausklammerung des sozialen Bereichs vorangetrieben worden. Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung sind nicht im gleichen Ausmaß abgelaufen. Am deutlichsten zeigt sich das an den Verhältnissen in Ciudad Guayana selbst. Die Versorgung mit Einrichtungen für Bildung und Gesundheit ist in Ciudad Guayana zwar besser als in den benachbarten ländlichen Gebieten, aber in dem geplanten Puerto Ordaz wiederum weit besser als in dem ungeplanten San Felix. Während Tausende öffentlich geförderter Apartement-Wohnungen leer stehen, leben annähernd 100.000 von ca. 330.000 Einwohnern in „ranchos", provisorischen Unterkünften. Die tatsächliche Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze ist hinter den projektierten weit zurückgeblieben: 15 – 18 % der Erwerbsfähigen gelten als arbeitslos, davon leben 4/5 im ohnehin benachteiligten San Felix. Ein informeller, also ungeplanter Sektor entstand vor allem in den Rancho-Gebieten, die ebenfalls nicht geplant waren. Hier arbeiten hauptsächlich Handwerker, wohnen Taxifahrer und entstehen Märkte wie etwa in der Rancho-Siedlung Colinas de Unare. Dieser Markt ist auf einem ursprünglich als Erholungspark gedachten Gelände in Puerto Ordaz wild entstanden.
Informeller Sektor und Slums sind nicht bloß Provisorien in einer besonders schwierigen Verstädterungsphase, sondern werden diese nach Plan geschaffene Stadt auf Dauer prägen. Das macht das Beispiel der Ciudad Guayana auf tragische Weise so lehrreich. Denn auch dieser Versuch geplanter und gesteuerter Verstädterung erzeugt, unter Bedingungen krasser ungleicher Einkommensverteilung und der Abhängigkeit von westlichen Technologieimporten, wieder jene Züge, die die ungesteuerte Verstädterung der armen Welt gewöhnlich kennzeichnen.

Bernd D. Ciecior



Abkürzungen:

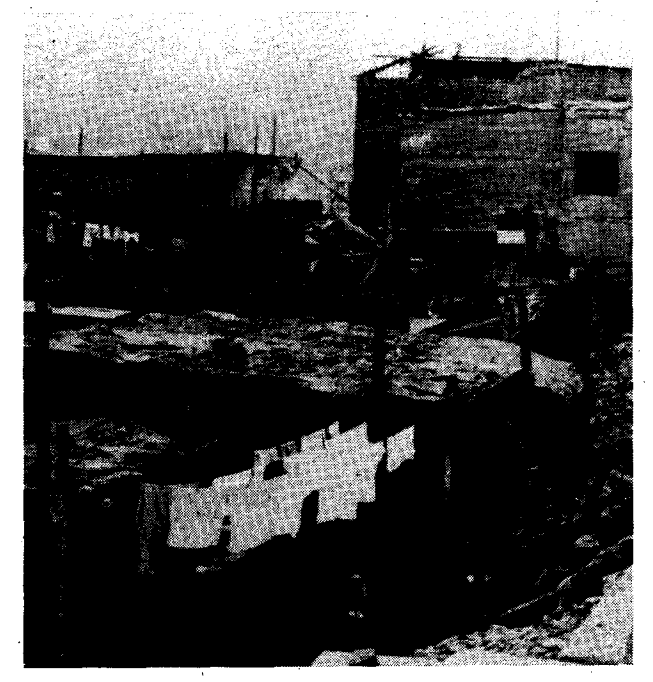
SIDOR	Siderurgica del Orinoco – Staatliche Eisenverhüttungsgesellschaft Venezuelas
ALCASA	Aluminium del Caroni S.A. – Staatliche Aluminium-Verarbeitungsgesellschaft (Der Caroni ist einer der Nebenflüsse des Orinoco)
VENALUM	Venezuela Aluminium – Staatliche, Aluminium verarbeitende Industriegesellschaft
PETROVEN	Petroleros de Venezuela – Staatliche Erdölfördergungsgesellschaft Venezuelas

Literaturangaben:

1) Rodwin, Lloyd: Planning Regional Growth New York 1973, S. 12
2) ders., S. 40 ff.
3) Eßer, Klaus: Entwicklung durch Erdöl? Berlin 1975 (ohne Seitenangabe)
4) Rosser, Colin: Urbanization in Venezuela, New York 1969, S. 31 ff.
5) Ugalde, Luis, La razon de las sinrazones in: SIC, Juli 1979 (Caracas), S. 13 - 18
6) Schidnler, E., Bernhard, M.: Dorfentwicklung El Manteco (Guayana) Stuttgart (Universität) 1980, S. 71 ff.
7) Ciecior, Bernd D.: Desarrollo urbano versus desarrollo rural Stuttgart (Universität) 1979, S. 15 ff.

ferner: „Lernen von den Ranchos" in: Stadtbauwelt 70/Bauwelt 24, 26. Juni 1981, S. 176-177.

Selbsthilfe im Wohnungsbau: Das Konzept von Turner



Eines der größten politischen Probleme der Städte der Dritten Welt ist die Zunahme von Slums und Squattersiedlungen, in denen sich teilweise schon über 50 % der gesamten Stadtbevölkerung konzentrieren. Da alle bisherigen Maßnahmen, wie staatlicher Wohnungsbau oder selbst die gewaltsame Räumung illegal besetzter Gebiete, keinen Erfolg brachten, mußten neue Wege zur Lösung des Wohnungsproblems gefunden werden. In dieser Situation nun trat das in der Diskussion (und 1976 auf der United Nations HABITAT-Konferenz offiziell) anerkannte Konzept der Selbsthilfe immer mehr in den Vordergrund. Im Gegensatz zu staatlichen Wohnungsbaumaßnahmen, die stark von Großtechnologien und hohem Energieaufwand abhängig sind, soll nunmehr auf kleine Technologie und die Einsatzbereitschaft der betroffenen Bevölkerung gesetzt werden. Durch die Einbeziehung der Slumbewohner und der Squatter sollen die wesentlich billigeren örtlichen Ressourcen sowie Baumaterialien (z.B. Lehm) und die vorhandene Arbeitskraft zum Einsatz kommen. Bau und Verwaltung der Wohnungen soll durch die Bewohner selbst bestimmt werden können, wobei diese Selbstbestimmung aber nicht im Sinne einer absoluten Autonomie gemeint ist, denn auch weiterhin wird die Abhängigkeit vom Zugang zu gewissen Ressourcen, wie Boden, Kapital, Materialien und Technologie bestehen. Da die Verfügung über diese Ressourcen in den Händen der zentralen Autorität liegt, muß sie den Menschen helfen, sich selbst zu helfen: etwa durch Garantien zum Zugang zu Boden oder durch Kreditvergabe.
Im wesentlichen sollen dann drei Prinzipien die Selbsthilfe im Wohnungsbau bestimmen.

Das Prinzip der Selbstverwaltung

Von entscheidender Bedeutung für die Bestimmung eines Wohnkonzepts ist die Tatsache, daß die Art des Wohnens für die Menschen einen hohen Stellenwert hat. Davon ausgehend gelangt Turner zu einem Selbstverwaltungskonzept. Nur damit können nach seiner Auffassung die Differenzierungen der Wohnweise erreicht werden, die die Voraussetzung für eine Befriedigung der Bedürfnisse der jeweiligen Bewohner und damit für deren Bereitschaft sind, sich selbst zu engagieren und ihre eigenen Fähigkeiten einzusetzen.

Das Prinzip angemessener Technologien des Häuserbaus

Die Standardisierung und Massenproduktion von Häusern ist sowohl unwirtschaftlich als auch sozial und ökologisch schädlich, wohingegen ein selbstverwaltetes Wohnungswesen auch wesentlich billiger Wohnungen erstellen kann. Dieser Kostenvorteil rührt aber nicht ausschließlich von dem Faktor Eigenarbeit, sondern vielmehr von der Verwendung von flexiblen und wenig Energie beanspruchenden sowie langlebigen Technologien und der gegenseitigen Selbsthilfe her.
Zudem werden für große Bauprojekte teure, schwere Technologien benötigt, die meist nur im Besitz von außer-örtlichen Firmen sind, während örtliche Firmen eher mit leichten und billigen Technologien arbeiten. In diesem Rahmen wird eine wesentlich bessere Wirtschaftlichkeit durch den Einsatz der persönlichen und örtlichen Ressourcen erzielt.

Das Prinzip der Einschränkung der Planungsvorgaben beim Häuserbau

Um ein zufriedenstellendes Wohnungsbauwesen zu erreichen, müssen die Menschen selbst die letzte Autorität über das Wohnen haben. Heute üblich ist ein exekutives System, bei dem oft eine ganze Trabantenstadt bis in das kleinste Detail geplant wird und den zukünftigen Bewohnern überhaupt keine Mitbestimmung eingeräumt wird.
Besser wäre eine Rahmenplanung, die umreißt, was die Menschen tun können, anstatt genaue Handlungsrichtlinien vorzuschreiben. So würde es z.B. genügen, die Fläche der Grundstücke, die Höhe der Mieten oder ganz grobe Baustandards vorzugeben und den Rest der Ausführung der Findigkeit der Menschen zu überlassen.

Die Praxis der Mitbestimmung

Wie stellt sich Turner die Praxis des mitbestimmten Wohnungsbaus vor? Nun, es ergeben sich drei Problemkreise der Wohnungsbaupolitik: Zum einen die Planung wirksamer Strategien, verbunden mit der Frage, wie die vorhandenen Ressourcen am besten genutzt werden können. Dazu ist nach Turner vor allem eines nötig, nämlich die Abstimmung der Aktionen der Betroffenen und der Autoritäten. So wird erst einmal ein Rahmen für praktische Politik geschaffen.
Darüber hinaus müssen die drei Aktionsebenen (Stadtteil, Stadt und Zentrale) koordiniert und auf mögliche Formen der Beteiligung untersucht werden. Außerdem müssen die praktischen Instrumente der Politik untersucht werden: Das Management und die Technologie. Die beiden sind natürlich mannig-

faltig miteinander verflochten, so benötigt z.B. eine komplexe Technologie ein ebensolches Management, aber nicht umgekehrt, wie die Pharaonen zu ihrer Zeit mit dem Pyramidenbau bewiesen haben. Gerade hier liegt die Chance für die Dritte Welt, wenn man wie Turner der Meinung ist, daß Management und Technologie Funktionen der Wirtschaftlichkeit sind und sich diese eben eher durch Findigkeit als durch herkömmliche Produktivität erzielen läßt. Knappe und teure Ressourcen werden geschont und wesentlich billigere örtliche Materialien und persönliche Arbeitskraft sinnvoll kombiniert. Ein realistisches Ziel der Politik wäre dann die Neuformulierung der Ziele der Politik in Begriffen, die diese richtige Anpassung von Menschen an ihre Umgebung umschreiben. Wirkliche Erfolge können sich aber nur dann einstellen, wenn auch das Bodenrecht neu überdacht wird.[2]
Schließlich soll noch auf die Frage der Beteiligung der Menschen im Wohnungswesen näher eingegangen werden. Turner benennt als wirksamste Formen der Beteiligung die folgenden:

1) Die Beteiligung der Zentralbehörden an der Entwicklung des örtlichen Wohnungsbaus durch Maßnahmen, die die persönlichen und anderen am Ort vorhandenen Ressourcen sicherstellen.
2) Die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an der Verplanung der Ressourcen und der Planung der Infrastruktur durch die Zentralbehörden.[3]

Selbsthilfe besteht hier also nicht nur in der praktischen Durchführung des Wohnungsbaus. Viel wichtiger ist die Beteiligung an der Planung und dem Management.

Vier konkrete Vorschläge

Diese folgenden vier Vorschläge sind Turner's Beitrag zu einer Umorientierung im Wohnungswesen. Er fordert:

1) ein internationales Kommunikationsnetz, daß die bisher lockeren Verbindungen der einzelnen Selbsthilfeaktivitäten intensiviert, gleichzeitig aber verhindert, daß diese von den Autoritäten einseitig ausgebeutet werden.
2) eine Reihe miteinander verbundener Zentren, in denen Fallmaterialien gesammelt, registriert und jenen zur Verfügung gestellt werden, die mit diesen Materialien arbeiten wollen.
3) ein Umdenken in der Architektur und in der Behandlung der Umwelt und zwar in Richtung vieler kleiner Gruppen und Organisationen, die über das internationale Kommunikationsnetz in Kontakt treten.
4) ein Programm, das allgemein anerkannte Leitlinien für die rechtliche Form von Selbstverwaltungen schafft.[4]

Soweit also das theoretische Konzept von Turner, mit dem er auf besagter Habitat-Konferenz so viel Erfolg hatte. Seit dieser Zeit,bzw. schon seit etwa 10 Jahren sind in nahezu allen Ländern der Dritten Welt folgende wohnungsbaupolitische Strategien in Anwendung.

Squatter-Upgrading

Dies bezieht sich hauptsächlich auf technische Verbesserungen in den Squatter Gebieten. So werden etwa die Abwasserbeseitigung, die Frischwasserversorgung, das Stromnetz und andere infrastrukturelle Einrichtungen verbessert bzw. aufgebaut. Dafür werden etwa 10 % der Fläche benötigt, das bedeutet, daß ein Teil der dort wohnenden Menschen, in andere Projekte umgesiedelt werden muß.
Beim Squatter Upgrading werden keine dauerhften Techtstitel, sondern nur zeitlich begrenzte Nutzungsrechte gewährt, die oftmals nicht übertragbar sind. Ein weiteres Manko des bisher durchgeführten Upgrading ist, daß es von den Bewohnern selbst finanziell getragen werden muß.

Site-and-Service

Dies ist das eigentliche Konzept, wie es Turner vorgeschlagen hat. Es werden Grundstücke fertig erschlossen, die dann gegen Pacht oder eine Kaufmiete übergeben werden. Jeder kann sich dann sein Haus nach seinen individuellen Bedürfnissen und Finanzen bauen. Dieses Konzept wurde bislang am häufigsten praktiziert und hat sicherlich einige Not gelindert. Bedingt durch die hohen Bodenkosten in der Stadt, können jedoch billige Grundstücke nur in einiger Entfernung zur Stadt (bis zu 40 km) erschlossen werden. Die Ersparnisse des billigen Wohnens wurden durch die hohen Transportkosten wieder aufgehoben, viele der Bewohner zogen wieder in die stadtnahen Slums zurück.

Das genossenschaftliche Bauen

... gab es schon in den Squatter-Siedlungen, wenn auch nicht in so organisierter Form, wie man sich es bei uns unter diesem Begriff vorstellen würde. Das Genossenschaftsmodell, das ja gerade Produzenten und Konsumenten mit wenig Kapital zusammenbringen soll, scheitert in der Dritten Welt einfach daran, daß selbst die geringen Kapitalbeträge für die Armen und Ärmsten der Städte nicht aufzubringen sind.

Verminderte Baustandards

Um den Menschen das Bauen zu erleichtern, sollen die baupolizeilichen Bestimmungen herabgesetzt werden. So können etwa Lehmziegel statt gebrannter Ziegel verwendet werden. Der betreffende Stadtteil erhält vielleicht keine Straßenbeleuchtung oder jedes vierte Haus nur einen Wasseranschluß, etc. So plausibel dies auf den ersten Blick hin zu sein scheint, hat es doch für die Squatter wenig gebracht, da sie sich sowieso nie an die bestehenden, für sie zu teuren, Baustandards gehalten haben.
Der einzige Effekt dieser Maßnahme war, daß diejenigen Bewohner solcher Gebiete, die sich bereits ein Haus gebaut hatten, nun eben dieses billiger ausbauen konnten, z.B. durch den Anbau eines Stockwerks. Für die Besitzlosen änderte diese Maßnahme nichts. Als Fazit bleibt zu sagen, daß keines dieser Konzepte bislang wirklich erfolgreich war, trotz der positiven Ansätze, wie sie beispielsweise das Site-and-Service Projekt in sich birgt. Woran das liegen mag wird vielleicht in der allgemeinen Kritik an Turner's Thesen deutlich.

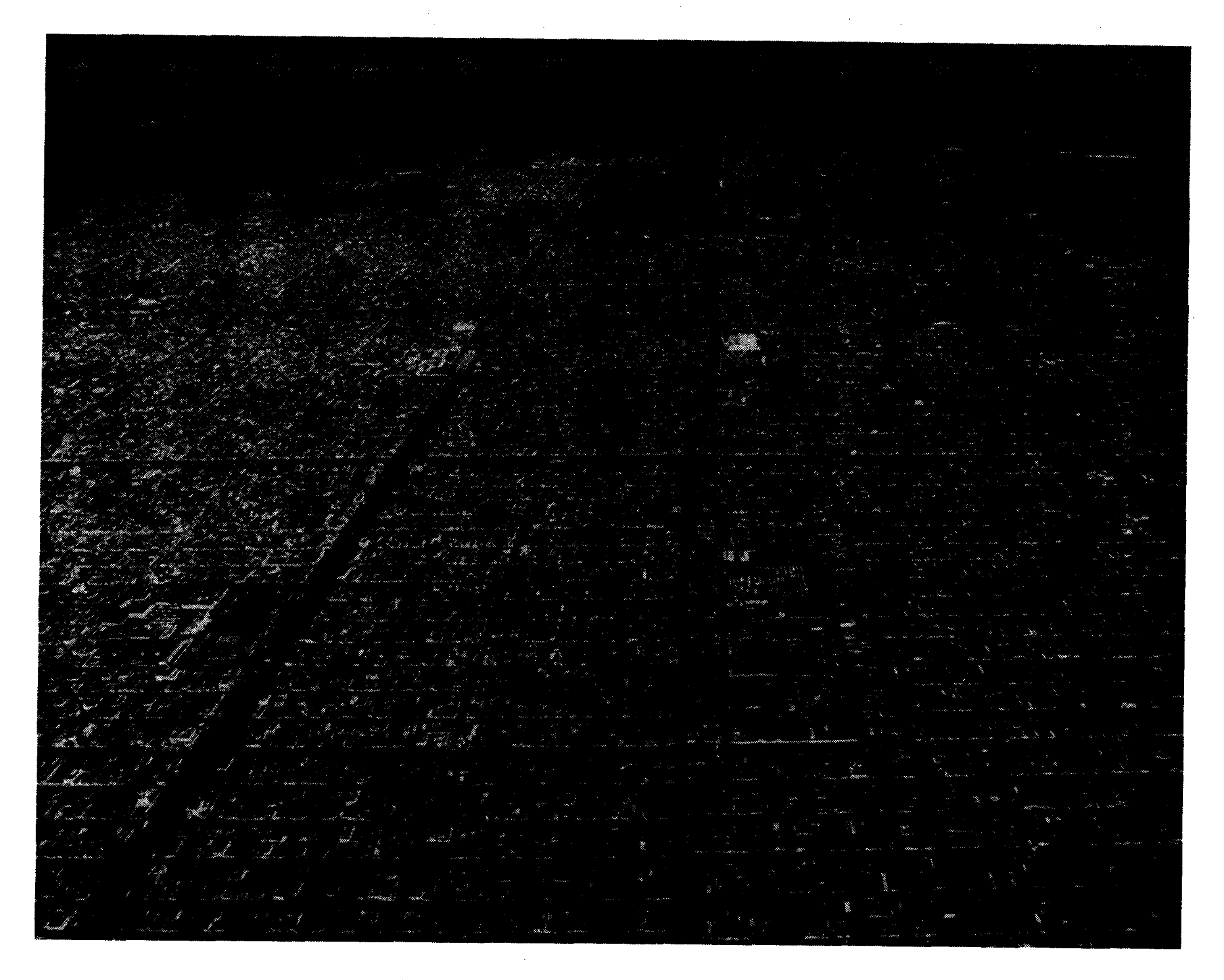
Kritik an Turner

Für sich betrachtet zeigt Turner's Konzept viele ausgezeichnete Ansätze und Denkanstöße. Mit etwas Phantasie könnte man sich vorstellen, daß es ein gewichtiger Beitrag zur Lösung des Wohnungsbauproblems in der Dritten Welt ist. Ein Hauptproblem jedoch ist, daß das Konzept unter den bestehenden politischen Bedingungen in vielen Ländern der Dritten Welt nur halbherzig in der Praxis verwirklicht wird. Turner spricht zwar den Gedanken einmal aus, daß das bestehende Bodenrecht reformiert werden muß, zieht aber keine Konsequenzen daraus. Aber es ist ja gerade dieses Bodenrecht, das einerseits die Squatter zur illegalen Inbesitznahme von Land zwingt, auf das aber andererseits der Staat nicht verzichten wird, weil er die Squatter politisch in Schach halten möchte.
Ob das Problem, allein durch die Macht der Squatter, d.h. durch ihre ständig wachsende Anzahl, zu lösen ist, ist fraglich. Eher werden die Autoritäten mit noch schärferen Mitteln zur Unterdrückung dieser Bewegungen reagieren.
Bereits auf der finanziellen Ebene beginnt die Diskriminierung: So werden z.B. die Kosten des Upgrading auf die Squatter umgelegt. Ebenso müssen die Kosten der Site-and-Service Projekte von den Siedlern getragen werden. Das bedeutet, daß letztendlich nur die „Reichen" unter den Armen in den Genuß dieser Projekte kommen.
Unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß die Bewohner auf lange Sicht aus diesen Gebieten wegen der ständig steigenden Bodenpreise wieder vertrieben werden, werden durch diese Projekte die Infrastruktur für die nächste, wohlhabendere Siedlerschicht bereitgestellt.
Und es ist fast überflüssig zu sagen, daß alle diese „Selbsthilfeprojekte" bisher unter der strengen politischen Kontrolle der Autoritäten verwirklicht wurden und zwar zu den Bedingungen, die von diesen diktiert wurden.

Literaturhinweise:

1) J. Turner: Verelendung durch Architektur, London 1976
2) ders., S. 94 ff.
3) ders. S. 124
4) ders. S. 128 ff.

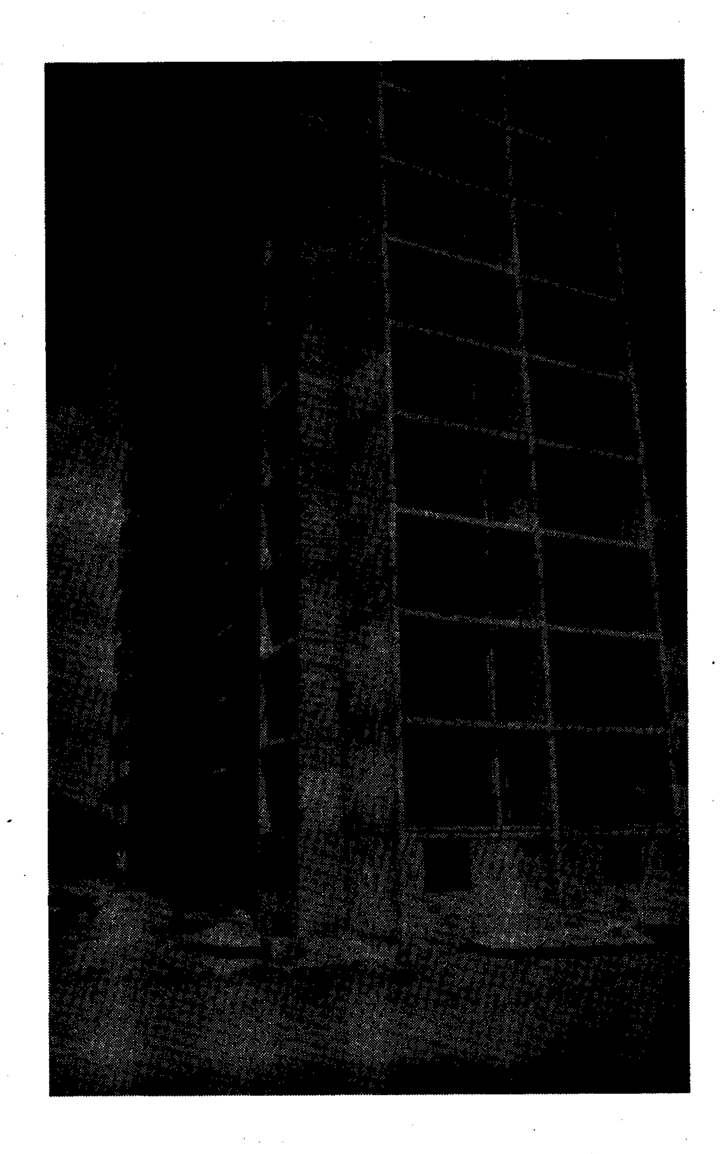
Lothar Kuntze



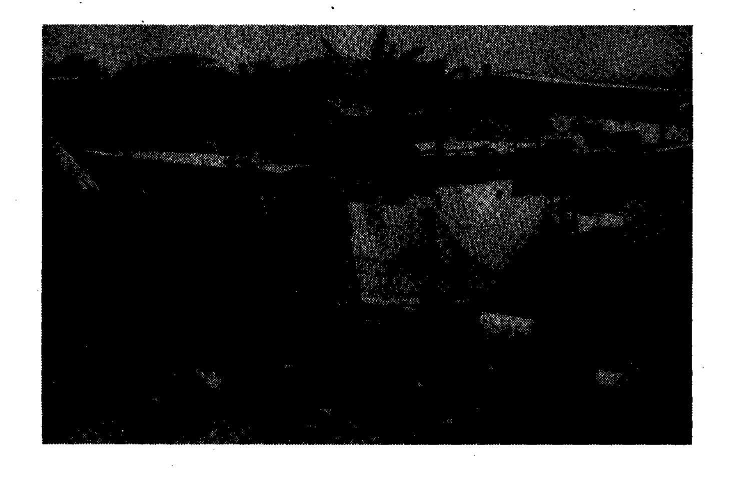
Von den 15 Millionen Einwohnern Mexico City's leben 3 Millionen in dem schachbrettartig erbauten Slum von Netzahualcoyotl.

Wohnungspolitik für die städtischen Armen

Die technokratische Behandlung eines sozial-politischen Problems



Ein soziales Problem fordert politische Antworten
Seit einigen Jahrzehnten wird im Zusammenhang mit der wachsenden Verelendung in vielen unterentwickelten-kapitalistischen Ländern („Entwicklungsländern") das Wohnungsproblem" als katastrophales Armutsphänomen diskutiert. In den immer größer werdenden innerstädtischen Slums oder in den meistens am Stadtrand gelegenen illegalen bzw. unauthorisierten, meist in Eigenbau errichteten Siedlungen („squatter settlements") leben Millionen städtischer Armer, welche infolge der kapitalistischen Modernisierung vom Lande (mehr oder weniger) vertrieben wurden und später in den Städten eine nur unsichere, erbärmliche Existenz finden konnten. Ein großer Bevölkerungsanteil ist zu arm, sich über den konventionellen Wohnungsmarkt eine Wohnung zu verschaffen. Die Knappheit an billigem, bezahlbarem Bauland innerhalb der Städte kommt ebenso hinzu wie die oft fehlende staatliche Förderung privater Bauaktivitäten und der individuellen Wohnungsversorgung. Die in Selbstbau errichteten Squatter-Siedlungen erfüllen durch ihre Existenz auch mehrere wichtige gesellschaftliche Funktionen: Zum einen ermöglichen diese Squatter-Siedlungen eine (wenn auch meist schlechte Form) der Behausung und damit teilweise die Bewältigung von Armutsfolgen. Die Errichtung der Squatter-Häuser ist illegal, mit niedrigen Kosten verbunden und auch das Fehlen der technischen Infrastruktur, z.B. von Be- und Entwässerung u.a., trägt zum niedrigen Kostenniveau der Reproduktion der Armen (und damit zu deren geringeren „Lohnbedarf"/ Lohnerwartungen) bei.
Zum anderen bedeutet der illegale Charakter dieser Siedlungen, daß alle möglichen Formen von ökonomischen Aktivitäten dort ausgeführt werden können, ohne Gegenstand der gesetzlichen Restriktionen des „formellen Sektors" zu sein. Vorkapitalistische Kleinproduktion, Heim- und Familienarbeit, Kleinhandel und andere Aktivitäten können ohne Kontrolle des Staates sich besser entfalten und vorteilhaft zur Einkommenssituation der städtischen Armen beitragen wie auch die Versorgung mit billigen Konsumgütern sicherstellen (1). Über den Aufbau von arbeisteiligen Produktionsketten können entwickelte Wirtschaftssektoren direkt mit der einfachen, arbeitsintensiven und billigen (!) Produktion in den Squatter-Gebieten verknüpft sein...
Während des letzten Jahrzehnts hat das zunehmende Wohnungselend der Armen bei Politikern, Entwicklungs-„experten" zu zwei zentralen Schlußfolgerungen geführt: Erstens müsse eine für die Belange der städtischen Armen verantwortungsbewußtere staatliche Wohnungspolitik entwickelt und eingeschlagen werden; zweitens sei die „Selbsthilfe" zur Bewältigung der Wohnungsprobleme der städtischen Armen die unerläßliche Voraussetzung, von der allein der nötige Erfolg zu erwarten sei.
Im Verlauf zahlreicher internationaler Konferenzen sowie in einer Flut von Veröffentlichungen wurde die „magische Formel" von der Selbsthilfe der städtischen Armen weiter ausgearbeitet. Was nun als Ausdruck der Autonomie und als emanzipatorischer Prozeß verstanden wurde, nämlich die Selbsthilfe der Armen, war schon seit vielen Jahren zur Versorgung mit dem Lebensnotwendigen und zur Beschaffung einer Behausung von den Armen praktiziert worden. Unautorisiertes und illegales Wohnen und Siedeln wurden nicht als Problem, sonden als Lösung der Wohnsituation dargestellt.



Wohnungspolitik seit der HABITAT-Konferenz

Auf der United Nations HABITAT-Konferenz in Vancouver wurden 1976 für alle teilnehmenden politischen Vertreter aus Entwicklungsländern die bis dahin teilweise erprobten Formen von Billigst-Wohnungsbau mit unterschiedlich großen Selbsthilfe-Komponenten zum General-Konzept zur Bewältigung der Wohnungsprobleme erklärt: Die Devise lautete:, (kollektive) Selbsthilfe könne nicht nur Kostensenkung und Wohnraumverbesserung bieten, sondern auch die soziale Integration der Armen fördern. (3)

Die zur Umsetzung dieser Konzeption geeigneten technischen „Rezepte" sind:

a) „Sites and Services"-Programme: Erschließung von Baugrundstücken, Bereitstellung von Infrastruktur, Erstellung eines Kernhauses, weiterer Ausbau bzw. Erweiterung durch (kollektive) Selbsthilfe der Siedler entsprechend ihrer Zeit und ihrer Finanzbudgets, Kostentilgung durch die Bewohner.

b) „Squatter upgrading"-Programme: eine Form der Sanierung von Squattersiedlungen, die legalisiert werden sollen, minimaler Abriss von schlechten Bauten, wenig Neubau – dafür Modernisierung/Verbesserung des Baubestandes, Verbesserung der Infrastruktur, Finanzierung durch die Nutzer selbst.

c) Genossenschafts-Wohnungsbau: die organisatorisch-rechtliche Form der Genossenschaft soll den Zugang zu Finanzquellen verbessern, den Hausbau in kollektiver Selbsthilfe anregen, und auch zur kollektiven Verantwortung in der Kredittilgung führen. (4)

Als weitere Möglichkeit wird der vom Staat möglichst billig durchgeführte Wohnungsbau gesehen:

d) dieser „Soziale Wohnungsbau" soll statt einiger weniger und teurer Wohnungen viele billige Wohnungen für die städtische Arbeiterschaft zur Verfügung stellen. Diese Wohnungen sollen vermietet oder im Mietkauf abgegeben werden. (5)

Leitlinie dieser „Rezepte" für eine an den Bedürfnissen der städtischen Armen orientierten Wohnungspolitik sollte die Einkommenssumme sein, welche die Haushalte für besseres Wohnen zu zahlen bereit sind. (6)

Im Kern bedeutet dies, daß neue Wege eingeschlagen werden, die Armen zur (staatlich unterstützten) Selbstlösung ihrer Probleme zu bringen: Zwar gibt es Staatshilfen, Kredite und auch gewisse Subventionen, doch der Schwerpunkt liegt auf der Selbstfinanzierung.

Politiker und Planer „verkaufen" diese „neuen" Ansätze als realisitische, d.h. den sozio-ökonomischen Gegebenheiten angemessene, Lösungen und blasen sie darüber hinaus zu ideologischen Konzeptionen auf, es heißt: „The Poor Create Tomorrow's Cities" (= Die Armen schaffen die Städte der Zukunft) und dies nicht nur im Sinne des Selbstbaues ihrer Häuser, sondern sie sollen sich auch mit Infrastruktur (Wasserleitungen, Entwässerung, Straßenbau, Müllabfuhr) selbst versorgen und diese unterhalten bzw. pflegen. (7)

Die Kosten dieser Häuser und der Infrastruktur für die technische und soziale Verbesserung bzw. Erschließung der Wohngebiete sollen die Armen selbst tragen – eine andere Alternative wird es für die Armen gemäß dieser Einstellung nicht geben.

Mit einem Appell an die staatlichen Institutionen, zur Unterstützung solcher komplexer Selbsthilfe-Tätigkeiten (Bau von Häusern und Infrastruktur) wird die Warnung vor der Gefahr sich zuspitzender Klassenauseinandersetzungen verbunden, da die bestehende Wohnungssituation eine höhere re Sensibilität für soziale Gerechtigkeit bei den städtischen Armen bewirkt.

Wieder bezogen auf das Wohnungsproblem werden häufig die staatliche Förderung des Selbsthilfe-Wohnungsbaues und die Lösung der Wohnungsfrage ausdrücklich verknüpft: „... Viele Länder kommen zu realistischen Ansätzen und bei weiteren kontinuierlichen Bemühungen können in einigen oder vielleicht auch in den meisten Ländern innerhalb von 30 bis 50 Jahren handhabbare („manageable") Wohnungssituationen, welche für alle Menschen einen Minimalstandard erfüllen, erreicht werden. In einigen Ländern dürfte solch ein Ziel schon in etwa 20 Jahren erreicht werden. Solche Ziele sind nur zu erreichen, wenn angemessene Bemühungen jetzt unternommen werden und jetzt nicht verschoben werden." (Ü.d.V.) (8)

Die Lösung der Wohnungsfrage (bzw. von Teilen der städtischen Problematik) wird demgemäß als technisches statt als gesellschaftliches Problem dargestellt, welches a) durch Reformen der Wohnungspolitik und b) durch die Mobilisierung privater Ressourcen (Arbeitskraft für Selbsthilfe und Geldmittel) sowie durch staatliche Unterstützung zu lösen sei.



Shanty-Häuser in Colombo

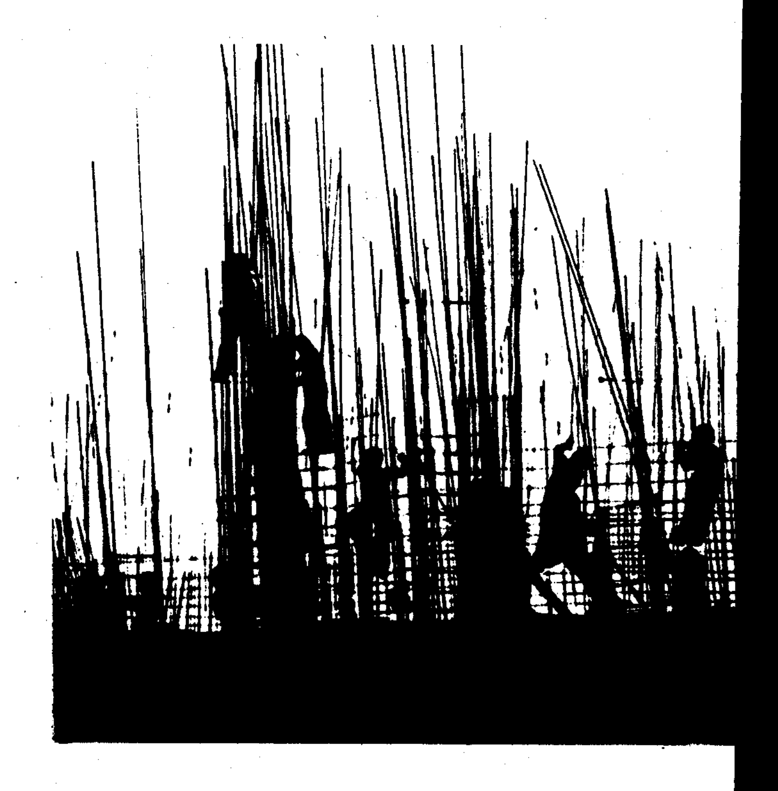
Die Städtischen Armen und der Staat

Die oben dargestellten Formen von Wohnungspolitik haben nach dieser HABITAT-Konferenz Eingang gefunden in die wohnungspolitischen Ziele vieler Staaten. Der billige soziale Wohnungsbau für einige ausgewählte, privilegierte Bevölkerungskreise (für Beamte und Angestellte der mittleren Einkommensgruppen sowie für hochqualifizierte Arbeitskräfte) wurde verbessert und die staatliche Förderung (oder Tolerierung) von privatem Selbstbau, von Wohnungsbaugenossenschaften und des „community development" der illegalen Siedler wurde praktiziert.

Es sind gerade die Bedingungen von Armut, von massenhafter Unterbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit, welche den Staat zur Entwicklung oder Förderung von Selbsthilfe-Wohnungspolitiken bringen. Hierüber kann der Staat sein Image als Garant des „Volkswohles" dadurch ausbauen, daß die Armen in ihren Praktiken des Hausbaues (auf die sie in jedem Falle als realistische „Lösung" angewiesen sind!) unterstützt werden. Die besondere Verantwortung und Schlüsselrolle des Staates zeigt sich dabei grundsätzlich an der „Legalisierung" von illegal besiedeltem Land (z.B. durch Erhebung von Gebühren, von Pacht etc.) oder an dem Umfang bzw. den Konditionen von Baukrediten, von günstigem Baumaterialangebot sowie den die Selbsthilfe-Baumaßnahmen angepaßten baugesetzlichen Regelungen.

„Soweit der Staat materielle Zugeständnisse macht, geschieht dies in den kleinstmöglichen Dosierungen, nach

oft jahrelangem Kampf und auch nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer konkreten Nützlichkeit, sondern als Ergebnis einer politischen Kosten/Nutzen-Rechnung, bei der das Unruhe-Potential der betreffenden Bewegung, die andererseits erreichbaren politisch-ideologischen Pluspunkte, die generelle Konjunktur und schließlich auch die wirtschaftliche und technische 'Machbarkeit' eine Rolle spielen. Oft werden solche Zugeständnisse durch ein entsprechendes Regierungsprogramm institutionell überhöht, das die Kontrolle der Ausführung einschließlich der damit verbundenen Bereicherungsmöglichkeiten sichert. Das dient dazu, künftige Protestbewegungen zu behindern, indem ihnen eine Führung von oben aufgesetzt wird und Klientel-Systeme aufgebaut werden; gleichzeitig wird versucht, die sozialen Unterschiede im Viertel dazu auszunutzen, die Siedler gegeneinander auszuspielen und zu spalten.
Besonders günstig sind dabei sogenannte 'Selbsthilfe'-Programme, weil sie mehrere Vorteile vereinen: Sie lassen sich blendend politisch-ideologisch darstellen; sie sind billig, weil sie die Kosten auf die Betroffenen bzw. auf bereitwillige ausländische Projektträger abwälzen; sie erschöpfen die Aktionsfähigkeit der Bewohner durch Beitragszahlungen, 'freiwillige' Wochenend-Arbeit und innere Auseinandersetzungen um Probleme externen Ursprungs und bieten offene Tore für politische und ideologische Durchdringung." (9)
Eine häufige Aktionsform kapitalistischer Staatsapparate ist es, die Forderungen der benachteiligten Bevölkerung zu vereinnahmen und als eigene zu deklarieren, aber bei der Umsetzung dieser Forderungen schließlich verschiedene Änderungen vorzunehmen, so den wesentlichen Inhalt dieser Forderungen unter Umständen auch zu verdrehen.
In zwiespältiger Haltung stehen die städtischen Armen, die Bewohner von Slums und illegalen Siedlungen, zu solcherart staatlichem Handeln zu ihren Gunsten: Einerseits sind sie Bittsteller andererseits Gegner der sie vernachlässigenden staatlichen Sozialpolitik. Eine sichere und permanente Wohnungsmöglichkeit, das Recht auf eine Existenz in der Stadt (10) ist für die städtischen Armen wesentlicher Bestandteil ihrer ärmlichen Existenz.
Den Hausbau materiell zu ermöglichen, ist ihr wesentliches Ziel, welches jedoch durch Sicherheiten in der Bodennutzung ergänzt werden muß:
„Entscheidend für die Verwirklichung dieser Perspektive ist es, den Eigentumstitel für den besiedelten Boden zu erhalten, mindestens aber eine rechtlich abgesicherte Duldung. Nur so lassen sich Sicherheit und gesellschaftliche Anerkennung in einer Gesellschaft gewinnen, die auf Privateigentum basiert. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Siedler jedoch eine paradoxe Situation eingehen: Da das Gelände, auf dem sie ihre Hütten errichten, entweder in staatlichem oder privatem Besitz ist, müssen sie zwangsläufig gegen das herrschende Recht verstoßen, das den Grundeigentümer vor solchen 'Angriffen auf das Privateigentum' schützt. Die häufig aus Verzweiflung entstandene Besetzungsaktion bedeutet daher, daß sie diejenigen Rechtsnormen verletzen müssen, die ihnen – nach dem zu erwartenden Kampf um die Übereignung – gerade einen gesicherten Besitz garantieren sollen. Um ihr Wohnungsproblem anzugehen, müssen sie sich daher zuerst einmal außerhalb des herrschenden Rechts stellen, mit dem Ziel, sich in einem zweiten Schritt durch Privateigentum stärker in eben dieses System integrieren zu können.
Dieser Rechtsbruch und die folgende Situation der Illegalität schaffen eine Situation der Abhängigkeit vom Diktat staatlicher Entscheidungen, die den weiteren Auseinandersetzungsprozeß wesentlich mitbestimmt. Der Rechtsbruch legitimiert staatliche Sanktion – die ersehnte rechtliche Absicherung hängt vom staatlichen Entgegenkommen ab. Das gibt dem Staat Zuckerbrot und Peitsche in die Hand und macht die Siedler erpeßbar und anfällig für jede Art von Versprechungen (s.o. Staat als Gegner und Garant). So erklärt sich z.B. das oft beobachtete Bemühen der Siedler um politisches Wohlverhalten bis an die Grenze der Selbstverleugnung, ihr mehr bittendes als forderndes Auftreten. Der Logik des Staates entspricht es, die rechtliche Klärung so lange als möglich hinauszuzögern, um diesen Zügel nicht aus der Hand zu geben." (11)
Die oben beschriebene Abhängigkeit von den staatlichen Entscheidungen machen den Staat also zum Adressaten von Forderungen wie auch zum Kontrahenten, der sich den Forderungen nach Verbesserung ihrer Reproduktionsbedingungen bzw. -mittel widersetzt oder nur zögernd anschließt.
Die jahrelangen Auseinandersetzungen, entstanden aus der Notlage zu krasser Lebensbedingung, bringen ganz unterschiedliche soziale Gruppen und Klassen zusammen. (12)
Durch das gemeinsame Ziel der Verbesserung und der Sicherstellung des kollektiven wie individuellen Konsums können sie eine Interessengemeinschaft gegen den Staat bilden; entschärfen sich die Auseinandersetzungen durch ein Nachgeben des Staates, so besteht dann jedoch die große Chance, daß die Stadtteilorganisationen wieder zerfallen – also durch die Sozialpolitik des Staates „pazifiziert" werden.
„Diese innere Heterogenität tritt unvermeidlich zutage, sobald durch die rechtliche Absicherung der äußere Druck weicht. Meist bildet sich eine Gruppe heraus, die wirtschaftlich in der Lage ist, schnell mit dem Bau von festen Häusern zu beginnen – manchmal sogar mit mehreren Wohnungen – und die bald über zusätzliche Einkünfte aus Vermietung verfügt. Die 'Reicheren' unter den Armen werden noch reicher, die Einkommens- und damit die Interessensunterschiede prägen sich weiter aus, die Basis für gemeinsame Aktionen wird schmaler." (13)
Doch die damit erreichte Situation des selbst zu finanzierenden Hausbaus muß auch zwangsläufig wieder das Interesse auf die Einkommens- und Beschäftigungssituation richten: Der Bau des Hauses, die Abzahlungen von Krediten und anderes erfordern ein gleichmäßig hohes Einkommen und einen gesicherten Arbeitsplatz. Eine problematische Lage, welche über die Frage der Wohnungsversorgung hinausweist.



HABITAT - Politik: eine wirkungsvolle Hilfe?

Die oben dargestellte Position der UN, welche grundsätzlich die Reformen des wohnungspolitischen Instrumentariums und den Eigenbau von Wohnhäusern als den Schlüssel zur langfristigen Lösung der Wohnungsfrage der Armen ansieht, enthält meiner Meinung nach einen sehr begrüßenswerten und einen sehr fragwürdigen Aspekt: Prinzipiell halte ich es für begrüßenswert, wenn nationale Regierungen (z.T. auch mit Unterstützung von Entwicklungshilfe-Institutionen) sich ernsthaft um kulturell bessere und vor allem billigere Behausungsformen für die städtischen Armen bemühen. Programme wie „Sites and Services"; Legalisierung von illegalen Siedlungen und deren Verbesserung („squatter upgrading"), die Einrichtung von Programmen zur Vergabe von günstigen Baukrediten, die Senkung der meist noch kolonialen baulichen Standards im Rahmen von billigen Neubau -Siedlungen — und andere Maßnahmen — mögen sehr positive Erfolgschancen für die Versorgung mit Wohnraum in sich bergen. Ihre reale Wirksamkeit ist jedoch nicht an sich selbstverständlich.

Vielmehr erscheint mir der entscheidende Mangel und die Fragwürdigkeit dieser wohnungspolitischen Konzeption im Charakter dieser Maßnahmen zu liegen: ein im wesentlich rein technisches, instrumentarielles Konzept wird zur sozialpolitischen Strategie erhoben. Der Zusammenhang zwischen Wohnungsproblematik und ihrer sozialen Frage wird bei der Erarbeitung rein technischer „Lösungen" außer Acht gelassen.

Erste Erfahrungsberichte von Projekten einer — zumeist auch noch paternalistisch organisierten — Wohnungspolitik für die städtischen Armen deuten auch darauf hin, daß längst nicht alle Haushalte der vermeintlichen Zielgruppen, die „städtischen Armen", an den Projekten teilnehmen können. Zu hohe monatliche Kosten bei oftmals sehr unregelmäßigen und niedrigen Familieneinkommen verhindern die geforderte Rückzahlung der Kredite oder die Bezahlung der neu eingerichteten Infrastruktur. An diesem Punkt setzt der unvermeidliche Prozeß „sozialer Diversifizierung" ein: die besser gestellten Bewohner bleiben, die Einkommensschwächeren werden in andere Slums oder illegale Wohngebiete verdrängt. Als weitere Möglichkeit für diesen Aussonderungsprozeß sind die ungünstige Lage von „Sites and Services"-Projekten und deren Rückwirkung auf Fahrtkosten und Besorgung von Gelegenheitsarbeit, die Vermietung oder der Verkauf der gerade neu gebauten Wohnungen sowie die Vergabe von Grundstücken an weniger bedürftigen Freunde und Verwandte (über aktive persönliche Patronageverhältnisse) zu benennen.

Obwohl in vielen unterentwickelten Ländern der Staat, wie auch Teile der Bauindustrie, d.h. besonders die Baustoffproduktion, die Selbsthilfe im Wohnungsbau begrüßen, gibt es noch keine Anzeichen dafür, daß solche Wohnungspolitiken in größeren, geradezu massenhaftem Umfang in den Städten organisiert werden.

Wichtig sind Selbsthilfe-Wohnungsbauprojekte für den Staat vor allem im Sinne einer ideologischen Integration, welche über die „Schollenbindung" hinaus auch zur politisch-ideologischen Bindung an den paternalistischen und wohltätigen Staat genützt wird. Die staatliche Förderung von Selbstbau-Aktivitäten dient dem Staatsinteresse — und natürlich auch den Interessnn der „Arbeitgeber" — insoweit, wie die Armen in den Bauprozeß eine zusätzliche Arbeitszeit investieren, was somit eine Verlängerung des Arbeitstages über das „normale" Maß hinaus bedeutet. Der Staat wird hier von seiner Wohlfahrtsaufgabe bzw. von seiner Verantwortung für die Sicherstellung der Reproduktionsbedingungen durch die Selbsthilfe-Aktivitäten enthoben.

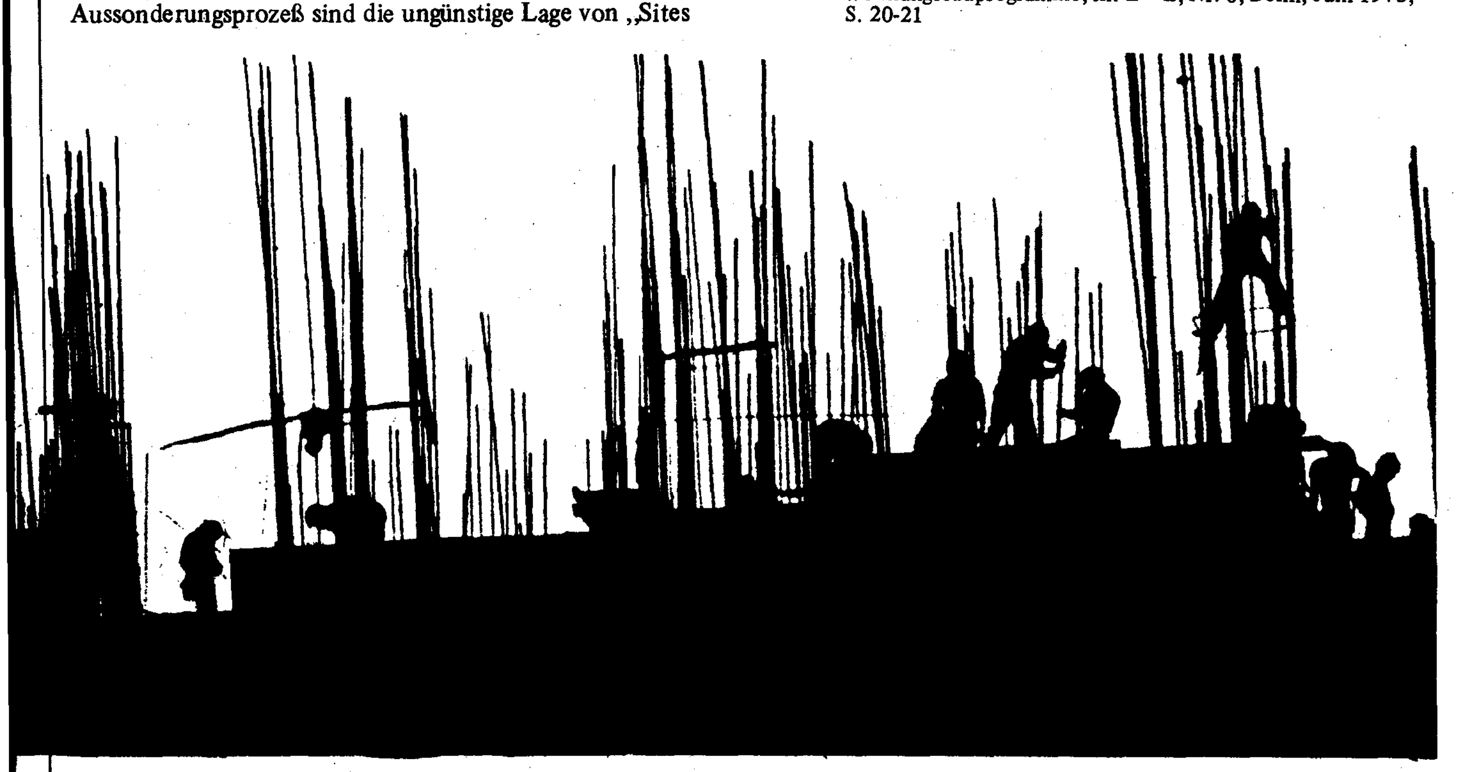
Gleichzeitig verbessert sich die Wohnungssituation der städtischen Armen jedoch nur soweit, wie sie dafür auch selbst zahlen können. Die Armen sehen sich damit nur wieder zurückgeworfen auf ihr zentrales Problem: eine regelmäßige Arbeit zu haben, welche auch die Lebenshaltungskosten deckt.

Doch statt einer die Wohn- und Lebensverhältnisse umfassenden, effektiven Hilfe gibt es Hilfen für einige wenige und fragwürdige Anleitungen zur weiteren „Selbsthilfe". (14)

Florian Steinberg

Literaturhinweise:

1) McGee, T., Conservation and Dissolution in the Third World City: The 'Shanty Town' as an Element of Conservations, in: Development and Change, Vol. 10, No. 1, London/Beverly Hills 1979, S. 1 - 22.
2) Turner, J. F. C., Verelendung durch Architektur, Reinbek 1978, (englisch: Housing by People, London 1976)
   Ibáñez, A. F. Einleitung von Entwicklungsprozessen durch Wohnungsbauprogramme, in: E + Z, Nr. 6, Bonn, Juni 1978, S. 20-21



3) United Nations, Popular Participation for the improvement of the Human Environment in Marginal Settlements, Vancouver 15.3.1976
United Nations, Social Aspects of Housing and Urban Development, New York 1976
United Nations, The Role of Housing in Promoting Social Integration, New York 1978
Ross, M. H., The Political Integration of Urban Squatters, Evanstone 1973
4) Hadjitheodorou, N. M., An institutional framework for the upgrading process of Manshiet Nasser, in: Ekistics, Vol 48, Nr. 286, Athen Jan./Febr. 1981, S. 71-78.
5) Grimes, O. F. jr., Housing for Low-Income Urban Families, Washington 1976
6) Jörgensen, N.O., Housing Finance for Low Income Groups with special reference to developing countries, Rotterdam/Nairobi 1977
7) Fleury, J.-M., The Poor Create Tomorrow's Cities,in: the IDRC Reports, Vol. 8, Nr. 4, Ottawa Dez. 1978, S. 3-6
8) United Nations, Human Settlements in Africa, The Role of Housing and Building, Addis Ababa 1976, S. 45
9) Evers, T., Müller-Plantenberg, C., Spessart, S., Stadtteilbewegung und Staat, Lateinamerika Analysen und Berichte 3, Verelendungsprozesse und Widerstandsformen, Hg., Bennholt-Thomsen, V. et al. Berlin 1979, S. 118-170, S. 147
10) Janssen, R., Class practices of dwellers in barrios populares: the struggle for the right to the city, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 2, Nr. 1, London 1978, S. 147-159
11) Evers, T., u.a., a.a.O., S. 151
12) Schmidt-Relenberg, N., Kärner, H., Köhler, V., Selbstorganisation der Armen, Ein Bericht aus Venezuela, Frankfurt 1980, S. 116 ff.
13) Evers, T., u.a., a.a.O., S. 152
14) Payne, G., International Agencies and Third World Development, in: Architectural Design Nr. 10, 1976, London 1976
Fickert, R., Wetter, M., Squatter und informeller Sektor in Lusaka, Sambia, Materialien zum Planen und Bauen in Entwicklungsländern, 3, T. U. Berlin 1981
Laquian, A. A., Whither Site and Services, in: Science, Vol 192, Nr. 4, 1976, S. 950 - 955
Steinberg, F., Wohnungspolitik für die Armen in den Städten der Entwicklungsländer – Slum- und Shanty-Sanierung in Colombo, Sri Lanka, in: Stadtbauwelt 70, Berlin 27.7.1981, S. 978-983
Loches-Rambonnet, D. de, Günzel, E., Wolf, K. G., Housing – Kenya – Zambia, T. U. Berlin 1976
Heuer, P., Siebolds, P., Steinberg, F., Urbanisierung und Wohnungsbau in Tanzania, IWOS Bericht 3, T.U. Berlin 1979
Burgess, R., Petty Commodity Housing or Dweller Control? A Critique of John Truner's Views on Housing Policy, in: World Development, Vol. 6, Nr. 9/10 Oxford 1978, S. 1105-1133

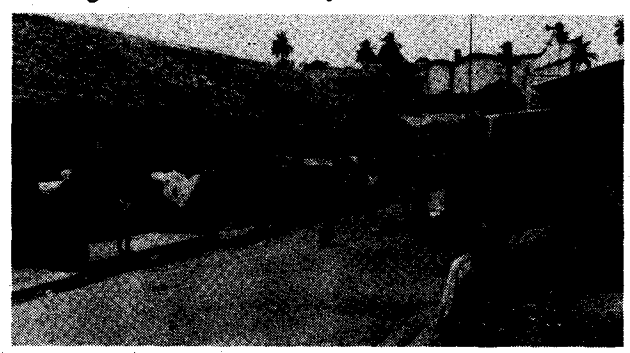
Die Thesen dieses Artikels werden ausführlicher und mit teilweise anderen Aspekten in einem anderen Aufsatz behandelt: „Zur Rolle der Selbsthilfe bei der Wohnungsversorgung in unterentwickelten Ländern", in Vorbereitung für PERIPHERIE.

Ein Fallbeispiel: Slum- und Shanty-Sanierung in Colombo

Das folgende Beispiel aus Colombo/Sri Lanka ist eines von vielen, welches die wohnungspolitischen Entwicklungen infolge der in den 70er Jahren konzipierten HABITAT-PROGRAMME illustrieren kann. In anderen Ländern, wo derartige „armutsorientierte" Wohnungsprogramme schon früher oder auch erst ein bis zwei Jahre verfolgt werden, sind teilweise ähnliche Erfahrungen gemacht worden bzw. noch zu erwarten.

Staatlich geförderte Selbstbau-Wohnungsprogramme gab es in Sri Lanka schon seit 1973, jedoch sind diese „Selbsthilfeprogramme" nur zur Wohnungsversorgung in ländlichen oder semi-urbanen Bereichen eingesetzt worden. Für die Reduzierung des städtischen Wohnungsproblems gab es im seit langem sehr stark wohlfahrts-orientierten Sri Lanka ein Programm des Sozialen Wohnungsbaus. Diese modernen Wohnungskomplexe sollten billig sein und möglichst viele bedürftige Städter versorgen – doch das Gegenteil war der Fall: ein kleiner, privilegierter Teil der städtischen Arbeiterschaft kam in den zweifelhaften Genuß dieser modernen, der srilankanischen Bautradition völlig entfremdeten und zu ca. 80 % staatlich subventionierten Apartements.
Um der wachsenden Zahl der in Slums und Squatter-Häusern (= „shanties") (ca. 45.000 Wohneinheiten bzw. 60 % von Colombos Stadtbevölkerung) lebenden Bewohnern eine finanziell realistischere und auch massenwirksamere Maßnahme entgegen zu setzen, wurde 1976/77 ein Programm zur Sanierung der Slums und Shanties entwickelt. Absicht der ersten Slum- und Shanty-Sanierung – welche sich als ein Versuch der Umsetzung der 1976 auf der HABITAT-Konferenz empfohlenen Politiken versteht – ist die Erprobung einer Baubestand-erhaltenden Sanierung. (Nach offiziellen Angaben sind ca. 50 % der bestehenden Slums und Shanties von ihrem Zustand oder ihrer Lage für solch eine Sanierung geeignet; die anderen 50 % müssen abgerissen werden.) Für die Jahre 1978 – 1983 umfaßt diese „behutsame" Sanierung (die geringe Summe von) ca. 4.700 Wohneinheiten mit folg. Programmpunkten:

- An den Slum-Wohneinheiten wird die bauliche Struktur so wenig wie möglich verändert, dagegen sind die Be- und Entwässerung, die Elektrifizierung, die Drainage, die Müllbeseitigung sowie andere Maßnahmen der technischen Infrastrukturversorgung die wichtigsten Aspekte neben der Eigentumstitel-Übertragung der als Arbeiter-Reihenhaussiedlung um 1900 gebauten Slum-Wohnungen. Die ursprünglich kalkulierten Kosten sollten so niedrig sein, daß ein großer Teil davon durch die Slum-Bewohner auch abgezahlt werden kann.
- Die Shanty-Sanierung kann mehrere verschiedene Verläufe nehmen: Der billigste und minimalste Ansatz beschränkt sich auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Vergabe einer 30jährigen Pacht der illegal besetzten Grundstücke; der Hausbestand macht entweder Teil-Modernisierung oder späteren Abriss und Neubau nötig, doch haben die Shanty-Bewohner sich für eine Aufschiebung dieser Veränderungen an ihren Häusern ausgesprochen, da sie diese gegenwärtig (!) nicht bezahlen können. Eine andere Variante der Shanty-Sanierung kommt dem „Sites and Services"-Konzept der HABITAT-Konferenz näher: Auf kleine Grundstücke werden sog. Kernhäuser – das sind halbfertige ca. 40 qm große Bauten – errichtet und müssen von den ehemaligen, nun umziehenden Bewohnern im Eigenbau fertiggestellt werden. Schritt für Schritt erfolgt innerhalb des Shanty-Gebietes eine Umsetzung



In einem Slum-Gebiet in Colombo

der Bewohner in die neuen Kernhäuser und der Abriß der alten Shanty-Häuser. Für die Sanitäreinrichtungen sind billigste Gemeinschaftstoiletten und Nachbarschaftswaschhäuser vorgesehen. Die Finanzierung sollte ebenfalls zu großen Teilen von den Bewohnern selbst getragen werden.

Zum heutigen Zeitpunkt ist dieses Sanierungsprogramm noch mitten in der Ausführungsphase, doch lassen sich die positiven wie auch die kritischen und problematischen Aspekte schon rausarbeiten: Als positiv ist es zu werten, daß durch die Vergabe von Eigentumstiteln bzw. durch die Verpachtung eine viel höhere Sicherheit geschaffen wurde, und nun diese Sicherheit auch weitere Eigeninvestitionen der Slum- und Shanty-Bewohner begünstigt. Die Senkung der Baustandards und die günstigen Baukredite tragen ihren Anteil noch dazu bei.

Sehr problematisch ist dagegen die Prämisse der Selbstfinanzierung durch die Bewohner: was zwar als sinnvolles ökonomisches Prinzip gedacht ist, erweist sich in Anbetracht der jährlichen Baupreisinflation von ca. 30 – 60 % (Lohnanstieg nur ca. 10 % jährlich) als unrealistisch. Die anfallenden Sanierungskosten sind derartig angestiegen, daß sie für die Ärmsten der Armen schon wieder aus der Reichweite ihrer Zahlungsfähigkeit geraten sind. Für die ersten Pilotprojekte bedeutet dies zwar noch, daß diese Preisanstiege in den Vorzeigeprojekten vom Staat (als „verlorene" Subventionen) übernommen werden, doch für die nun folgenden Projekte wird sich zwangsläufig eine soziale Ausdifferenzierung einstellen! Wer die Sanierung zahlen kann, bleibt, wer wegen zu niedrigem oder zu unregelmäßigem Einkommen nicht mithalten kann wird über kurz oder lang zahlungskräftigeren Bewohnern Platz machen. In einzelnen Fällen wird dieser Effekt noch verstärkt durch eine – entgegen den allgemein erklärten Willen der Shanty-Bewohner – schon vorgezogene Gebäudesanierung bzw. durch Abriss und Neubau von Gebäuden. Dabei setzten sich politische Interessen an „Vorzeigeprojekten" gegen die äußerlich weniger repräsentative aber doch sozialere Sanierung durch.



Slum-Sanierung in der Steuart Street in Colombo

Kostensenkungsüberlegungen, die durch Geldeinsparung bei der Bauausführung über die Form des Selbstbaues funktionieren sollen, haben noch nicht voll gefruchtet: Nur ca. 10 – 20 % der Slum- und Shanty-Bewohner erklärten sich zu praktischer Selbsthilfe bereit oder waren (wegen ihrer anderen Arbeitsbelastung) dazu in der Lage, während der Großteil eine komplette Versorgung durch den Staat erwartete.

Die Auswahl der Projektgebiete zur Slum- und Shanty-Sanirung war – neben Kriterien des baulichen Zustandes – auch wesentlich von politischen Interessen bestimmt. Gerade die Stadtgebiete, in denen sich z.T. schon seit Jahren ein durch Bewohnerversammlungen, durch Petitionen und durch die Unterstützung diverser politischer und kirchlicher Vereinigungen organisierter Protest gegen die bestehenden Lebensverhältnisse artikuliert hatte, wurden bevorzugt in das Sanierungsprogramm aufgenommen. Im Verlauf der Sanierungsvorbereitungen und der Informierung der Bewohner zeigte sich der überwiegend paternalistische Charakter auch dieser Variante der Wohnungspolitik, denn eine reale Mitbestimmung in der Planung bzw. über die einzelnen Maßnahmen gibt es nicht, vielmehr besteht eine große Abhängigkeit vom Diktat der Entscheidungen der Stadtplanungs- und Wohnungsbauinstanzen.

Das Gefühl – schlecht behandelt zu werden und von der Sanierung insgesamt wenig zu profitieren – artikulierte sich oft in den Versammlungen zur Sanierungserörterung. Als bekannt wurde, daß die monatlichen Kosten für die halbfertigen, noch selbst auszubauenden Kernhäuser (mit einem sehr niedrigen Wohnstandard) nahezu so hoch sind, wie in einigen viel besser ausgestatteten Apartements des sozialen Wohnungsbaus, erreichte die Diskussion um die Shanty-Sanierung auch eine andere sozialpolitische Dimension: Es zeigte sich mal wieder, welchen Bevölkerungsgruppen die staatliche Wohnungspolitik hauptsächlich zugute kommt.

In Colombo haben die neueren HABITAT-Programme bislang nur eine sehr geringe Verbesserung für das breite Wohnungselend gebracht. Die das Wohnungselend wesentlich bestimmenden Mechanismen der Marktwirtschaft wirken selbst im Rahmen dieser „Billigstprojekte" in sozial selektiver Weise: Wer nicht zahlen kann, dem bieten sich wenig Hoffnung auf Wohnverbesserung, zumal das Konzept der Slum- und Shanty-Sanierung rein technokratisch auf das Wohnen und das Wohnumfeld beschränkt ist, aber eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation, eine Arbeitsplatzbeschaffung und letztlich die Verbesserung der gesamten sozialen Lage der Armen damit noch nicht ermöglicht wird.

Eine ausführliche Darstellung dieses Colombo-Beispieles:
Steinberg, F., Wohnungspolitik für die Armen in den Städten der Entwicklungsländer – Slum- und Shanty-Sanierung in Comombo, Sri Lanka, in: Stadtbauwelt Nr. 70, Berlin 1981, pp. 978 - 983.

DIE GESCHICHTE VON JOSÉ

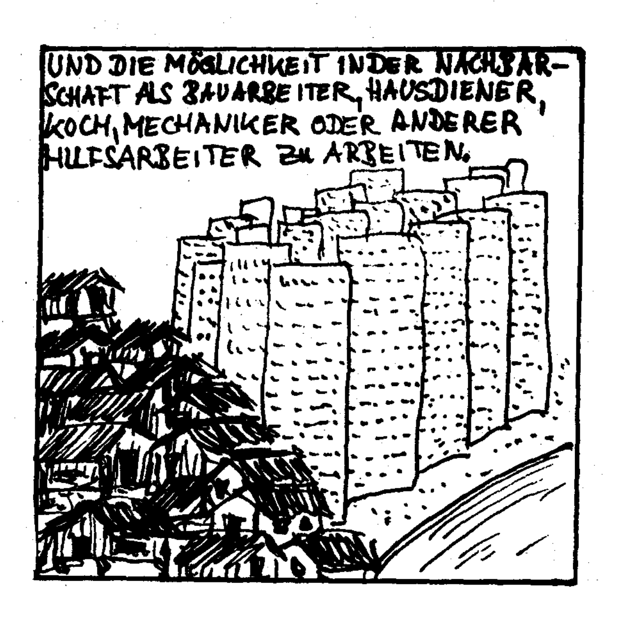






ES GAB KEINE MÖGLICHKEIT EIN ABWASSERSYSTEM ODER EINE BESSERE WASSERVERSORGUNG AUFZUBAUEN. DIE LOKALEN BEAMTEN HATTEN ANGST, DASS DIE VERBESSERUNGEN UNS DAZU ANREGEN WÜRDEN, HIER AUF DAUER ZU WOHNEN - DAUERHAFT FUSS ZU FASSEN NACH JAHRZEHNTEN IN DENEN WIR OHNE SICHERHEIT GELEBT HATTEN, WO WIR NICHT WUSSTEN, WAS MORGEN MIT UNS GESCHIEHT. JEDESMAL WENN WIR VERSUCHTEN, IRGENDWAS STABILERES AUFZUBAUEN, KAM DIE POLIZEI UND RISS ES WIEDER AB.





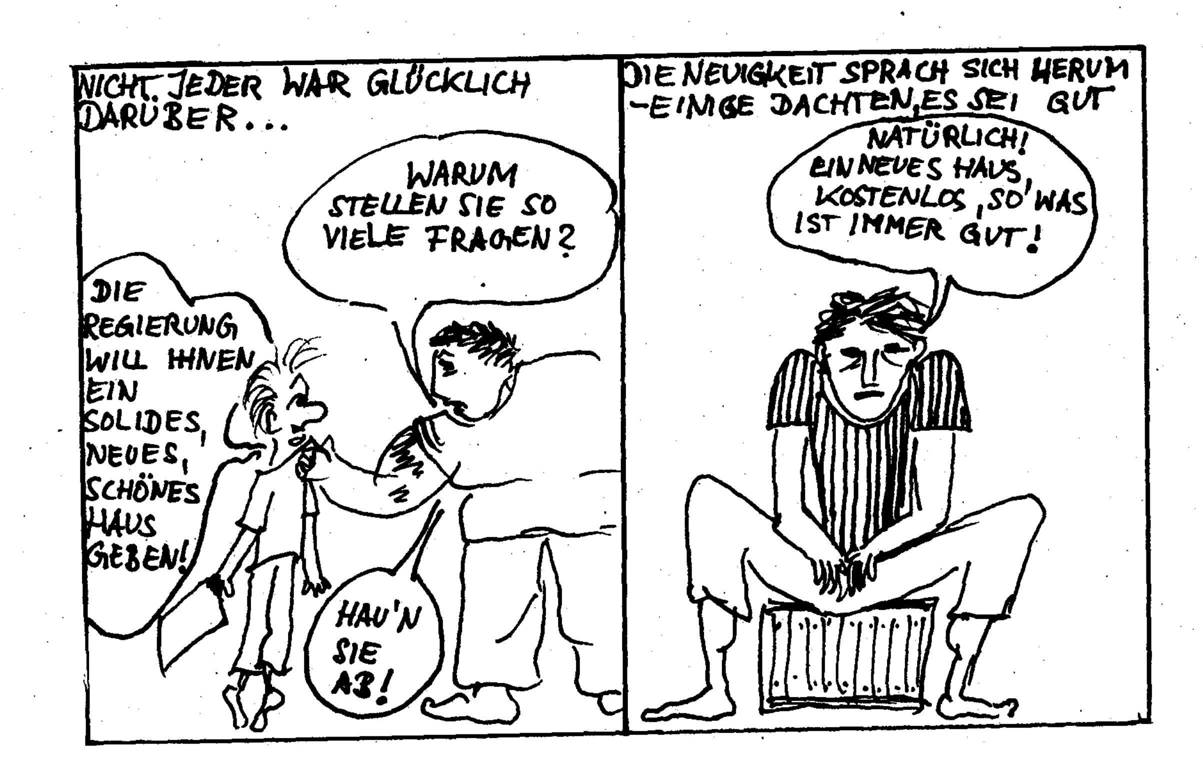


ZU DIESER ZEIT WOLLTEN WIR WIRKLICH IN DIE MITTELSCHICHT INTEGRIERT WERDEN – WIR KANNTEN UNSERE EIGENEN WÜNSCHE UND FORDERUNGEN NICHT, WIR GLAUBTEN, DAS SYSTEM SEI FÜR ALLE OFFEN UND DASS DER FITTESTE... NA, DU KENNST DIESE GESCHICHTE, NICHT WAR? MIT OPFERN UND SPAREN GELANG ES UNS SOGAR, EIN GEBRAUCHTES FERNSEHGERÄT ZU KAUFEN – DAS WAR EINE ANDERE WELT...

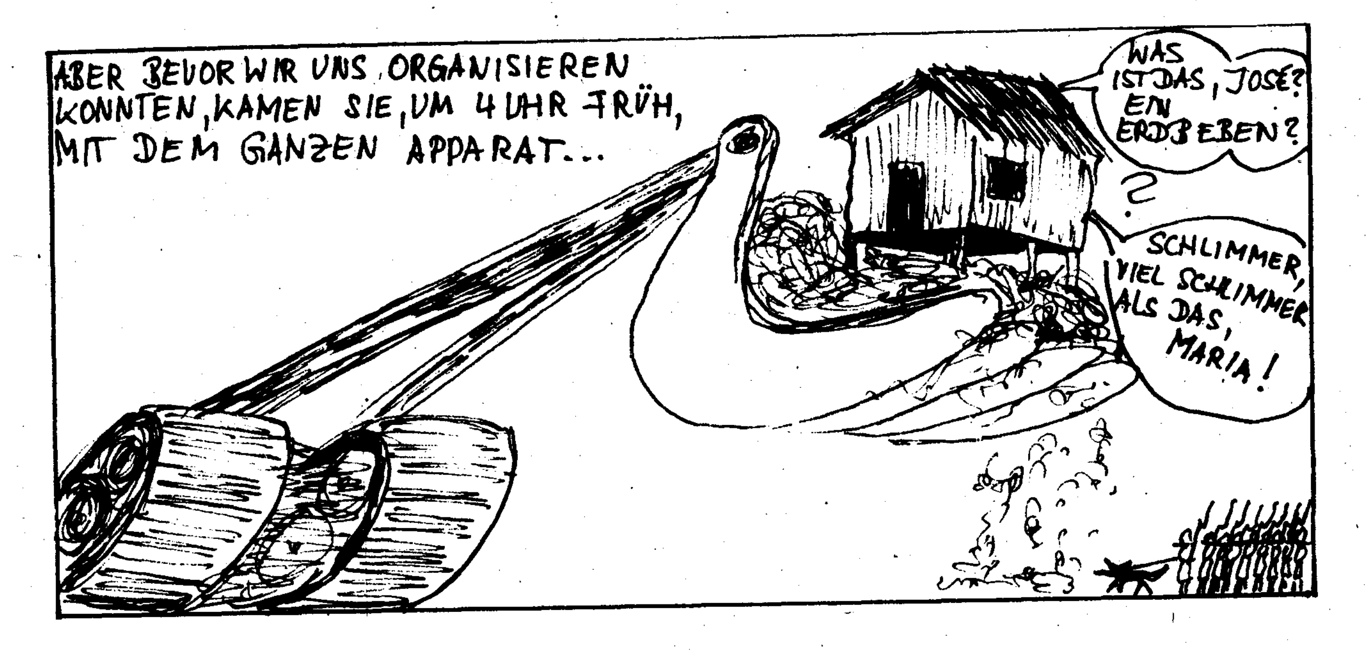
ALLES IST OK. OK. OK.








UND MANCHE DACHTEN, ES SEI SCHLECHT...
ERSTENS: WER SAGT DENN, DASS DIE HÄUSER NICHTS KOSTEN? DIE SCHENKEN UNS DOCH NICHTS. WIR WERDEN DAFÜR BEZAHLEN MÜSSEN, UND WAHRSCHEINLICH VIEL ZU VIEL!
ZWEITENS: WARUM DIESES PLÖTZLICHE INTERESSE NACH ALL DIESEN JAHREN DER SCHICKANIEREREI? DIE WOLLEN UNS NUR VERTREIBEN, WEIL SIE DAS LAND BRAUCHEN, UM LUXUSAPPARTMENTS DARAUF ZU BAUEN.
DRITTENS: WO WOLLEN SIE UNS DENN HINSTEKKEN? WO DER BODEN BILLIG IST, WO ES KEINE VERSORGUNGSEINRICHTUNGEN GIBT, KEINE ARBEIT, KEINE SCHULEN, ÜBERHAUPT NICHTS. GANZ WEIT WEG VON DER STADT. WIR MÜSSEN UNS ORGANISIEREN UND UNS WEHREN.


ABER BEVOR WIR UNS ORGANISIEREN KONNTEN, KAMEN SIE, UM 4 UHR FRÜH, MIT DEM GANZEN APPARAT...
WAS IST DAS, JOSÉ? EIN ERDBEBEN?
SCHLIMMER, VIEL SCHLIMMER ALS DAS, MARIA!


WIR WURDEN AUF LKW'S VERLADEN, MITSAMT DEN SACHEN, DIE WIR TRAGEN KONNTEN. ALLES ANDERE WURDE NIEDERGEBRANNT..


DIE PRESSE BERICHTETE EINE ETWAS ANDERE GESCHICHTE...
EINES DER KREBSGESCHWÜRE UNSERER STADT, DAS DEN TOURISTEN, DIE AUS ALLER WELT IN UNSERE WUNDERBARE HAUPTSTADT STRÖMEN, EINEN NEGATIVEN EINDRUCK VERMITTELTE, WURDE ENTFERNT – SEINE BEWOHNER ERHIELTEN ANGENEHME UND SAUBERE HÄUSER IN EINER NEUEN UND SCHÖNEN NACHBARSCHAFT


KEIN ZWEIFEL, DASS SIE NEU WAREN – ABER MAN KONNTE DAS KAUM EINE "NACHBARSCHAFT" NENNEN, ES SEI DENN, MAN BEZEICHNET SO EINE MONOTONE WIEDERHOLUNG VON KÄSTEN...


ES GAB PROTESTE, VIELE LEUTE STIMMTEN NICHT DAMIT ÜBEREIN, ABER NICHT IMMER WEGEN DER RICHTIGEN GRÜNDE...
UM IHR VERHALTEN ZU STUDIEREN, MUSS ICH JETZT ÜBER EINE STUNDE IM WAGEN FAHREN!
ES WAR SO PITTORESK!
UND SIE HABEN SO CLEVERE ARCHITEKTONISCHE BEHELFSLÖSUNGEN ENTWICKELT!
WO SOLL ICH JETZT MEINE DIENER HERBEKOMMEN?
ES WAR GERADEZU EIN GEDICHT IN 3FACHER DIMENSION. SIE HÄTTEN ES MIT FROHEN FARBEN BEMALEN SOLLEN
ES WÄRE NOCH ZU EINER ORIGINELLEN TOURISTENATTRAKTION GEWORDEN

ABER DIE REGIERUNG HATTE SOVIELE PRESSEVERLAUTBARUNGEN, SO VIELE REDEN HERAUSGEGEBEN, DIE BESAGTEN, DASS ES GUT WAR...

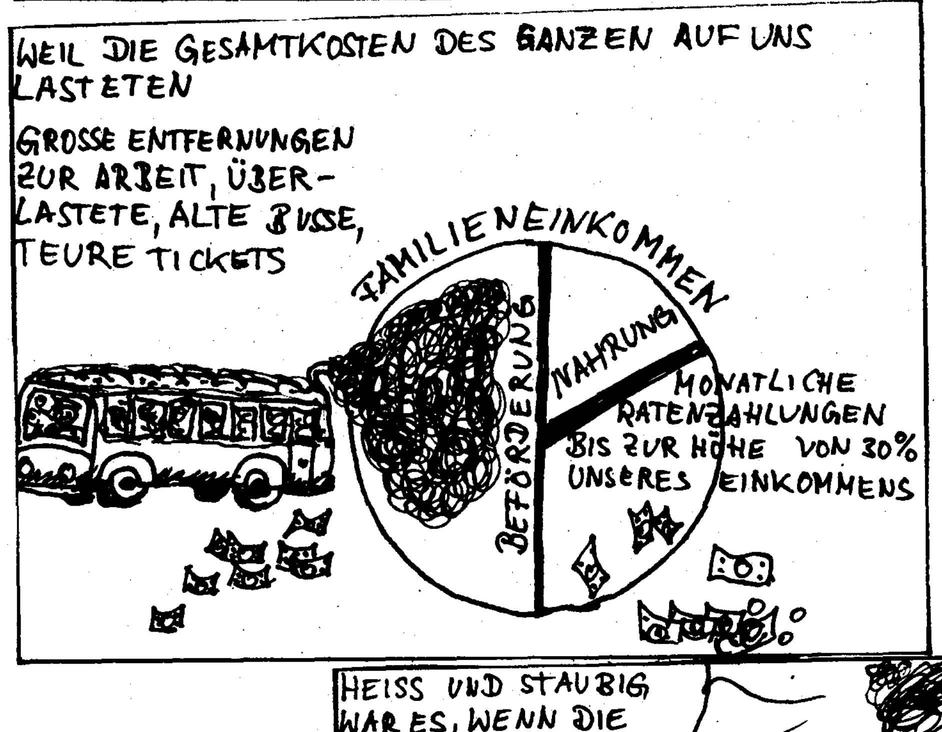
DIE BAUINDUSTRIE MACHTE SOLCHE GEWINNE...

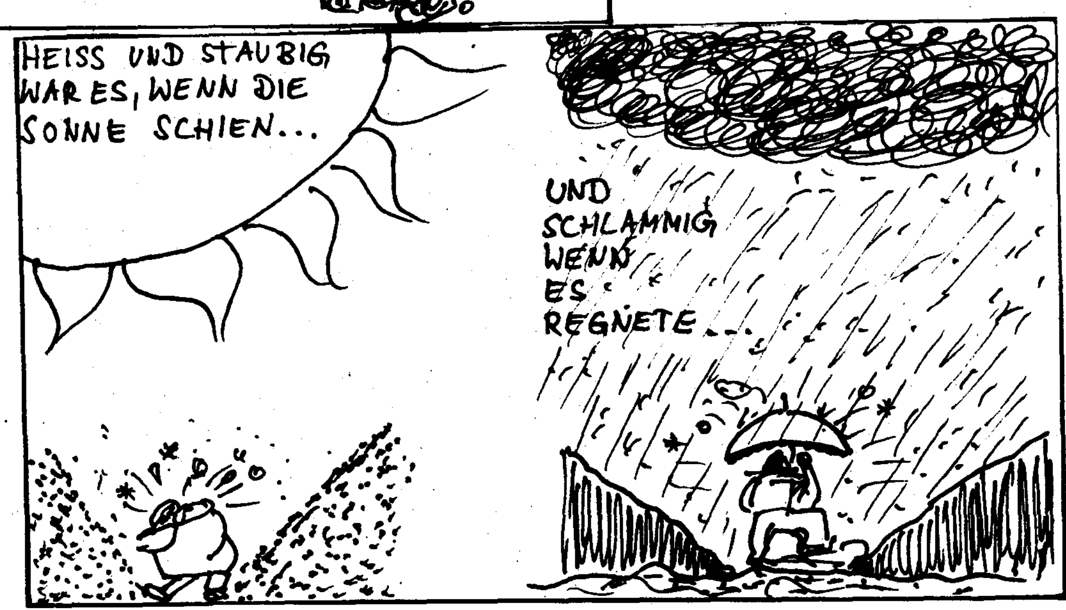
DIE BODENSPEKULANTEN WAREN SO GLÜCKLICH...

DIE PRESSE – DEREN BUDGET VON DEN ANZEIGEN ALLER 3 OBEN GENANNTEN GRUPPEN ABHÄNGT – WAR SO POSITIV...

UND WIR WAREN SO DESORGANISIERT, DASS WIR NICHTS TUN KONNTEN.







DABEI SPRECHE ICH NICHT VON DEN "SOZIALEN" KOSTEN: WIR MUSSTEN BEISPIELSWEISE UNSERE KINDER DEN GANZEN TAG ALLEIN LASSEN, WEIL UNSERE ARBEITSSTELLE WEIT WEG LAG. WIR FÜHLTEN UNS UNSICHER, FÜRCHTETEN, DASS WIR WIEDER VERTRIEBEN WÜRDEN, WENN WIR UNSERE RATEN NICHT RECHTZEITIG BEZAHLTEN...

GAR NICHT ZU SPRECHEN VON DEM GANZEN PSYCHOLOGISCHEN DRUCK, DER AUF UNS UND DEN KINDERN LASTETE.



WOLLEN WIR NICHT DIE SYMPTOME, SONDERN DIE URSACHE DES PROBLEMS ANGREIFEN. WIR WOLLEN DIE STRUKTUREN VERÄNDERN, DIE MENSCHEN ZWEITER KLASSE HERVORBRINGEN.

WIR WOLLEN DAS GEGENWÄRTIGE SYSTEM DURCH EINES ERSETZEN, DAS NICHT AUF AUSBEUTUNG BERUHT. WIR GLAUBEN, DASS DAS MÖGLICH IST UND WIR WOLLEN MIT DER VERÄNDERUNG GLEICH BEGINNEN.

SIND SIE MIT DABEI?

NACH: ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ HAMBURG 5/1976

IN: B. LÖHRKE, B. MOLTHAUP, K. PRÄNGER
DIE STILLE KRAFT DES BAMBUS
MARGINALISIERUNG, SLUMBILDUNG IN DER DRITTEN WELT UND ANSÄTZE ZUR SELBSTORGANISATION:
DAS BEISPIEL MANILA
BENSHEIM 1981

Staudammprojekte in Peru

mit deutscher Entwicklungs- und Kapitalhilfe

In der politischen Auseinandersetzung um die Lieferungen von Atomenergie-Anlagen in die Dritte Welt wird oft darauf verwiesen, daß viele Entwicklungsländer über eine bislang wenig genutzte Alternative für die Stromerzeugung verfügen: Wasserkraft. Auch in der Dritten Welt selbst ist dies ein gewichtiges Argument gegen den Import technischer Anlagen zur nuklearen Stromerzeugung; brasilianische Wirtschaftsfachleute und Umweltschützer beispielsweise haben gerade mit diesem Argument den deutsch-brasilianischen Atomvertrag angegriffen. Vergleicht man Atomenergie und Wasserkraft, so ergeben sich in der Tat, auch abgesehen von den Sicherheitsrisiken der Atomenergienutzung, erhebliche Vorteile für die Nutzung der Wasserkraft in der Dritten Welt. Der Bau von Wasserkraftwerken kann zum überwiegenden Teil aus im Lande selbst verfügbaren Ressourcen, ohne übermäßige Belastung der Devisenbilanz, gebaut werden, während bei Atomkraftwerken für fast alle Entwicklungsländer eine vollständige Abhängigkeit vom Ausland besteht. Die Errichtung von Wasserkraftwerken ist arbeitsintensiv, ihr Betrieb ist später nicht von teuren Importen oder der teuren Aufbereitung von Brennstoffen abhängig. Mit diesen prinzipiellen Vorteilen der Wasserkraftnutzung ist jedoch nichts darüber ausgesagt, ob ein konkretes Staudammprojekt zur Entwicklung eines Landes beiträgt: Wie werden die Leute entschädigt, die auf dem Lande arbeiten und leben, das im Stausee verloren geht? Wem gehört das Land, das nun bewässert werden kann? Was wird auf diesem Land angebaut, Exportprodukte oder Nahrungsmittel? Wie ist das Projekt angelegt im Hinblick auf die ökologischen Gefahren, die mit Staudammprojekten auch verbunden sind? Wie in anderen Bereichen der Entwicklungshilfe auch können Schaden oder Nutzen eines Projektes zur Nutzung der Wasserkraft nur beurteilt werden, wenn die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen einbezogen werden, in die das Projekt eingebettet ist. Der folgende Beitrag berichtet über drei Staudammprojekte in Peru, die mit bundesdeutscher Hilfe konzipiert bzw. gebaut wurden. Hier geht der Nutzen der Projekte völlig vorbei an den armen ländlichen Massen, die als Betroffene alle Nachteile der Projekte zu tragen haben. Der Beitrag zeigt auch, wie wirksam der Widerstand der Betroffenen sein kann, wenn er internationale Unterstützung, etwa in den „Geber"-Ländern, erfährt.

Red.

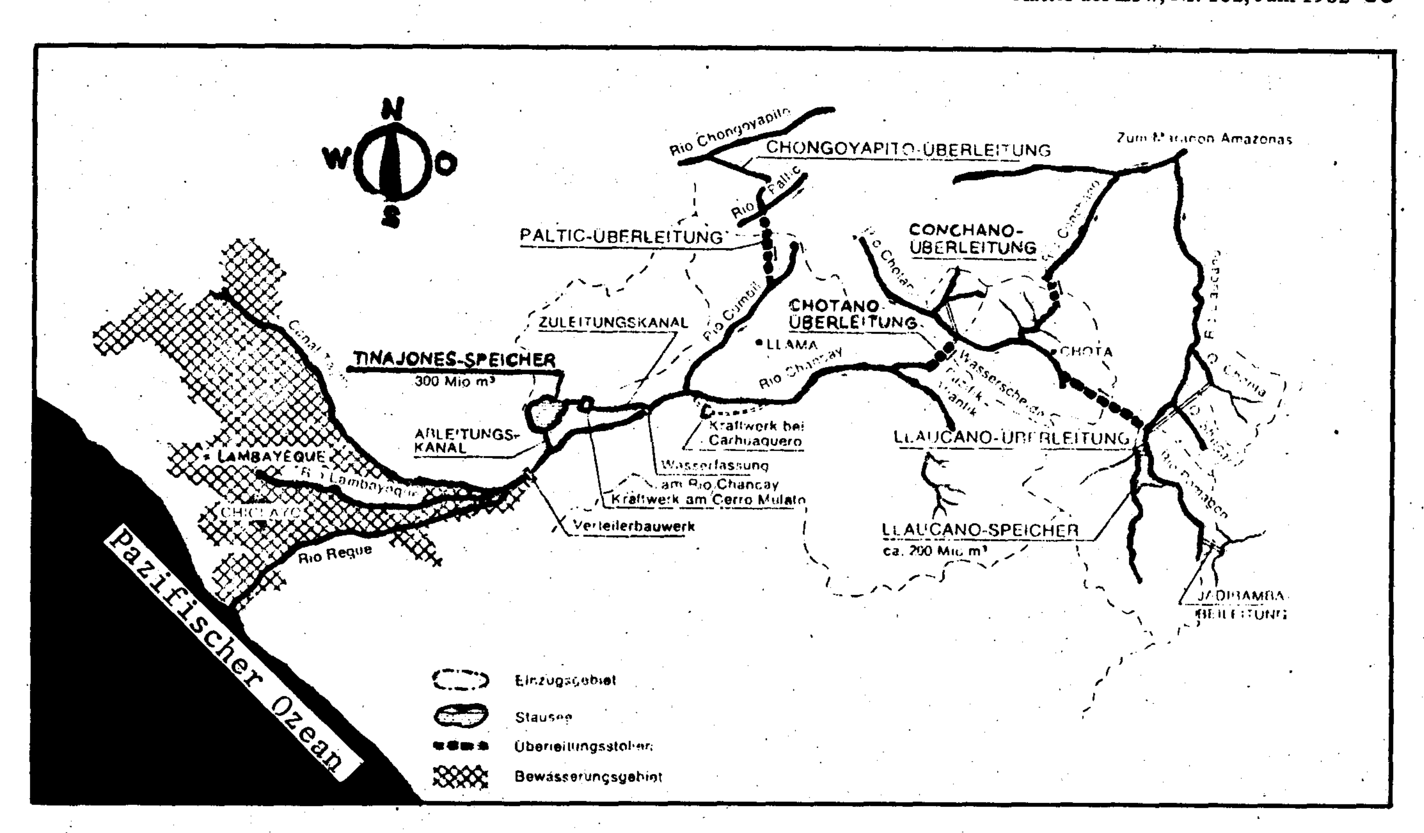
Wie für Guatemala und Kolumbien bereits fertiggestellt, hat die GTZ, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, im Auftrag des BMZ, Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, seit 1969 einen Generalplan zur Elektrizitätsversorgung für PERU in Arbeit. 800 Standortvorschläge wurden untersucht, von denen 550 als Wasserkraftprojekte ausgewiesen wurden.

Wir wollen hier nur von drei Projekten berichten, die fest in deutscher Hand sind, d.h. von der Planung bis zur Durchführung der Konstruktion und der Finanzierung von deutschen Institutionen betreut werden.

Die drei Projekte sind „TINAJONES", ca. 800 km nördlich von Lima, das ab 1965 gebaut wurde, „EL GALLITO CIEGO" im Jequetepequetal, wo die Bauarbeiten 1981 begannen und „PANQUITZAPANCO" oder „PROJEKT ENE", ein noch in der Planung befindliches Großprojekt im zentralen Urwald von Peru.

TINAJONES wurde mit einer Kapitalhilfeinvestition von 150 Millionen DM (bis 1979) gebaut, um 70.000 ha Land zu bewässern. Angebaut werden heute auf 7.000 ha Mais, auf 11.000 ha Bohnen, auf 5.000 ha Baumwolle, auf 25.000 ha Zuckerrohr und auf 22.000 ha Reis. Heute, nach einem Jahrzehnt künstlicher Bewässerung, sind bereits knapp 50 % der Böden versalzen. Dazu kommen bei Tinajones die Folgekosten, die sich als so hoch erwiesen haben, daß Peru nicht in der Lage ist, sie zu tragen. Sie entstehen durch die Sauber- und Instandhaltung der Be- und Entwässerungskanäle und durch die ständig notwendigen Arbeiten hoch oben in den Anden, wo ganze Flußsysteme durch Überleitungen und Tunnelbauten umgeleitet werden müssen. Flüsse, die zum Atlantik, also zum Ostabhang der Anden hin entwässern, müssen über die Anden hinweg oder durch die Anden hindurch zum Pazifik hin umgeleitet werden. Der Niederschlag allein reicht auch in normalen Jahren zur Bewässerung der Gesamtfläche nicht aus. Nach drei Dürrejahren ist der Speichersee Tinajones trotz kostspieliger Umleitungen nicht gefüllt. 1965 wurde mit dem Bau des Tinajones-Speichers begonnen. Noch heute sitzen die deutschen Experten im Projektgebiet und ein Ende ihrer Tätigkeiten ist nicht abzusehen. Trotz dieser negativen Erfahrungen wurde 1981 nur ca. 100 km südlich von Tinajones das Projekt „EL GALLITO CIEGO" („Der blinde Hahn" nach einem preinkaischen Felsbild benannt) am Rio Jequetepeque in Angriff genommen. 571 Millionen m^3 Wasser sollen auf eine Fläche von 15 km^2 gestaut werden, um zusätzlich 14.000 ha Anbaufläche zu bewässern, wobei 700 ha fruchtbarstes Ackerland in der Talsohle des Flusses verloren gehen. Doch muß man auch hier das gesamte Projekt betrachten, d.h. auch hier müssen Flußsysteme an der Wasscheide zwischen Pazifik und Atlantik in ca. 3000 m Höhe in den Anden umgeleitet werden. Zur Veranschaulichung dienen die nebenstehenden Zeichnungen, die bereits 1973 in „Herrscher und Untertanen -Indianer in Peru" vom Museum für Völkerkunde, Frankfurt am Main, veröffentlicht wurden. Damals war das Projekt in Deutschland bereits bekannt. Die vom Untergang ihrer drei Ortschaften im zukünftigen Stausee Betroffenen erfuhren von ihrem Schicksal erst, als die Baumaschinen 1981 anrückten.

Hier wird ein seit prä-columbianischen Zeiten fruchtbares Tal, in dem traditionell Bohnen und Mais zweimal jährlich geerntet wurden, mit den Ortschaften Tembladera, Chungal und Monte Grande, Lebensraum von ca. 3000 Menschen, dem Stausee geopfert. Die erste Studie zum Staudamm wurde noch vor der Agrarreform 1968 in Peru von Großgrundbesitzern, deren Land unterhalb der zukünftigen Staumauer liegt, finanziert. Von dort, obwohl das Land inzwischen in Kooperativen verwandelt wurde, erhält die peruanische Regierung auch heute noch Unterstützung zur Durchführung des Projektes gegen alle Bedenken ökologischer, klimatologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Art. Dazu kommt die Erdbebengefährdung des Projektgebietes und hohe gesundheitliche Risiken für die Anwohner, die immer dann entstehen, wenn in tropischen Zonen fließendes Wasser zu Seen gestaut werden (z.B. Malaria, Bilharziose u.a.).



Außerdem werden viele unerforschte archeologische Stätten im zukünftigen See verschwinden.
Auf alle diese Veränderungen und Gefahren weist seit Jahren ein in Lima gegen den Bau dieses Staudamms gegründetes Komitee hin, das mit uns und anderen Deutschen leider erst im Frühjahr 1981 Kontakt aufnahm, und uns um Unterstützung in ihrem Widerstand bat. Da war aber bereits die Umleitung der Straße nach Cajamarca im Bau, und die riesigen Baumaschinen der Salzgitter AG, die dort zusammen mit peruanischen Partnern die Baufirma Dejeza bildet, hatten schon mit ihren Arbeiten begonnen. Niemand hatte bis zu diesem Zeitpunkt die vom Bau am stärksten betroffenen Menschen in den drei Ortschaften informiert, überwiegend Kleinbauern und Pächter, die mit ihren Familien seit Generationen das fruchtbare Land des Tals bebauen. Die am Projekt beteiligten Deutschen bemerkten den Widerstand der Bevölkerung erst, als zweimal Zufahrtsbrücken für die schweren Baufahrzeuge zur Baustelle gesprengt wurden. Da erschienen auch erstmalig Schlagzeilen in der peruanischen Presse, die besagten, daß durch den Widerstand der Bevölkerung täglich 30 Millionen Soles (ca. DM 160.000,–) verlorengehen. Der Druck, der durch den finanziellen Verlust entstand, führte dazu, daß vier Mitglieder des Komitees, das sich in den dem Untergang geweihten Ortschaften zur Verteidigung der Rechte der Bewohner gebildet hatte, nach Lima eingeladen wurden, um dort vom Landwirtschaftsminister empfangen zu werden. Dieser hörte sich die Klagen der Betroffenen an und befragte sie, ob sie denn nicht wüßten, wohin sie vielleicht umgesiedelt werden könnten. Hier zeigt sich die Hilflosigkeit gegenüber dem Protest und die totale Vernachlässigung der Existenzfragen der Landbevölkerung am deutlichsten. Weiterer Druck wurde dann durch Stationierung von bewaffneten Polizeikräften, zeitweilig auch durch Wasserwerfer in dem Projektgebiet erzeugt, um die Leute einzuschüchtern. So kam es dann zum Abschluß von Verhandlungen, bei denen einige Eigentümer aus Angst, alles zu verlieren, viel zu geringe Entschädigungsangebote der Regierung unterschrieben. Andere, besonders auch die zahlreichen kleinen Pächter, gingen leer aus, diese schlossen sich zu einem neuen Komitee zur Verteidigung ihrer Rechte zusammen. Doch lesen Sie selbst, was der Pfarrer von Tambladera berichtet:
„Die Lage wird immer ernster aufgrund der Unnachgiebigkeit, der Mißbräuche und Lügen seitens der Projektleitung, des Landwirtschaftsministeriums und des Präsidenten unseres Landes. In Huabal, wo unsere Bauern angesiedelt werden sollen, gibt es nur 40 ha Land, und etwa 2000 ha wären nötig. Das Land wird enteignet und nicht vergütet. Salzgitter kommt mit dem Staudamm schnell voran, obwohl der Fluß in der Regenzeit anschwillt und vielleicht weil sie sich bedroht fühlen. Diese Woche war voller Ereignisse...
Aus Liebe zu unserer Erde versammelten wir uns am Montag um 6.30 Uhr am Staudamm „Gallito Ciego", um unsere Äcker vor den Usurpatoren zu schützen: vor dem Landrichter, der zur Enteignung kommen sollte. Aber es kam weder der Richter noch die Polizei. Den ganzen Morgen nicht. Daraufzogen wir im Protestmarsch zum Arbeitscamp: Nach langem Hin und Her öffneten Eure Landsleute das Tor und ließen die 'Anführer' ein. Wir übergaben ein Dokument, in dem wir das Eindringen der Maschinen in unsere Reisfelder ablehnen, bis ein Gesetz die Sache regelt. Die Begegnung war freundlich und gut.
Als wir gegen 14 Uhr friedlich in unsere Häuser zurückgekehrt waren, hörten wir, daß der Landrichter zur Enteignung gekommen war. Da läuteten wir die Glocken. Laster und LKW luden alle ein. Männer und Frauen, Jugendliche und Kinder eilten mit Fahnen in großer Zahl zum Staudamm. Wir zogen durch Staub und Wind zur Baustelle.
Wie die Hebräer zogen wir singend dem Landrichter entgegen. Er wich zurück und fuhr nach Pacasmayo (Stadt mit dem Büro der Projektleitung). Die Polizei war nicht bereit, ihm Schutz zu bieten. Wir sangen: 'Ein Volk zieht durch das Land und ruft: Komm doch, Herr!'...
Gestern kam der Polizeikommandant aus der Landeshauptstadt. Er wollte unseren Standpunkt hören und Hinweise, um eine Vereinbarung der unterschiedlichen Parteien zu erarbeiten. Wir blieben bei unserem Standpunkt und empfahlen einige Orte zur Wiedererrichtung unserer Dörfer und für unsere



Äcker. Der Kommandant gebot uns, Ruhe zu bewahren und unser Eigentum so zu verteidigen, daß fremdes Eigentum nicht zu Schaden kommt. Wir sagten ihm, daß es sich hier um ein soziales Problem handelt, nicht um den Willen zur Gewaltanwendung. Um 13 Uhr wurde bekannt, daß Polizeieinheiten und der Landrichter am Staudamm wären. Die Glocken des Pfarrers rufen uns, wir müssen gehen. Es kamen der Vizeminister für Landwirtschaft, der Direktor des Projektes, der Richter, viele Ingenieure, der Polizeikommandant, der Kapitän des Sektors. Sie wollten Garantien, um in unsere Äcker eindringen zu können. Wir lehnten ab, denn sie redeten nicht von unserem Problem. Sie vertraten nur die Interessen der Regierung, unsere negierten sie. Wir sollten doch verstehen und abwarten. Die Leute wollen diese leeren Versprechungen nicht mehr hören."

Über das, was sich seit Baubeginn im Tal von Jequetepeque abgespielt hat, ließe sich vieles berichten, und die Parallelen zu Sobradinho und anderen Staudammbauten in bezug auf die Vertreibung der Menschen von ihrem Land sind zahlreich.

Wichtiger als hier all diese Details zu schildern, erscheint uns die Berichterstattung über die Reaktion auf die an Planung, Bau und Finanzierung beteiligten deutschen Stellen. Denn während hier im westdeutschen und hessischen Rundfunk die Sendereihe „Götter, Gräber und Experten" lief, die zu einer so negativen Bewertung des Sobradinho-Staudamms in Brasilien führte, während die Informationsstelle Lateinamerika in Bonn die Sobradinho-Brief- und Unterschriften-Kampagne gegen das BMZ vorantrieb, wurden die Zufahrtsbrücken für die schweren Baufahrzeuge der bundeseigenen Salzgitter in Jequetepequetal zweimal gesprengt, weil die Landfrage nicht nur nicht geklärt, sondern nicht einmal in Angriff genommen worden war. Der Strom der Protestbriefe beim BMZ zu Sobradinho war noch nicht versiegt, als der zu Jequetepeque bereits einsetzte. Dieses Projekt lag im Gegensatz zu Sobradinho ganz in deutschen Händen (BMZ, GTZ, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Salzgitter). Das konnte der deutschen Entwicklungsplanung nicht gleichgültig sein, die ja bei Sobradinho immer wieder betont hatte, daß sie nur sehr bedingt verantwortlich sei. Unsere Proteste richteten sich auch gegen die peruanische Regierung und das Landwirtschaftsministerium in Lima. Doch so erfreut die Leute im Tal auf eine Veröffentlichung eines unserer Briefe in einer peruanischen Zeitschrift reagierten, viele von ihnen hatten sehr gut verstanden, daß die Proteste hier und die hier hergestellte Öffentlichkeit über das an ihnen begangene Unrecht mehr Wirkung haben kann. So wurde offensichtlich die Umsiedlungs- und Entschädigungsfrage erst auf Druck der Deutschen während der regelmäßig stattfindenden deutsch-peruanischen Verhandlungen einbezogen. Warum erst Brücken gesprengt oder Protestschreiben verschickt werden müssen, bis die Deutschen ihre Verantwortlichkeit als Geldgeber ernstnehmen, bleibt eine offene Frage.

Vorausgegangen waren Proteste gegen ein drittes geplantes Staudammvorhaben, für das die GTZ und die Firma Lahmeyer verantwortlich zeichnen. Beide waren auch verantwortlich bei der Vertreibung der Igorots von ihren jahrtausende alten Reisterrassen auf den Philippinen, weil dort Staudämme gebaut wurden. Es handelt sich um das Projekt „PANQUITZAPANCO" oder „PROJEKT ENE" im zentralen Urwald Perus, das im Rahmen der Erschließungs- und Kolonisierungspolitik der peruanischen Regierung gebaut werden soll, „um Lima mit Strom zu versorgen". Auch hier handelt es sich um ein Erdbebengebiet. Durch diese Planung ist das letzte Rückzugsgebiet der Ashaninka-Campa-Indianer betroffen, die seit Jahrhunderten durch die vordringende Zivilisation immer tiefer in das Innere des Landes getrieben wurden.

Die GTZ und die Firma Lahmeyer haben zwei sehr unterschiedliche Studien erarbeitet, eine sieht einen Staudamm mit einer Stauhöhe von 206 m vor, der 2/3 des gesamten Flußlaufes der Ene in ca. 165 m Länge stauen soll. Die zweite Studie sieht die Stauung durch 7 kleinere Staudämme mit Stauhöhen von 40 – 120 m vor, dafür aber werden



Der deutsche Berater beim Studium der Geländekarten.

zwei Flüsse, Tambo und Ene, in voller Länge zu Seen gestaut. Die Dorfgemeinschaften der Ashaninka, die am Fluß leben und das fruchtbare Schwemmland bebauen, würden allesamt in den Seen verschwinden, die später dem Tourismus und der Fischereiwirtschaft dienen sollen.
Hier laufen internationale Proteste seit dem IV. Russell-Tribunal im November 1980 gegen die peruanische Regierung Belaunde wegen ihrer Kolonisationspolitik, gegen die Verweigerung von Landtitel, die nach peruanischem Recht und der Verfassung den indianischen Dorfgemeinschaften zustehen, gegen die Lizenzvergabe an Holzfirmen in diesem Gebiet und gegen wilde und staatlich gelenkte Landnahme durch Kolonisationsgesellschaften, die rücksichtslos die Ashaninka von ihren Ländereien vertreiben, und gegen das geplante Staudammvorhaben.
Der peruanische Präsident Belaunde hat mehrfach, u.a. auch beim Staatsbesuch des brasilianischen Präsidenten, auf die „weltweite Verschwörung gegen den Fortschritt in Peru" hingewiesen, zu der sich Menschenrechtsorganisationen, Ethnologen, Ökologen und Klimatologen zusammengeschlossen hätten.
Die Gesellschaft für bedrohte Völker nahm wiederholt an den Protesten gegen diese Politik der peruanischen Regierung teil. Sie wendete sich besonders gegen die deutschen beteiligten Stellen. Ein letzter Anlauf gegen dieses Projekt war ein Protestschreiben an die Bundesregierung und alle am Staatsbesuch der peruanischen Delegation unter Premier- und Wirtschaftsminister Ulloa beteiligten Ministerien im Januar 1982.
Anfang März 1982 erfuhren wir vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, daß der peruanischen Regierung am 24.2. anläßlich einer deutsch-peruanischen Konsultation die Bedenken gegen dieses Projekt von deutscher Seite mitgeteilt worden sind und daß es wegen dieser Bedenken keine deutsche Beteiligung weder in Form von weiteren Studien noch bei der Durchführung des Projektes geben würde. Als Gründe wurden angeführt:
- die ungeklärte Frage der Umsiedlung der Ashaninka,
- die ökologischen Probleme,
- die hohen Kosten, die ein erdbebensicheres Bauen verursachen würde.

Noch liegt uns die schriftliche Bestätigung des BMZ nicht vor. Doch ein Besuch zusammen mit einem indianischen Vertreter der Selva-Indianer Perus bei der GTZ erbrachte das gleiche Ergebnis.

Natürlich bedeutet dies noch nicht, daß das Projekt „PANQUITZAPANCO" nicht verwirklicht wird. Peru wird versuchen, andere Geldgeber zu finden, denn für Perus Präsident Belaunde spielt gerade dieses Projekt eine hohe Prestigerolle. Er erwähnte es bereits als Vorhaben in seiner Rede zum Regierungsantritt im Juli 1980. Doch die Ashaninka dürfen hoffen. Die Staatsverschuldung Perus ist inzwischen auch dank der aufwendigen Staudammbauten, von denen hier nur drei erwähnt wurden, jährlich so gestiegen, daß es heute schwer sein wird, einen neuen Geldgeber für dieses Projekt zu gewinnen.

Wir aber lernen aus diesem Fall, daß Proteste, besonders wenn sie weltweit angelegt sind, sinnvoll sind. So haben vielleicht die Igorotfrauen von den Philippinen, die in Frankfurt auf ihr Schicksal aufmerksam machten, und der Schafhüter der Katinga, der jenseits des Zaunes von Sobradinho seinen Protest im Film „Geraubte Erde" zu Protokoll gab, den Ashaninka vom Rio Ene und Tambo geholfen, vorerst ihr traditionelles Leben, nur erweitert durch den Anbau von Kaffee und Kakao, weiterzuleben und ihre „Entwicklung" und ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Die deutschen Proteste hier haben folgende Aussagen von Herrn Rainer Offergeld, Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit erreicht:

„Spätestens seit Inbetriebnahme des Assuan-Staudamms in den 60er Jahren sind auch die möglichen negativen Wirkungen derartiger Vorhaben bekannt. Bei Staudammvorhaben werden daher in Projektprüfungen negative Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Umwelt sorgfältig untersucht. Die Bundesregierung versucht z.B. durch Einfluß auf die Standortwahl und durch Auflagen zugunsten der umzusiedelnden Bevölkerung die nachteiligen Projektfolgen soweit wie möglich zu verhindern. Erweist sich dies als nicht möglich, muß die Beteiligung an einem solchen Vorhaben abgelehnt werden." (Schreiben des Bundesministers an die Informationsstelle Lateinamerika vom 15.10.1981).

Die seit dem Bau der Transamazonica (durch den brasilianischen Urwald) sich verstärkenden internationalen Proteste gegen die Weltbank u.a. haben diese immerhin dazu bewogen, eine interne Studie über Auswirkungen von Entwicklungsprojekten auf indigine Völker zu erstellen. Welchen Wert die goldenen Worte eines Ministers oder einer solchen Studie der Weltbank hat, wird die Zukunft erst zeigen.

Kontaktadresse: **Peru-Komitee Bremen**
Friedrich-Carl-Str. 61, 2800 Bremen 1

Gesellschaft für bedrohte Völker
Regionalgruppe Bremen
Elsasser Str. 23, 2800 Bremen 1

REZENSION

Atomenergie und Kriegsgefahr

Amory B. Lovins/L. Hunter Lovins, Rowohlt 1981, 272 Seiten, Preis 24,– DM

„Heute, da eine einzige Bombe die gesamte im zweiten Weltkrieg eingesetzte Sprengkraft hat, wächst die Überzeugung: Wir werden uns alle in die Luft sprengen, die Frage ist nur, wann."

Der sich aus diesem Satz wiederspiegelnde Fatalismus gibt nicht die Haltung der beiden Autoren wieder. Zwar sehen sie in der Weiterverbreitung von Atomwaffen die gefährlichste Bedrohung unses Zeitalters, jedoch gelingt es ihnen nach einer gründlichen Analyse Wege zur Umgehung der nahenden Apokalypse vorzuzeichnen.

Entgegen der weitverbreiteten Meinung und den Behauptungen deutscher Kernkraftexporteure, die friedliche Nutzung der Kernenergie habe nichts mit der Herstellung von Kernwaffen zu tun, zeigen die Autoren, daß Kernkraftwerke eher als militärische Produktionsreaktoren für bombentaugliche Spaltstoffe zu bezeichnen sind, bei denen Elektrizität als Nebenprodukt anfällt!

Wo liegen die Gefahren?

Alle kommerziell arbeitenden KKW's werden mit Uran betrieben. Doch wird für verschiedene Reaktortypen unterschiedlicher Uranbrennstoff benötigt. Während der kanadische CANDU-Reaktor mit Natururan betrieben wird, benötigt der auf der Welt am häufigsten verbreitete Reaktortyp, der Leichtwasserreaktor, leicht angereichertes Uran, während Reaktoren für Schiffsantriebe und zahlreiche Versuchsreaktoren mit stark angereichertem Uran betrieben werden. Nun besteht natürliches Uran zu 99,3 % aus dem nicht spaltbaren Isotop Uran-238 und zu 0,7 % aus dem spaltbaren Isotop U-235. Die bei jeder Tonne abgebautem Natururan anfallende Menge von rd. 7 kg spaltbaren U-235 genügte zwar von der Menge her für die Herstellung einer Bombe, ist aber, genauso wie das leicht angereicherte Uran des Leichtwasserreaktors, für die Zündung einer Kernwaffe nicht hoch genug konzentriert. Dagegen läßt sich der stark angereicherte Uranbrennstoff der Schiffs- und Forschungsreaktoren, ebenso wie der Brennstoff für den in Deutschland weiterentwickelten gasgekühlten Hochtemperaturreaktor unmittelbar als Ausgangsmaterial für Kernwaffen verwenden. Nun könnten also mit Natururan oder mit leicht angereichertem Uran arbeitende Reaktoren als militärisch nicht nutzbar gelten, wenn nicht in jedem Reaktor durch Neutronenbestrahlung aus dem Kernbrennstoff das künstliche Element Plutonium erzeugt würde, welches ein geeignetes Ausgangsprodukt für Kernwaffen ist. Zwar findet sich das Plutonium in sehr geringer Konzentration und in einer engen Vermischung mit anderen Spaltprodukten, deren hohe Strahlungsintensität es sehr schwer macht das Plutonium von dem anderen Spaltmaterial zu trennen. Deshalb galten Leichtwasserreaktoren als sicher, solange Länder, die noch nicht über Kernwaffen verfügten, keinen Zugang zu Technologien hatten, mit deren Hilfe sie aus dem abgebrannten Kernbrennstoff Plutonium gewinnen konnten. Dieses Plutonium, welches im Normalbetrieb eines Kernreaktor anfällt – gegenwärtig weltweit etwa 30 Tonnen pro Jahr (genug für etwa 10 000 Bomben) – ist jedoch nach neuen Erkenntnissen gar nicht so schwer zu gewinnen, vorausgesetzt, man legt keinen Wert auf Umweltschutz oder Sicherheit am Arbeitsplatz.

Doch die Wiederaufarbeitung ist nicht der einzige Weg, um in den Besitz des Bombenmaterials zu gelangen. Die Autoren zeigen einige weitere, neue Wege, um in den Besitz der Bombe zu kommen und dem Leser streuben sich die Nackenhaare, wenn er erkennen muß, daß diese bereits begangenen Wege nicht effektiv kontrolliert werden können und heute bereits dutzende von Ländern an der Schwelle zur Bombenproduktion stehen. *„Die Atomkraft"*, so die Autoren, hat *in all ihren Erscheinungsformen eine unmittelbare Verbreitungswirkung und zwar nicht nur, indem sie Wissen, Ausrüstung, Organisationsstrukturen, Erwartungen und Bedrohungen weitergibt, sondern auch dadurch, daß sie selbst schon das ganze Explosionsmaterial liefert"* ...

Aus dem praktischen Versagen der Sicherheitsvorkehrungen muß man zu dem Schluß kommen, daß es keine Nutzung der Atomkraft geben kann, ohne daß gleichzeitig die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen besteht. Von diesem Sachverhalt ausgehend, behandeln die Autoren eine weitergehende Frage:

Ist eine Weiterverbreitung von Atomwaffen ohne Atomkraft realisierbar?

Die Antwort ist plausibel: Von der Annahme ausgehend, daß es die Kernkraft nicht mehr gebe, hätte niemand mehr eine harmlose Rechtfertigung für den Uranabbau, für den Besitz von Forschungsreaktoren und kritischen Anlagen, noch für den Handel mit Spaltstoffen oder technischem Gerät für den Bombenbau. Wären diese auffallenden Artikel nicht mehr im Handel erhältlich, so

- *„wären sie auch weit schwerer zu beschaffen;*
- *wäre der Versuch, sie zu beschaffen, weit auffälliger;*
- *hätten solche Versuche (falls man sie entdeckte) einen hohen politischen Preis für Lieferanten und Empfänger, weil man sie erstmals eindeutig militärischen Zwecken zuordnen könnte."*

Wer also erreichen will, daß die Herstellung von Atomwaffen entdeckt und unterbunden werden kann, muß dafür sorgen, daß der Bau solcher Waffen eindeutig erkennbar ist. Dazu ist es nötig, die Kernkraftwerke, sowie auch die sie tragenden Dienstleistungen und Forschungsprogramme auslaufen zu lassen.

Ist der Preis der zivilen Entatomisierung zu hoch?

Die Beantwortung dieser Frage nimmt einen wesentlichen Teil des Buches in Anspruch, läßt dafür aber keinen Zweifel offen,

- daß die Kernenergie in den USA keineswegs eine kostengünstige Energiequelle ist, sondern – bei Berücksichtigung aller Kostenfaktoren – teuerer als Kohlestrom ist;
- daß in den USA, wie in den meisten anderen Industriestaaten, der Ausbau von Kraftwerken in den nächsten Jahren gar nicht nötig ist, weil Überkapazitäten der Stromversorgungsunternehmen bereits existieren und auch für die Zukunft bereits absehbar sind;

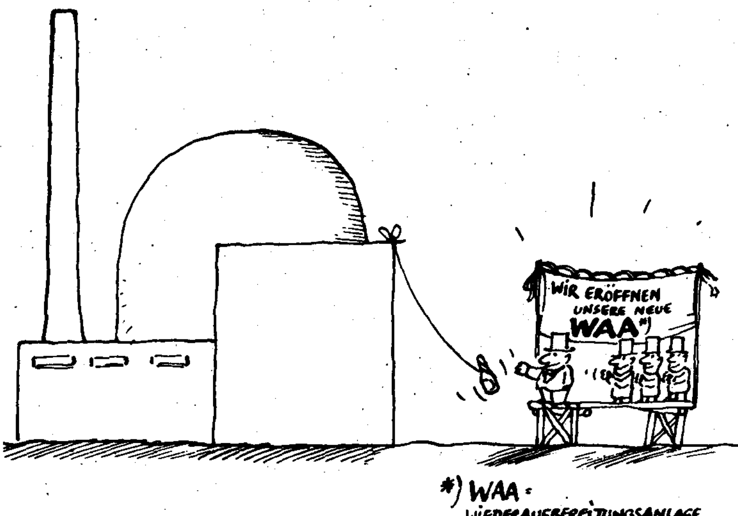
– daß es erhebliche Einsparungsmöglichkeiten auf dem Energiesektor gibt, die sowohl die Nutzung der Kernenergie überflüssig machen als auch die Einfuhr/den Verbrauch fon fossilen Brennstoffen erheblich verringern könnten.[1]

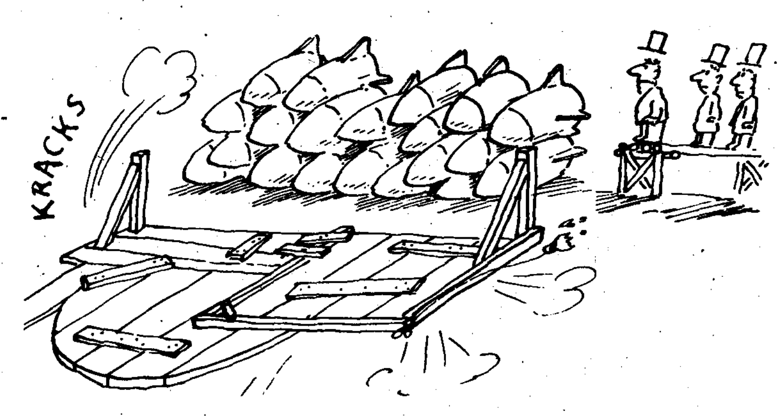
Die letzte Chance

Die meisten Leser dürften den Autoren zustimmen, wenn sie die politischen Hindernisse auf dem Wege zur atomaren Abrüstung als entmutigend empfinden. Allerdings – so ermutigen die Autoren – „*hat man einige mögliche Lösungswege bisher nicht zu beschreiten versucht – das gilt vor allem für die Nicht-Kernwaffenstaaten, denn sie haben den Einfluß den sie gemeinsam haben könnten, noch nicht klar erkannt und sind auch noch nicht organisiert, ihn zu nutzen.*"
Neben einigen konventionellen Vorschlägen zur Entatomisierung sehen die Autoren in der Lösung dreier Aufgaben die Rettung unseres Planeten:
Als ersten Schritt zu einer zivilen Entatomisierung müssen die Regierungen lediglich eine Energiepolitik betreiben, die darauf abzielt, den Bedarf an Energie zu möglichst geringen Kosten zu decken. Die Konsequenz wäre eine allmähliche Stillegung von Kernreaktoren und sinkende Strompreise! Die Autoren halten zwar eine kollektive Initiative mehrerer Länder für wünschenswert, doch alleine schon ein Beispiel würde genügen, um in anderen Ländern die politische Untersüttzung für Kernkraftwerke zusammenbrechen zu lassen.
Als zweiter Schritt könnten die bisher an die Atomkraft gebundenen Mittel für einen sanften Energieweg investiert und so die Energieversorgungssicherheit gewährleistet werden.
Diese Bemühungen sollten mit dem langwierigen und schwierigen Problem des gegenseitigen Abbaus strategischer Waffen gekoppelt werden. Die internationale Ächtung von Gewalt (vor allem durch Kernwaffen) und die Entmilitarisierung des Sicherheitskonzepts, ist die dritte Aufgabe die angegangen werden muß, um der Weiterverbreitung von Kernwaffen Einhalt zu gebieten.

Was tun?

So richtig diese Anleitungen sein mögen, so wenig greif- und durchsetzbar sind sie für die Leser, seien es Arbeiter oder einflußreiche Politiker.
Was wir jedoch hier tun können und müssen,[2] ist zu zeigen, wie bundesdeutsche Firmen mit Genehmigung der Bundesregierung dem Kernwaffenbau anderer Länder Vorschub leisten. Denn – darin liegt die Bedeutung dieses Buches – wer Kernkraftwerke hat, kann auch Atombomben bauen.
So mag zwar der Vorwurf, den die BBC im Rahmen der Falklandkrise erhob, das Atombewaffnungsprogramm Argentiniens sei wesentlich von den Regierungen der Bundesrpeublik unterstützt worden, etwas verkürzt sein, der Kern der Aussage stimmt jedoch: Mit der Lieferung und dem Bau der Kraftwerksanlagen sowie mit der nuklearen Zusammenarbeit hat die Bundesrepublik Argentinien an die Schwelle der Atombewaffnung geführt.[3]
Durch das Verhindern von Kernkraftwerksanlagen leisten wir den Entwicklungsländern keinn Bären-Dienst wie oftmals behauptet wird. Die Behauptung vom billigen, sauberen und sicheren Atomstrom gilt für die Entwicklungsländer noch weniger als für uns, und es ist wohl kaum von der Hand zu weisen, daß die knappen finanziellen Mittel eines Entwicklungslandes wie z.B. Brasiliens besser und vor allem zum Nutzen der ärmeren Bevölkerungsschichten angelegt werden könnten (die Kosten für den Reaktor ANKRA II belaufen sich nach neuesten – aber sicherlich nicht letzten – Schätzungen auf 3.500 Dollar pro installiertem Kilowatt, das Vierfache dessen, was die Leistung aus anderen Kraftwerken kostet).
Am wirksamsten können wir den Völkern in der Dritten Welt helfen, indem wir uns selbst helfen: Kämpfen wir hier in der Bundesrepublik gegen einen weiteren Ausbau der Kernenergie und für die baldige Stillegung aller KKW's![4]





Ohne den Kraftwerksbau in der Bundesrepublik könnten die bundesdeutschen Firmen im Exportgeschäft nicht mehr konkurrieren. Gleichzeitig – und das ist wohl der wichtigere Aspekt – kann nur so das Image der überlegenen Kernkrafttechnologie in den Entwicklungsländern abgebaut werden. Solange hier noch weitergebaut wird, können wir von den Regierenden der Entwicklungsländer kein Umdenken erwarten. ds

Anmerkungen:

1) Diese Zusammenhänge gelten prinzipiell auch für die Bundesrepublik. Da das Buch aus dem Amerikanischen übersetzt wurde, beziehen sich die Zahlen hauptsächlich auf die USA.
2) Interessierte und Aktionisten seien hier auf die Multi-Gruppe des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile – Lateinamerika (FDCL), Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Telefon: 030/3135065, hingewiesen, die die Aktivitäten gegen den Verkauf deutscher Atomtechnik koordiniert; vgl. auch Aufruf in 'blätter des iz3w' Nr. 93, S. 26.
3) Zum deutsch-argentinischen Atomgeschäft siehe auch: Der Griff nach der Bombe, Das deutsch-argentinische Atomgeschäft, FDCL, Berlin 1981, Bestelladresse wie oben (Rezension in: 'blätter des iz3w' Nr. 96, September 1981).
4) Wer Zweifel an der Gangbarkeit dieses Weges hat, dem sei das Buch „Energiewende" empfohlen. Krause/Bossel/Müller-Reismann: Energiewende, Ein Alternativbericht des Öko-Instituts/ Freiburg, Frankfurt 1980.

Mahnwache für Verhaftete und Gefolterte in Südafrika

An jedem Donnerstag halten in verschiedenen Städten in Südafrika Menschen unter Lebensgefahr Mahnwachen vor Polizei- und Justizgebäuden für verhaftete Verwandte und Freunde.
Diese Gefangenenunterstützungsbewegung DESCOM (Detainee Support Commitee) ist inzwischen zu einer Stärke herangewachsen, die man vergleicht mit der der Studentenbewegung um Steve Biko 1976 – man spricht von einer Art 'positiven Krankheit', die um sich greift.
Auch in der BRD, in England, den Niederlanden, der Schweiz, in Frankreich, in Österreich und in den USA unterstützen viele Gruppen und Einzelpersonen diese Aktion. Vor Weihnachten fand die Mahnwache in Bonn vor der südafrikanischen Botschaft statt (14. bis 25. Dezember, Tag und Nacht), über die auch in der südafrikanischen Presse berichtet wurde.
Mittlerweile hat sich diese Mahnwachen-Idee bundesweit und international ausgebreitet: jeden Donnerstag stehen sie, meist zu zweit, Wache vor südafrikanischen Einrichtungen, oder einfach nur auf Plätzen und an Kreuzungen – mit dem Ziel, über diese symbolische, gewaltfreie Aktion nicht nur direkt die südafrikaniche Vertretung zu erreichen, sondern vor allem auch, um die Bevölkerung, die Öffentlichkeit aufzuklären über die brutale Realität Südafrikas.
Angelpunkt der bundesweiten Mahnwache ist das *'Verhörgesetz,* Section 6 des sog. Terrorismusgesetzes von 1967, dessen ungeheuerlicher Inhalt der deutschen Öffentlichkeit bekannt gemacht werden muß. Hier einige Erläuterungen zu seinem Inhalt:
Für Personen, die unter dieses Gesetz fallen, sind alle anderen Gesetze außer Kraft gesetzt („ungeachtet anderslautender Gesetze...")
„– ... jeder leitende Polizeibeamte... kann eine Person *ohne Haftbefehl* verhaften, oder verhaften lassen, und diese Personen in Gewahrsam halten..."
– und zwar *unbeschränkt lange"* ... bis sämtliche Fragen zufriedenstellend beantwortet" werden.
– „keine Person ... darf zu einem Gefangenen *Kontakt* oder offizielle *Informationen* von oder über den Gefangenen haben..."
Das bedeutet strenge *Isolationshaft,* den Verwandten wird nicht einmal mitgeteilt, daß und wo der Verhaftete gefangengehalten wird. Die Gefangenen werden ständig in andere Gefängnisse gebracht, damit sie keine heimlichen Kontakte nach außen aufbauen können.
– „kein Gericht darf über die Gültigkeit von Handlungen, die unter diesem Gesetz vorgenommen wurden, urteilen oder die Freilassung von Gefangenen anordnen, „d.h. *die Polizei wird vor jedem richterlichen Zugriff geschützt,* was einem Freibrief für Folter gleichkommt.
– Die Informationssperre geht so weit, daß selbst Personen, die Informationen z.B. über Folterungen weitergeben, undieses Gesetz fallen und verhaftet werden.
Vertreter der schwarzen unabhängigen Gewerkschaften, der Kirchen und der Studentenvereinigungen müssen täglich mit ihrer Inhaftierung rechnen. „Allein im vergangenen Jahr wurden 622 Menschen in Vorbeugehaft genommen oder gemäß dem Terrorismusgesetz in eine praktisch unbegrenzt verlängerbare Haft genommen; darunter allein 302 Arbeiter und Gewerkschaftler. Es ist zu befürchten, daß die Dunkelziffer wegen der beschränkten Berichtsmöglichkeiten der Presse höher liegt." (Offener Brief vom 25.2.82 der dt. Bundestagsabgeordneten W. Roth, H. Schuchardt u. H. Hornhues an Premierminister Botha)
Einer der Inhaftierten, Jabulane Ngwenya, hatte sich vor zwei Jahren mehrere Wochen lang als Gast des „Arbeitskreises Frieden" in Denzlingen bei Freiburg aufgehalten. Jabulane Ngwenya, 27 Jahre, schwarzer Theologiestudent aus Soweto, wurde 1976 vom dortigen Schulbesuch ausgeschlossen; 1978 war er zum ersten Mal drei Monate inhaftiert, ohne Anklage. Jabu war Vorsitzender der Jugendliga des Christlichen Instituts von Südafrika (bis zu dessen Bannung 1977) und ist bis heute Präsident der Jugendliga der unabhängigen Kirchen. Kurz nach seinem Besuch in Deutschland wurde Jabu im Dezember '79 in Südafrika verhaftet – und zwar unter dem erwähnten Verhörgesetz. Für seine Freilassung setzten sich die Denzlinger in Briefaktionen ein, mit ihnen viele andere, u.a. evangelische Landesbischöfe und Kirchenpräsidenten. Auch

§ 6 des Terrorismusgesetzes Nr. 83 von 1967
Haft von Terroristen und gewissen anderen Personen zum Verhor

1. *Ungeachtet anderslautender Gesetze darf jeder leitende Polizeibeamte* — Polizeibeamte vom gleichen oder höheren Dienstgrad eines „Lieutenant Colonel" (Oberstleutnant), wie in §1 des Polizeigesetzes (Nr. 7 von 1958) erklärt — *eine Person ohne Haftbefehl verhaften* oder verhaften lassen, und diese Person in Gewahrsam halten oder halten lassen *zum Verhör* an solchen Orten in der Republik, und unter den Bedingungen, die der Kommissar (die Anweisungen des Minsiters befolgend) von Zeit zu Zeit festlegt, *wenn der Polizeibeamte Grund hat zu glauben, daß diese Person* (die sich irgendwo in der Republik befindet) Terrorist ist, oder *Informationen vor der südafrikanischen Polizei zurückhält* (Informationen, die mit Terroristen oder Vergehen gegen dieses Gesetz in Zusammenhang stehen). *Die Haft dauert an, bis* der Kommissar die Entlassung verfügt, nachdem er festgestellt hat, daß *der Gefangene* bei dem oben genannten Verhor *sämtliche Fragen zufriedenstellend beantwortet hat,* oder daß eine Verlangerung des Gewahrsams keinen Zweck haben wird, oder bis die Entlassung verfugt wird (4).

2. Der Kommissar soll so schnell wie moglich nach der Festnahme eines Verdachtigen dem Minister den Namen und den Ort der Inhaftierung mitteilen und einmal im Monat die Grunde nennen, warum der Verdachtige nicht entlassen werden kann.

4. Der Minister darf jederzeit die Freilassung Inhaftierter anordnen.

5. *Kein Gericht darf uber die Gultigkeit von Handlungen die unter diesem Gesetz vorgenommen werden urteilen, oder die Freilassung von Gefangenen anordnen.*

6. Keine Person — außer dem Minister oder einem Beamten im offentlichen Dienst in der Wahrnehmung seiner Aufgabe — darf zu einem Gefangenen Kontakt oder offizielle Informationen von oder uber den Gefangenen haben

Bundesaußenminister Genscher hörte sich anläßlich einer Wahlkundgebung ihr Memorandum an und versprach, sich für Jabu einzusetzen. In der Karwoche 1980 ließ man Jabu und 15 weitere mitinhaftierte Studenten frei. Im Rahmen einer Verhaftungswelle letzten Jahres wurde er erneut eine Woche lang gefangengehalten, ohne Essen und Trinken, woraufhin er körperlich sehr geschwächt war. Aus Angst vor einer erneuten Verhaftung hielt er sich nie länger an einem Ort auf. Da seine Frau ein Kind erwartete, fuhr er einige Tage zu ihr. Dort wurde er am 9.11.81 abgeholt und inhaftiert. Viele Briefe gingen seither an den Premierminister, den Justiz- und Polizeiminister in Südafrika, jedoch erhielten die Denzlinger keine Nachricht. Sie entschlossen sich zu einer Mahnwache in Bonn vor Weihnachten, und erfuhren dort von der Botschaft, daß, wie befürchtet, Jabu unter Gesetz Section 6 steht. Jabu soll beim Prozeß am 28. Mai gegen Cedric Mason (führender Mitarbeiter des Christlichen Instituts bis zur Bannung 1977) als Kronzeuge der Anklage aussagen. Dadurch ist Jabu besonders gefährdet, denn die bisherige Erfahrung mit der südafrikanischen Justiz zeigt, daß sie Zeugenaussagen von politischen Gefangenen mit Folter zu erpressen versucht.



Jabu

Am 28./29./30. Mai finden bundesweit Gottesdienste und Aktionen anläßlich des Prozesses gegen Cedric Mason statt. Außerdem werden jeden Donnerstag weiterhin Mahnwachen in der Bundesrepublik abgehalten. Dabei werden jede Woche zwei neue Namen von Verhafteten in Südafrika bekannt gemacht.

Warum gerade die Form der Mahnwache?

Die Beteiligten der Bonner Mahnwache von Weihnachten berichten von sehr positiven Erfahrungen – vor allem die Reaktionen der Passanten und Anwohner zeugten von einer tiefen Betroffenheit. Die Beharrlichkeit, mit der die Wachenden mit zwei Stallaternen dastanden, weckte die Neugier der Vorübergehenden und Vorbeifahrenden, bis dann früher oder später ein Gespräch entstand. Über diesen persönlichen Bezug, der über die Person des Wachenden zu dem Schicksal der Verhafteten hergestellt wurde, wurden Anonymität und Gleichgültigkeit ein Stück weit überwunden. Vor allem eben das Durchhalten der Wachenden verlieh der Aktion Nachdruck.
Für die südafrikanische Gefangenenunterstützungsbewegung DESCOM bedeutet es eine Ermutigung, daß nicht nur in Südafrika, sondern vielerorts solche Mahnwachen entstanden sind – spürbar haben sich die Mahnwachen in einer Reihe von Hafterleichterungen für die Gefangenen ausgewirkt, wodurch bewiesen wäre, daß ihnen die Veröffentlichung ihrer Namen einen gewissen Schutz gewährt.

Folgende Personen wurden unter Section 6 des Terrorismusgesetzes verhaftet und schweben wegen schwerer Folterung in Lebensgefahr:

Dekan Farisani (Dekan der lutherischen Kirche in Venda)
Jubulane Ngwenya (Gewerkschaftler)
Siza Njikelana (Gewerkschaftler)
Maria Mapesi und ihr Mann (Gewerkschaftler)
E. Shomang (Katholik)
Khotso Seatholo (Soweto Schülerrat)
Barney Mokhatle (Soweto Schülerrat)
Sol Jakob (weißer Pfarrer)
P. Matthews (ANC)
Charles Bill
A. van Heerden
A. Fine — **(weiße Studenten)**
C. de Beer
H. Koornhof
Emma Mashinini (Gewerkschaftlerin)
Rita Nzinga (Gewerkschaftlerin)
S. Ndou (Gewerkschaftspräsident)
S. Kikine (Gewerkschaftsgeneralsekretär)
Cedric Mason (weißer Pfarrer)
Bischof Serote (lutherischer Bischof)

Die Veröffentlichung dieser Namen kann verhindern, daß die betroffenen Gefangenen einfach von der Bildfläche verschwinden, und beweist der Öffentlichkeit, wie es um den „Reformeifer" Bothas bestellt ist.

Interessierte an der Mahnwache – die sich vielleicht in ihrer Stadt beteiligen möchten – sollten sich wenden an: Martin Höfflin, Langestr. 39, 7808 Waldkirch, Tel. 07681/3845

Menschenrechtsverletzung auf den Philippinen:

In unserer vorletzten Ausgabe („blätter" des iz3w Nr. 99, S. 47 - 56) berichteten wir über die Philippinen und dort u.a. über die Menschenrechtsverletzungen. Die Repressionen gegen politische Gegner halten weiterhin an. Über die Aktionsgruppe Philippinen e.V. (AGPHI) erreichte uns folgende Nachricht des Weltkirchenrates:
„Philippinische Regierung verhaftet führende Mitarbeiter des Nationalen Rates der Kirchen und der Studentengemeinden. Am 26. Februar um Mitternacht wurden Violetta Marasigan, Laura Ocampo und Avelina Enrile verhaftet. Violetta Marasigan arbeitet seit Jahren im Frauen- und Familienbildungsreferat des NCCP in Manila und Laura Ocampo hat seit vier Jahren das Menschenrechtsreferat des NCCP unter sich und betreut intensiv politische Gefangene und ihre Familien. Beide sind bereits vor Jahren einmal inhaftiert gewesen. Beides sind Mütter mit jeweils vier, bzw. zwei Kindern. Avelina Enrile arbeitet mit der Studentengemeinde (Student Christian Movement) im nationalen Büro in der philippinischen Hauptstadt. Äußerst beunruhigend ist nicht nur, daß führende Angestellte der protestantischen Kirche wie unzählige andere Bürger des Landes bei Nacht und Nebel verhaftet werden, beängstigend ist, daß die Behörden nicht den Internierungsort der Verhafteten preisgeben, so daß weder ein Kontakt mit den Familienangehörigen noch mit einem Rechtsberater für die drei Frauen möglich ist. Da die Praxis des Militärs, der Regierung nicht genehme Bürger nach Mißhandlungen und Folter verschwinden zu lassen, zunimmt, wendet der Generalsekretär des nationalen Rates der Kirchen auf den Philippinen, Bischof Mercado, sich mit Hilferufen an die Kirchen in der Ökumene, um durch internationale Öffentlichkeit und internationalen Druck das Schlimmste zu verhindern oder eine Freilassung zu erreichen."
Die Aktionsgruppe Philippinen e.V. ruft dazu auf, Telegramme und Briefe an die zuständigen Stellen auf den Philippinen zu schicken. Nur internationale Kampagnen bewirken etwas bei den auf ihr Ansehen im Ausland so bedachten Regierungsstellen. Folgende Adressen kommen in Frage:

President Ferdinand E. Marcos
Malacalang Palace, Metro Manila
Philippines

Defense Secretary Juan Ponce Enrile
Camp Aguinaldo, Quezon City
Philippines

Textvorschlag für ein Telegramm:

Demand immediate release of Violetta Marasigan and Laura Ocampo of NCCP and Avelina Enrile of SCM Manila. All were detained 26 February.

Wichtig wäre es, wenn gleichzeitig die philippinische Botschaft in Bonn von Eurem Schreiben nach den Philippinen in Kenntnis gesetzt würde. Für einen Überblick über die tatsächlich gestarteten Aktionen bittet die AGPHIum eine kurze Nachricht.
Adresse: Aktionsgruppe Philippinen e.V.
Uhlandstraße 9, 5444 Polch
Telefon 02654 / 61 05

Brasilien: Ronda Alta

Der Kampf der Bauern von Ronda Alta (vgl. „blätter des iz3w, Nr. 98) um Siedlungs-Land ist in ein neues Stadium getreten: Anfang März 1982 zogen sie unter Polizeibewachung und Behinderung durch die örtlichen Behörden auf ein neues mit Hilfe der Kirche erworbenes Stück Land um. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Bericht und den Spendenaufruf des „Cactus", der Zeitung der DED-Entwicklungshelfer im Nordosten Brasiliens. D.Red.

Zu den Forderungen nach dem seit Jahren versprochenen Land erklärte die Regierung, daß es in Rio Grande do Sul kein freies Land mehr gäbe und will das Problem lösen, indem sie die Landlosen in Kolonisierungsprojekte nach Bahia, Acre und Mato Grosso umsiedelt. Die Landlosen lehnen dieses Angebot jedoch rundweg ab und bestehen auf ihrem durch das „Estatuto da Terra" verbürgte Recht, im eigenen Bundesstaat Land zu bekommen. Sie verwiesen auf die Landkonflikte in den angebotenen Bundesstaaten und schlagen der Regierung vor, zuerst den landlosen Bauern in Bahia etc. in deren Staaten Land zu geben...
In ganz Rio Grande do Sul gibt es nach offiziellen (!) Schätzungen fast 10 Millionen ha unproduktives Land, ungenutzter Großgrundbesitz. Für die Bewohner der Encruzilhada Natalino würden ganze 7500 ha ausreichen. Enteignung und Kauf dieser 7500 ha kämen der Regierung ganze 150 Millionen Crs. billiger als die geplante Umsiedlungsaktion, die enorme infrastrukturelle Leistungen erfordern würde. Warum also wehrt sich die Regierung gegen die einfachere, billigere Lösung?
Es geht um viel mehr als um das Schicksal von 700 Familien! Es soll kein Präzedenzfall geschaffen werden. Die Landlosen von Ronda Alta stehen für weitere 150.000 Familien ohne Land in Rio Grande do Sul und für viele Millionen in ganz Brasilien. Wenn das Beispiel Schule machen sollte, dann Gute Nacht für den sozialen Frieden auf dem vom Großgrundbesitz beherrschten Land....
Das neue Gebiet von 108 ha wurde vom Fond der „Solidaritätsbewegung für die Landlosen von Natalino" unter absoluter Diskretion mit einer Anzahlung von 1,5 Millionen Crs. (ca. 23.000 DM) erstanden... Siedler und Kirche verpflichteten sich, die noch ausstehenden 25,5 Millionen Crs. (ca. 425.000 DM) innerhalb der nächsten 90 Tage zu bezahlen. In diesem Zeitraum wird die Kirche intensive Kampagnen durchführen, um das Geld zusammenzubekommen. Wir bitten um Spenden für die Fortsetzung des Kampfes der Landlosen von Ronda Alta. Es ist kein Almosen,was die Leute vom Lager brauchen, sondern ein nötiges Hilfsmittel für ihre Bewegung, die nicht nur eine Bewegung für das Problem von 212 Familien ist, sondern wie einer der Bauern sagt: „Unser Kampf wird weitergehen, denn dies ist nur eine provisorische Lösung." Spenden auf das Konto von:

Walburga Greiner
Kreissparkasse 8431 Freystadt
Konto Nr. 2867323
Verwendungszweck: CACTUS-Solidarität

Zeitschriften-übersicht

AIB Nr. 5/1982
6 AIB-Aktuell: Breiter Empfang für Reagan ● El Salvador: Die Märzwahlen – ein „Akt der Selbstbefreiung"? ● FMNL/FDR – Erklärung zum Ausgang der Wahlen ● Guatemala: Die Wahlschlappe der Militärs ● Nikaragua: Die US-Intervention hat viele Gesichter ●

Sonderheft Nr. 2/1982: Zum Antiinterventionskongreß in Münster im März 1982

Nr. 6/1982
AiB-Aktuell: Im Jahr der Sanktionen gegen Südafrika ● Argentinien – Großbritannien ● Guatemala: Interview mit M. A. Albizurez ● Guinea-Bissau: Die Reaktivierung der PAIGC ● Kampuchea: Vom Widerstand zum Aufstand ● u.v.m.
Einzelpreis: DM 2,50; Doppelheft DM 4,50; Sonderheft: DM 2,–; AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

LATEINAMERKA ANDERS Nr. 19/1982
Schwerpunkt: Zentralamerika ● Vorstellung der APIA, Presseagentur für alternative Information mit Sitz in Managua ● Zentralamerika vor dem ökonomischen Kollaps ● Nikaragua: Revolution zwischen Stabilisierung und Transformation wirtschaftlicher Strukturen ● Die Massenorganisationen und die sandinistische Partei ● Rebellion an der Atlantikküste ● Was macht die Revolution mit der Prostitution? ● El Salvador: Schalchthof im Vorgarten der USA ● Die Wahlfarce – ein Pluralismus der Rechten ● Stellungnahme der FMLN/FDR ● Die Oligarchie in El Salvador ● Guatemala: Einheit der Guerilla ● Honduras: US-Stützpunkt mit demokratischer Fassade ● Paraguay: Ausverkauf eines Landes
68 S. DM/sfr. 4,– IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien

ILA - INFO Nr. 56/1982
Schwerpunkt: Der Nord-Süd-Krieg im Atlantik ● Der Amazonaspakt: Das Amazonasgebiet für die Amazonasländer ● Gewerkschafterprozeß in Brasilien ● Die Wirtschaftslage in Chile ● Deutsche Farmen in Paraguay ● Briefverkehr Grenada – USA ● Ländernachrichten zu El Salvador und Guatemala
Einzelpreis DM 2,50; ILA, Römerstr. 88, 5300 Bonn

SOLIDARITÄT Nr. 67 Mai 1982
Schwerpunkt: Der IWF im Trikont ● Internationale Wirtschaftspolitik gegen die 3. Welt ● Madagaskar und der IWF ● Sudan und der IWF ● Sri Lanka: Mit dem IWF in die Armut ● Soll die Schweiz dem IWF beitreten? ● Dossier: Schweiz-Trikont ● Nahost ●
24 S.; DM 2,50; SKAAL, Postfach 2009, CH 4001 Basel

ASIEN Nr. 2 Januar 1982
The European Community and ASEAN ● China und Indien im Entspannungsdialog ● Ne Win's Burma – After Ne Win ● Japan's Nuclear Policy ● Die Indochina-Politik der Republik Singapur ● u.a. ●
Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V., Einzelpreis DM 12,50

DIE INTERNATIONALE Nr. 17/1982
Revolution und Konterrevolution in Polen ● Sozialdemokratie in Westeuropa ● Neue Technologien: Rationalisierung und Gegenwehr ●
Hrsg.: GIM; Einzelpreis DM 11,50; Bezug: isp-Verlag, Postfach 11 10 17, 6000 Frankfurt 1

Zur REZENSION EINGETROFFENE

Bücher

Solidaritätskomitee für das afghanische Volk e.V. (Hg.)
Afghanistan – Selbstverwaltungsprojekte des Widerstands
20 S.; DM 1,50; Sol.-kom. f.d.a.V., Postfach 244, 2000 Hamburg

---

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (Hrsg.)
Materialien 7 – Lateinamerika in Sprachkursen II
221 S.; Bonn 1981

National Academy of Sciences (Hrsg.)
More Water for Arid Lands – Promising Technologies and Research,Opportunities
Washington, D.C. 1974 March 1981; 153 S.

Schulz, Ursula
Dein Friede sei mein Friede – Geschichten von der Veränderung in Solentiname
Peter Hammer Verlag/Gütersloher Verlagshaus G. Mohn 1982; 84 S.; DM 24,80

Gesellschaft für bedrohte Völker, AG Indianer (Hrsg.)
Der Völkermord geht weiter – Indianer vor dem IV. Russell-Tribunal
rororo aktuell Nr. 4839, 1982, 381 S.; DM 12,80

Ochel, Wolfgang
Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft
Bund-Verlag Köln 1982, 332 S.; DM 68,–

Harrison, Paul
Hunger und Armut – „Inside the Third World"
rororo aktuell Nr. 4826; 1982; 376 S.; DM 16,80

Mooney, Pat Roy
Saat-Multis und Welthunger – Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern
rororo aktuell Nr. 4731; 1981; 171 S.; DM 8,80

Krauth, Wanda / Lünzer, Immo
Öko-Landbau und Welthunger – Mit dem Report an den US-Landwirtschaftsminister
rororo aktuell Nr. 4849; 1982; 233 S.; DM 8,80

Komitee zur Verteidigung der chilenischen Kultur (Hrsg.)
Menschen der Erde – Gente de la Tierra (Mapuche-Chile) u.a.
42 S. 1982; Komitee..., Postfach 154, PC 80-51144, CH 8030 Zürich

---

Sri Lanka Gruppe Bremen
Progrome gegen die tamilische Minderheit in Sri Lanka – Warum die Tamilen in der BRD Asyl brauchen?
Broschüre, DM 2,–; (bei Weiterverkauf DM 1,50) Bezug: H. H. Hartmann, Buntentorsteinweg 43/45, 2800 Bremen

---

Arbeitsausschuß Sozialistisches Büro (Hrag.)
Sozialistische Friedenspolitik – Thesen des Sozialistischen Büros
April 1982, 88 S.; DM 6,50
Bezug: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

„Dienste in Übersee" / Publizistik (Hrsg.)
Eigenständige Entwicklung in Mosambik – Bedingungen, Problem, Neuansätze
„texte" zum kirchlichen Entwicklungsdienst, Band 23, 1982, 118 S. DM 8,50 (Mengenpreise)
Verlag O. Lembeck, Leerbachstr. 42, 6000 Frankfurt 1

Neuhaus, Rolf
International Trade Secretariats – Objectives, organisation activities
Friedrich-Ebert-Stiftung 1981; 162 S.; kostenlos

Viktor Lüpertz

Bergrstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg